

Konzernzwischen- lagebericht

8	Grundlagen der DZ BANK Gruppe	32	Prognosebericht
8	Geschäftsmodell und strategische Ausrichtung	32	Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen
8	DVB	32	Entwicklung Weltwirtschaft
8	Steuerung der DZ BANK Gruppe	32	Entwicklung Vereinigte Staaten
10	Wirtschaftsbericht	33	Entwicklung Euro-Raum
10	Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	33	Entwicklung Deutschland
11	Die Finanzwirtschaft im Zeichen der Fortführung der Anstrengungen für eine wirtschaftliche Stabilisierung des Euro-Raums	33	Entwicklung Finanzsektor
12	Ertragslage	34	Entwicklung der Ertragslage
12	Ertragslage im Überblick	36	Entwicklung der Liquiditäts- und Kapitaladäquanz
15	Ertragslage im Einzelnen	37	Chancenbericht
28	Vermögenslage	37	Chancenmanagement
29	Finanzlage	37	Chancenpotenziale
31	Nachtragsbericht	38	Risikobericht
		38	Konzept der Offenlegung
		38	DZ BANK Gruppe
		38	Überblick
		38	Risikomanagementsystem
		40	Risikofaktoren und Risiken
		41	Risikoprofil und Risikoappetit

42	Übergreifende Risikofaktoren	64	Bauspartechnisches Risiko
42	Übergreifende Risikofaktoren ohne wesentliche Änderungen	64	Geschäftsrisiko und Reputationsrisiko
42	Übergreifende Risikofaktoren mit wesentlichen Änderungen	65	Operationelles Risiko
43	Neu aufgetretene übergreifende Risikofaktoren	65	Auswirkungen des Ukraine-Kriegs
		65	Verluste
44	Bewältigung akuter globaler Krisen	66	Risikolage
44	Aufsichtsrechtliche Erleichterungen	66	Sektor Versicherung
44	Maßnahmen des Risikomanagements	66	Versicherungstechnisches Risiko
45	Liquiditätsadäquanz	66	Auswirkungen des Ukraine-Kriegs
45	Ökonomische Perspektive	66	Schadenentwicklung in der Nicht-Lebensversicherung
47	Normative interne Perspektive	67	Risikolage
48	Kapitaladäquanz	67	Marktrisiko
48	Ökonomische Perspektive	67	Entwicklung des Kreditvolumens
50	Normative interne Perspektive	69	Kreditportfolios mit besonderer Betroffenheit von akuten globalen Krisen
54	Sektor Bank	70	Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt
54	Kreditrisiko	71	Risikolage
54	Überblick über die Kreditrisikosituation	71	Gegenparteiausfallrisiko
55	Kreditvolumen	71	Operationelles Risiko
59	Kreditportfolios mit besonderer Betroffenheit von akuten globalen Krisen	72	Risiken von Unternehmen aus anderen Finanzsektoren
61	Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt		
62	Risikolage		
63	Beteiligungsrisiko		
63	Marktpreisrisiko		
63	Value at Risk		
63	Risikokapitalbedarf		

I Grundlagen der DZ BANK Gruppe

1 Geschäftsmodell und strategische Ausrichtung

Das Geschäftsmodell und die strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe werden im Einzelnen auf Seite 10 und folgenden des Geschäftsberichts 2021 dargestellt. Diese Angaben gelten auch für das erste Halbjahr 2022, sofern nachfolgend nichts Anderes vermerkt ist.

1.1 DVB

Die DVB Bank SE, Frankfurt am Main, (DVB Bank; Teilkonzernbezeichnung: DVB) ist ein auf internationale Transportfinanzierungen spezialisierter Nischenanbieter mit Fokus auf das Segment Shipping Finance. Am 1. April 2021 publizierte die DVB Bank die Entscheidung zur Integration in die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, (DZ BANK). Diese ist im Rahmen einer Verschmelzung am 12. August 2022 vollzogen worden.

2 Steuerung der DZ BANK Gruppe

Die Steuerung der DZ BANK Gruppe wird im Einzelnen auf Seite 18 und folgenden des Geschäftsberichts 2021 dargestellt. Diese Angaben gelten auch für das erste Halbjahr 2022.

II Wirtschaftsbericht

1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft haben sich in der ersten Jahreshälfte 2022 als eine große Herausforderung dargestellt. Bereits zu Jahresbeginn sorgte die Omikron-Variante des Coronavirus für eine schwierige Ausgangslage. Hinzu kamen die hohe Inflation, Lieferkettenprobleme und schließlich der Ukraine-Krieg. Dieser sorgte für hohe Unsicherheit bei Unternehmen und Verbrauchern gleichermaßen und ein Ende ist derzeit noch nicht absehbar. Sorgen bereitet insbesondere die Sicherstellung der Energieversorgung der deutschen Wirtschaft, speziell im Bereich Erdgas. Der konjunkturelle Gegenwind fiel damit spürbar hoch aus. Trotz erneut steigender Neuinfektionszahlen mit COVID-19 wurden die gesetzlichen Eindämmungsmaßnahmen dagegen weitestgehend zurückgenommen.

Die deutsche Wirtschaft konnte trotz der schwierigen Rahmenbedingungen im ersten Quartal 2022 noch einen Zuwachs in Höhe von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal verzeichnen. Wachstumsimpulse kamen vor allem von den Investitionen. Belastet haben hingegen die Nettoexporte. Im zweiten Quartal 2022 entfalteten die angeführten Probleme stärkere Bremskräfte. Die industrielle Erzeugung verlor im Quartalsverlauf an Dynamik, der Außenhandel bremste ab und die Umsätze im Einzelhandel gingen gegenüber dem ersten Quartal 2022 zurück. In der Summe stagnierte damit das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2022 gegenüber dem vorangegangenen Quartal.

Die gesamtwirtschaftliche Leistung konnte damit im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2022 preisbereinigt gegenüber dem zweiten Halbjahr 2021 um +0,7 Prozent zulegen. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 2021 ergab sich ein Zuwachs von +2,5 Prozent.

Im Euro-Raum war die Konjunktur in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 insgesamt von den gleichen Belastungsfaktoren geprägt, wenngleich die Effekte in der Summe weniger stark ausfielen. Dies lag unter anderem auch an einer geringeren Abhängigkeit vieler Mitgliedsländer vom Außenhandel mit Russland. Nach einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von +3,6 Prozent im zweiten Halbjahr 2021 gegenüber dem vorangegangenen Semester legte die gesamtwirtschaftliche Leistung der Euro-Zone im Berichtszeitraum nur noch um 1,0 Prozent zu. Dabei wuchs das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2022 um +0,5 Prozent. Im zweiten Quartal 2022 konnte das robuste BIP-Wachstum mit +0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal aufrechterhalten werden.

In den Vereinigten Staaten ist die Wirtschaft im ersten Halbjahr 2022 in eine technische Rezession gestürzt. Die Wirtschaftsleistung ging im ersten und zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal jeweils leicht zurück. Der Grund dafür waren in erster Linie die außergewöhnlich starken Belastungsfaktoren durch den Außenhandel im ersten Quartal 2022 beziehungsweise durch die Lagerkomponente im zweiten Quartal 2022. Dies dürften indirekt Auswirkungen der globalen Lieferkettenprobleme sein. Aber auch der private Konsum und die Investitionen haben zuletzt deutlich an Schwung verloren. Die sehr hohe Inflation und die starken Leitzinserhöhungen durch die US-Notenbank entwickelten sich zu einer Belastung für die US-Wirtschaft.

In China war das erste Halbjahr 2022 von der Bekämpfung der Omikron-Infektions-Welle geprägt, die seit März 2022 für teils wochenlange Lockdowns in Schanghai und anderen wichtigen Wirtschaftsregionen gesorgt hat. Die Konjunktur brach im April 2022 stark ein und konnte sich erst im Juni mit der Aufhebung der meisten Einschränkungen erkennbar erholen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung schrumpfte im zweiten Quartal 2022 um +2,6 Prozent.

2 Die Finanzwirtschaft im Zeichen der Fortführung der Anstrengungen für eine wirtschaftliche Stabilisierung des Euro-Raums

Im Zuge des Ukraine-Kriegs traten an den Kapitalmärkten im ersten Halbjahr 2022 verstärkt Unsicherheiten auf. Dagegen war im ersten Halbjahr 2021 eine Erholung der Kapitalmärkte festzustellen.

Der Stand des STOXX Europe 600, eines Aktienindex, der sich aus 600 großen börsennotierten europäischen Unternehmen zusammensetzt, belief sich zum 30. Juni 2022 auf 407,20 Punkte (31. Dezember 2021: 487,80 Punkte) und reduzierte sich somit um -80,60 Punkte. Im Vergleichszeitraum stieg der Index dagegen um +53,81 Punkte.

Die Quoten der Neu- und Gesamtverschuldung zur Einhaltung der Stabilitätskriterien des von den EU-Mitgliedstaaten Anfang des Jahres 2012 vereinbarten Fiskalpakts haben die betroffenen Länder der EU weiterhin überschritten. In dem Fiskalpakt hatten sich die Vertragsstaaten zu einer jährlichen Reduzierung ihrer Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um ein Zwanzigstel des Abstands zur Maastricht-Grenze von 60 Prozent verpflichtet. Die Regeln wurden jedoch im Zuge der COVID-19-Pandemie bis Ende 2022 ausgesetzt.

Die ausgewiesene Gesamtverschuldung der 19 Länder des Euro-Raums im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt lag mit 95,6 Prozent zum Ende des ersten Quartals 2022 um -4,4 Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert in Höhe von 100,0 Prozent zum Schluss des ersten Quartals des Vorjahres.

Griechenlands Schuldenquote betrug 189,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2022 (1. Quartal 2021: 209,3 Prozent). Die Ratingagentur S&P hat im April 2022 das Rating Griechenlands um eine Stufe auf „BB+“ angehoben, nach einer Heraufstufung auf Stufe „BB“ im April 2021. Ende März 2022 hat Griechenland seine Schulden beim Internationalen Währungsfonds (IWF) vollständig getilgt.

Die Schuldenquote von Italien in Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 152,6 Prozent im ersten Quartal 2022 (1. Quartal 2021: 159,3 Prozent) ist nach der Griechenlands die höchste im Euro-Raum.

Die Schuldenquote Portugals betrug 127,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2022 (1. Quartal 2021: 138,9 Prozent).

Spaniens Schuldenquote in Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag bei 117,7 Prozent im ersten Quartal 2022 (1. Quartal 2021: 125,2 Prozent).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in den vergangenen Jahren mit der Politik der quantitativen Lockerung den Märkten für die Staatsanleihen Hilfestellung geleistet und damit den von der überhöhten Verschuldung betroffenen EWU-Ländern in den letzten Jahren Zeit zur Rückführung ihrer Haushaltsdefizite verschafft. Gleichwohl haben die oben genannten Länder in den Jahren vor der COVID-19-Pandemie die Reduzierung ihrer jeweils über der Maastricht-Grenze von 60 Prozent liegenden Verschuldungsquoten nicht in ausreichendem Maße in Angriff genommen. Um die Bereitstellung von Krediten für private Haushalte und Unternehmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie zu unterstützen, hat die EZB seit September 2019 im Rahmen des Programms Targeted longer-term refinancing operations (TLTRO-III) zusätzliche Liquidität bereitgestellt.

Auf ihrer Sitzung am 16. Dezember 2021 und im Vergleichszeitraum auf ihrer Sitzung am 10. Juni 2021 beschloss die EZB, den Zinssatz für die Einlagefazilität bei -0,50 Prozent zu belassen. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde unverändert bei 0,00 Prozent und der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25 Prozent belassen. Diese im Vergleichszeitraum vorherrschende Null- und Negativzinspolitik der EZB wurde im Berichtszeitraum beibehalten. In der Sitzung am 9. Juni 2022 hat die EZB die Absicht geäußert, im Juli 2022 die Leitzinsen um 25 Basispunkte zu erhöhen. Mit dem Beschluss des EZB-Rats vom 16. Dezember 2021 wurden die Nettokäufe des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) im Gesamtvolumen von 1.850,0 Mrd. € zum Ende März 2022 eingestellt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere werden bis mindestens Ende 2024 bei Fälligkeit wieder angelegt. Am 10. März 2022 entschied

der EZB-Rat die monatlichen Ankaufvolumina von Vermögenswerten im Rahmen des Asset-Purchase-Programms (APP) schrittweise zu verringern. Das bedeutet, dass monatliche Nettoankäufe in Höhe von 40,0 Mrd. € im April 2022, in Höhe von 30,0 Mrd. € im Mai 2022 und 20,0 Mrd. € im Juni 2022 durchgeführt wurden. Die Nettoneukäufe im Rahmen des APP wurden im Juli 2022 eingestellt. Die Reinvestitionen sollen über den Termin der ersten Zinserhöhung hinaus erfolgen.

Die US-Notenbank Fed ließ am 15. Juni 2022 verlauten, dass die Fed-Funds-Rate angehoben wird und in einer Spanne von 1,50 bis 1,75 Prozent liegt. Gemäß der Entscheidung der US-Notenbank vom 16. Juni 2021 lag die Fed-Funds-Rate im Vergleichszeitraum unverändert in einer Spanne von 0,00 bis 0,25 Prozent.

Am 15. Dezember 2021 wurde seitens der Fed verkündet, dass die Anleihekäufe sukzessive um jeweils monatlich 30,0 Mrd. USD gekürzt werden. Im März 2022 hat die Fed die Wertpapierkäufe eingestellt. Seit Juni 2022 verringert die US-Notenbank ihre Bilanz, indem fällig werdende Wertpapiere nicht mehr vollumfänglich reinvestiert werden. Die Notenbankbilanz soll schrittweise reduziert werden, bis ein Volumen von 95,0 Mrd. USD pro Monat erreicht wird.

3 Ertragslage

3.1 Ertragslage im Überblick

Die DZ BANK Gruppe hat in einem weiterhin durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie beeinflussten, von einem starken Zinsanstieg sowie dem Ukraine-Krieg gekennzeichneten und dadurch herausfordernden Marktumfeld ein gutes Konzernergebnis vor Steuern im Berichtszeitraum in Höhe von 1.141 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.829 Mio. €) erzielen können.

Das erwirtschaftete Ergebnis der DZ BANK Gruppe wies im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in seinen Kerngrößen die nachfolgende Entwicklung auf:

ABB. 1 – ERGEBNISRECHNUNG

in Mio. €	01.01.- 30.06.2022	01.01.- 30.06.2021
Zinsüberschuss	1.475	1.384
Provisionsüberschuss	1.364	1.596
Handelsergebnis	359	6
Ergebnis aus Finanzanlagen	-53	37
Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten	105	234
Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	11	6
Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft	25	522
Risikovorsorge	-60	114
Verwaltungsaufwendungen	-2.242	-2.142
Personalaufwendungen	-1.001	-966
Sonstige Verwaltungsaufwendungen ¹	-1.240	-1.177
Sonstiges betriebliches Ergebnis	156	73
Konzernergebnis vor Steuern	1.141	1.829
Ertragsteuern	-360	-522
Konzernergebnis	781	1.307

¹ Sachaufwendungen sowie Abschreibungen.

Die **operativen Erträge** erreichten in der DZ BANK Gruppe einen Betrag von 3.442 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 3.858 Mio. €). Sie beinhalten neben dem Zins- und Provisionsüberschuss das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Finanzanlagen, das Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten, das Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft sowie das Sonstige betriebliche Ergebnis.

Der **Zinsüberschuss** erhöhte sich gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums um +91 Mio. € auf 1.475 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.384 Mio. €). Dabei stiegen die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften um +132 Mio. € auf 2.362 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 2.230 Mio. €) und die Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um +16 Mio. € auf 210 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 194 Mio. €). Das Laufende Ergebnis aus Bilanzierung nach der Equity-Methode erhöhte sich um +8 Mio. € auf 23 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 15 Mio. €), im Wesentlichen aufgrund der gegenüber dem Vergleichszeitraum höheren Equity-Bewertung der Deutsche Wertpapierservice Bank AG, Frankfurt am Main. Die Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden reduzierten sich um 64 Mio. € auf -907 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -971 Mio. €), hierin ist eine Verringerung der Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen infolge der Auflösung bauspartechnischer Rückstellungen in Höhe von 140 Mio. € enthalten. Bei den Zinsen für Portfolio-Absicherungen von finanziellen Verbindlichkeiten war eine positive Veränderung um +18 Mio. € auf 44 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 26 Mio. €) zu verzeichnen. Dagegen stiegen die Zinsaufwendungen für verbrieftete Verbindlichkeiten um 146 Mio. € auf -243 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -97 Mio. €), im Wesentlichen aufgrund eines Anstiegs des Bestands ausgegebener Geldmarktpapiere sowie aufgrund der vorzeitigen Tilgung von ausgegebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren, die durch vom Emittenten abweichende Unternehmen des DZ BANK Konzerns erworben wurden.

Der **Provisionsüberschuss** nahm um -232 Mio. € auf 1.364 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.596 Mio. €) ab.

Das Provisionsergebnis aus dem Wertpapiergeschäft reduzierte sich um -271 Mio. € auf 1.176 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.447 Mio. €). Diese Entwicklung ist insbesondere auf den Rückgang der erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung um -354 Mio. € auf 18 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 372 Mio. €) in der Union Investment Gruppe zurückzuführen. Dagegen stiegen die volumenabhängigen Ergebnisbeiträge der Union Investment Gruppe um +90 Mio. € auf 917 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 827 Mio. €) vor dem Hintergrund der gestiegenen durchschnittlichen Assets under Management. Des Weiteren waren positive Entwicklungen in der Vermögensverwaltung um +12 Mio. € auf 65 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 53 Mio. €), dem Kredit- und Treuhandgeschäft um +21 Mio. € auf 40 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 19 Mio. €) sowie dem Bauspargeschäft um 9 Mio. € auf -6 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -15 Mio. €) zu verzeichnen.

Das **Handelsergebnis** belief sich auf 359 Mio. € gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von 6 Mio. €. Die Veränderung ist auf die starken Marktpreisschwankungen zurückzuführen, welche sich vor dem Hintergrund der Risikosteuerung gegenläufig im Ergebnis aus nicht derivativen und eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten sowie im Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten niederschlagen. Das Ergebnis aus nicht derivativen und eingebetteten derivativen Finanzinstrumenten nahm um +3.984 Mio. € auf 3.628 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -356 Mio. €) zu. Dagegen reduzierte sich das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten um -3.687 Mio. € auf -3.387 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 300 Mio. €). Das Devisenergebnis erhöhte sich um +56 Mio. € auf 118 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 62 Mio. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich um -90 Mio. € auf -53 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 37 Mio. €). Dabei verringerten sich das Ergebnis aus der Veräußerung von Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um -46 Mio. € auf -14 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 32 Mio. €) im Wesentlichen infolge der Verkäufe von Wertpapieren im BSH-Teilkonzern sowie das Ergebnis aus der Veräußerung von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren um -48 Mio. € auf -49 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -1 Mio. €) im Wesentlichen infolge der Veräußerungen von Investmentanteilen aus den Eigenanlagen von Union Investment Gruppe.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** betrug 105 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 234 Mio. €). Die Veränderung ist auf die Rückgänge des Ergebnisses aus verpflichtend zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert kategorisierten finanziellen Vermögenswerten um -76 Mio. € auf -50 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 26 Mio. €), des Ergebnisses aus zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufteten Finanzinstrumenten um -34 Mio. € auf 82 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 116 Mio. €), des Ergebnisses aus ohne Handelsabsicht abgeschlossenen derivativen Finanzinstrumenten um

-10 Mio. € auf 66 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 76 Mio. €) sowie des Ergebnisses aus der Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts um -9 Mio. € auf 6 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 15 Mio. €) zurückzuführen.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** beinhaltet die Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft, das Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstige Ergebnis der Versicherungsunternehmen, die Versicherungsleistungen, die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sowie das Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten, die im Versicherungsgeschäft zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Es reduzierte sich im Berichtszeitraum um -497 Mio. € auf 25 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 522 Mio. €). Dieser Ergebnissrückgang resultiert insbesondere aus der Abnahme des Ergebnisses aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnisses der Versicherungsunternehmen um -6.097 Mio. € auf -3.364 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 2.733 Mio. €) infolge der Entwicklungen an den Kapitalmärkten. Gegenläufig ergab sich eine Reduktion der Versicherungsleistungen um 5.391 Mio. € auf -4.735 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -10.126 Mio. €). Die Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft stiegen um +249 Mio. € auf 9.746 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 9.497 Mio. €). Im Geschäftsbereich Schaden/Unfall lag die Gesamtschadenquote über dem Niveau des Vergleichszeitraums, ebenso die Großschaden-, Grundscha-den- und Elementarschadenquote. Die Unwetterereignisse Nadia, Ylenia, Zeynep und Antonia führten mit einer Belastung von insgesamt -120 Mio. € sowie Emmeline und Finja mit -32 Mio. € zur entsprechenden Elementarschadenentwicklung im Berichtszeitraum. In der Übernommenen Rückversicherung entstand durch die Wintersturmserie Europa ein Schadenaufwand in Höhe von -40 Mio. €. Die Schäden durch die Fluten in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal werden auf -65 Mio. € beziffert.

Für die **Risikovorsorge** wurde eine Nettozuführung in Höhe von -60 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 114 Mio. €) ausgewiesen. Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden zeigte eine Nettozuführung in Höhe von -42 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 69 Mio. €), die Nettozuführung zur Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute belief sich auf -13 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 20 Mio. €) und die Nettozuführung zur sonstigen Risikovorsorge im Kreditgeschäft betrug -7 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 9 Mio. €). Die Nettoauflösung der Risikovorsorge für Finanzanlagen bezifferte sich auf 3 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 15 Mio. €).

Weiterführende Angaben zu Art und Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten und Versicherungsverträgen ergeben, sind im Abschnitt 46 des Anhangs zum Konzernzwischenabschluss enthalten.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen um 100 Mio. € auf -2.242 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -2.142 Mio. €) zu. Die Personalaufwendungen erhöhten sich auf -1.001 Mio. € gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von -966 Mio. €, im Wesentlichen aufgrund von Gehaltsanpassungen und Stellenbesetzungen. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen stiegen auf -1.240 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -1.177 Mio. €), maßgeblich infolge der gestiegenen Beiträge zur Bankenabgabe und der gestiegenen Aufwendungen für Beratung, Informationstechnologie sowie für Öffentlichkeitsarbeit und Marketing.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** bezifferte sich auf 156 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 73 Mio. €). Die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden erhöhten sich um +35 Mio. € auf 72 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 37 Mio. €), die Aufwendungen für Restrukturierungen nahmen um 21 Mio. € auf -2 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -23 Mio. €) ab. Das übrige sonstige betriebliche Ergebnis stieg um +45 Mio. € auf 46 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1 Mio. €), dies ist unter anderem auf die Vereinnahmung von gekündigten und unverzinsten Bauspareinlagen in Höhe von 28 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 0 Mio. €) zurückzuführen. Gegenläufig verringerte sich das Ergebnis aus der Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen um -25 Mio. € auf 27 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 52 Mio. €).

Das **Konzernergebnis vor Steuern** belief sich auf 1.141 Mio. € gegenüber dem Betrag in Höhe von 1.829 Mio. € im ersten Halbjahr 2021.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** als Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen und den operativen Erträgen belief sich im Berichtszeitraum auf 65,1 Prozent (1. Halbjahr 2021: 55,5 Prozent).

Der **regulatorische Return on Risk-adjusted Capital (RORAC)** betrug 11,7 Prozent (1. Halbjahr 2021: 18,4 Prozent).

Die **Ertragsteuern** bezifferten sich im Berichtszeitraum auf -360 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -522 Mio. €).

Das **Konzernergebnis** betrug 781 Mio. € nach 1.307 Mio. € im Vergleichszeitraum.

3.2 Ertragslage im Einzelnen

Im Einzelnen stellt sich die Ergebnisentwicklung der Geschäftssegmente der DZ BANK Gruppe im Berichtszeitraum gegenüber dem Vergleichszeitraum wie folgt dar.

3.2.1 BSH

Der **Zinsüberschuss** des BSH-Teilkonzerns stieg um +126 Mio. € auf 419 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 293 Mio. €).

Durch die in der Vergangenheit zu niedrigen Kapitalmarktzinsen getätigten Geldanlagen sowie durch Reduktion des Volumens an Wertpapieren im ersten Halbjahr 2022 war das Zinsergebnis aus dem Finanzanlagevermögen um -42 Mio. € auf 138 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 180 Mio. €) rückläufig.

Dagegen verringerten sich die Zinsaufwendungen für Bauspareinlagen um 189 Mio. € auf -182 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -371 Mio. €). Die Veränderung ging in Höhe von 140 Mio. € auf eine Auflösung baupar-technischer Rückstellungen und in Höhe von 49 Mio. € auf die geringere Verzinsung der aktuellen Tarife zurück.

Bei den Krediten der Vor- und Zwischenfinanzierung sowie den sonstigen Baudarlehen beliefen sich die Erträge auf 528 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 542 Mio. €). Die Erträge aus Bauspardarlehen betragen 34 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 35 Mio. €).

Die Bausparkasse bezieht die direkt den Abschlüssen von Bausparverträgen und Kreditverträgen zuzuordnenden Provisionen und Transaktionskosten in die Effektivverzinsung der Bauspareinlagen und Baudarlehen ein. Der jährlich entstehende Abgrenzungsbetrag aus Provisionen und Transaktionskosten wird im Zinsaufwand über die Laufzeit der Bauspareinlagen und Baudarlehen aufgelöst. Im Berichtszeitraum belastete der Auflösungsbetrag den Zinsaufwand mit -104 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -98 Mio. €).

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 13 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1 Mio. €).

Im Geschäftsfeld Bausparen hat die BSH im Inland ein Bausparneugeschäft mit einer Bausparsumme von 16,1 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 14,7 Mrd. €) erreicht, hinter dem rund 219 Tausend neu abgeschlossene Bausparverträge stehen (1. Halbjahr 2021: 291 Tausend).

Im Geschäftsfeld Baufinanzierung belief sich das realisierte Neugeschäftsvolumen im Inland auf 9,3 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 9,3 Mrd. €). In diesem Wert sind an die Institute der Genossenschaftlichen FinanzGruppe vermittelte Finanzierungen in Höhe von 4,8 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 4,4 Mrd. €) enthalten. Zusätzlich beliefen sich die Bauspardarlehen und Zwischenkredite der BSH sowie sonstige Vermittlungen auf 1,1 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 0,9 Mrd. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** betrug -46 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 13 Mio. €). Es war im Wesentlichen durch Veräußerungen von Wertpapieren beeinflusst.

Die **Risikovorsorge** wies eine Nettozuführung in Höhe von insgesamt -6 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -19 Mio. €) auf. Die erhöhte Risikovorsorge des Vergleichszeitraums war insbesondere durch den Effekt aus der Weiterentwicklung der Scoringssysteme für das Geschäft der Bausparkasse geprägt.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen um 1 Mio. € auf -258 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -257 Mio. €) zu. Die Personalaufwendungen beliefen sich dabei auf -129 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -117 Mio. €) und die sonstigen Verwaltungsaufwendungen einschließlich planmäßiger Abschreibungen auf -129 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -140 Mio. €).

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** stieg um +24 Mio. € auf 42 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 18 Mio. €). Das im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verbesserte Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus der Vereinnahmung von gekündigten und unverzinsten Bauspareinlagen in Höhe von 28 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 0 Mio. €).

Das **Ergebnis vor Steuern** erhöhte sich aufgrund der oben genannten Veränderungen um +114 Mio. € auf 168 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 54 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Berichtszeitraums betrug 59,6 Prozent (1. Halbjahr 2021: 78,1 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 25,9 Prozent (1. Halbjahr 2021: 8,3 Prozent).

3.2.2 R+V

Die **Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft** erhöhten sich auf der Grundlage der festen Verankerung des R+V-Teilkonzerns in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe um +249 Mio. € auf 9.746 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 9.497 Mio. €).

Im Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft stiegen die verdienten Beitragseinnahmen insgesamt um +76 Mio. € auf 4.800 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 4.724 Mio. €).

Im Lebensversicherungsgeschäft erhöhten sich die verdienten Beiträge um +4 Mio. € auf 4.371 Mio. €.

Das Geschäft mit den fondsgebundenen Produkten und der Restkreditversicherung konnte weiter ausgebaut werden. Dagegen verzeichneten die Geschäftsfelder neue Garantien, betriebliche Altersvorsorge sowie die klassischen Produkte einen Rückgang.

Im Krankenversicherungsgeschäft haben die verdienten Nettobeiträge um +72 Mio. € auf 429 Mio. € zugenommen. Eine positive Entwicklung gab es insbesondere bei den Produktgruppen Krankenzusatzversicherung sowie Krankenvollversicherung, dagegen entwickelten sich die Beiträge zur Auslandskrankenversicherung rückläufig.

Im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft stiegen die verdienten Beitragseinnahmen insbesondere in den Bereichen des Firmenkundengeschäfts, der Kraftfahrtversicherung sowie Banken und Kautions um +161 Mio. € auf 3.456 Mio. € an.

Die Übernommene Rückversicherung verzeichnete einen Anstieg der verdienten Beiträge um +12 Mio. € auf 1.491 Mio. €. Für die Übernommene Rückversicherung bleibt Europa unverändert der größte Markt. In den Produktgruppen Feuer- und Sachversicherung, Kredit und Kautions sowie sonstige Produkte konnte ein Wachstum erreicht werden. Dagegen zeigten sich die Beiträge in der Produktgruppe Kraftfahrtversicherung rückläufig.

Das **Ergebnis aus Kapitalanlagen und sonstige Ergebnis der Versicherungsunternehmen** reduzierte sich stark um -6.092 Mio. € auf -3.333 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 2.759 Mio. €). Darin enthalten ist das zeitwertabhängige Kapitalanlageergebnis für die Versicherungsprodukte der fondsgebundenen Lebensversicherung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice (FLV). Das auf FLV-Produkte entfallende Kapitalanlageergebnis hat generell keine Auswirkungen auf das

Konzernergebnis vor Steuern, da diesem Posten ein betragsmäßig gleichlautender versicherungstechnischer Aufwand beziehungsweise Ertrag gegenübersteht. Das saldierte Kapitalanlageergebnis ohne FLV betrug im Berichtszeitraum -1.209 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.401 Mio. €).

Das langfristige Zinsniveau lag stark über dem Niveau des Vergleichszeitraums. Der Zehn-Jahres-Swapsatz betrug zum 30. Juni 2022 2,16 Prozent (30. Juni 2021: 0,10 Prozent). Die Spread-Entwicklungen bei den verzinslichen Wertpapieren wirkten sich negativ auf das Ergebnis aus. Im Berichtszeitraum war eine Ausweitung der Spreads zu beobachten. Ein gemäß Portfoliostruktur der R+V ermittelter gewichteter Spread wies zum 30. Juni 2022 einen Wert von 100,2 Punkten (31. Dezember 2021: 66,7 Punkte) aus. Im Vergleichszeitraum stieg dieser von 50,3 Punkten zum 31. Dezember 2020 auf 54,0 Punkte zum 30. Juni 2021.

Die für die R+V relevanten Aktienmärkte haben sich im Verlauf des Berichtszeitraums negativer entwickelt als im Vergleichszeitraum. So fiel der EURO STOXX 50, ein Aktienindex, der sich aus 50 großen börsennotierten Unternehmen der Europäischen Währungsunion zusammensetzt, seit Jahresbeginn um -843 Punkte auf 3.455 Punkte. Im Vergleichszeitraum stieg der Index um +511 Punkte. Die Entwicklung des Euros gegenüber verschiedenen Währungen verlief im ersten Halbjahr 2022 insgesamt günstiger als im Vergleichszeitraum. So entwickelte sich der Wechselkurs von USD in Euro von 0,879 zum 31. Dezember 2021 auf 0,957 zum 30. Juni 2022. Im ersten Halbjahr 2021 entwickelte sich der USD von 0,817 zum 31. Dezember 2020 auf 0,843 zum 30. Juni 2021.

Im Ganzen resultierte aus diesen Entwicklungen im Berichtszeitraum im Wesentlichen ein durch die Effekte aus den negativen Marktwertveränderungen um -6.218 Mio. € auf -4.732 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.486 Mio. €) gesunkenes nicht realisiertes Ergebnis, ein um -613 Mio. € auf -610 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 3 Mio. €) reduzierter Ergebnisbeitrag aus Abgängen von Finanzanlagen sowie ein um 14 Mio. € auf -59 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -45 Mio. €) geschmälerter Saldo aus Zu- und Abschreibungen. Darüber hinaus wurden ein um +346 Mio. € auf 681 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 335 Mio. €) gestiegenes Währungsergebnis sowie ein um +92 Mio. € auf 1.136 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.044 Mio. €) erhöhtes laufendes Ergebnis erzielt. Ferner verbesserte sich das sonstige versicherungstechnische und nichtversicherungstechnische Ergebnis um +317 Mio. € auf 252 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -65 Mio. €).

Die Veränderung des Kapitalanlageergebnisses hatte mit Blick auf die Berücksichtigung von Rückstellungen für Beitragsrückerstattungen insbesondere im Geschäftsbereich Leben/Kranken sowie von Ansprüchen der Versicherungsnehmer im fondsgebundenen Lebensversicherungsgeschäft auch Einfluss auf den nachfolgend dargestellten Posten Versicherungsleistungen.

Die **Versicherungsleistungen** in Höhe von -4.735 Mio. € reduzierten sich um 5.391 Mio. € gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von -10.126 Mio. €.

Die veränderten Versicherungsleistungen spiegeln die Entwicklung der verdienten Nettobeiträge wider und sind zudem Ausdruck der Beteiligung der Versicherungsnehmer am Kapitalanlageergebnis.

Bei den Personenversicherungsunternehmen entwickelten sich die Versicherungsleistungen korrespondierend zu der Entwicklung der Beitragseinnahmen sowie des Ergebnisses aus Kapitalanlagen und sonstigen Ergebnisses der Versicherungsunternehmen. So spiegelte sich ein wesentlicher Teil der Veränderung des Kapitalanlageergebnisses aus FLV in Höhe von -3.800 Mio. € auch in den Versicherungsleistungen wider. Ferner ist die Verminderung der Versicherungsleistungen auf die Veränderung der Beitragsrückerstattung zurückzuführen. Diese resultiert aus den erfolgswirksamen Veränderungen der Rückstellung für Beitragsrückerstattung, die im Berichtszeitraum zu einem Nettoertrag in Höhe von 1.410 Mio. € führten. Aus der Zinszusatzrückstellung wurde ein Betrag in Höhe von 109 Mio. € aufgelöst (1. Halbjahr 2021: Auflösung 103 Mio. €).

Im Geschäftsbereich Schaden/Unfall lag die Gesamtschadenquote über dem Niveau des Vergleichszeitraums, ebenso die Großschaden-, Grundscha-

Zeynep und Antonia führten mit einer Belastung von insgesamt -120 Mio. € sowie Emmeline und Finja mit -32 Mio. € zur entsprechenden Elementarschadenentwicklung im Berichtszeitraum.

In der Übernommenen Rückversicherung lag die Nettoschadenquote bei 71,9 Prozent (1. Halbjahr 2021: 71,3 Prozent). Die Quoten der Basisschäden und der Mittelschäden lagen unter dem Wert des Vergleichszeitraums. Dagegen erhöhte sich die Großschadenquote. Durch die Wintersturmserie Europa entstand ein Schadenaufwand in Höhe von -40 Mio. €. Die Schäden durch die Fluten in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal werden auf -65 Mio. € beziffert. Darüber hinaus wurden bis zum Stichtag zwei Derecho-Unwetter in den USA mit jeweils -30 Mio. € berücksichtigt (Derecho ist ein weit verbreiteter, langlebiger, geradliniger Windsturm).

Die **Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb** haben im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 65 Mio. € auf -1.710 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -1.645 Mio. €) zugenommen. Die Entwicklung betrifft mit einer Erhöhung von 50 Mio. € insbesondere den Geschäftsbereich Schaden/Unfall. Auch im Bereich Übernommene Rückversicherung sind die Aufwendungen um 10 Mio. € angestiegen. Ferner verzeichnete der Bereich Leben/Kranken eine Erhöhung um 5 Mio. €.

Das **Ergebnis vor Steuern** hat sich vor dem Hintergrund der oben genannten Einflussfaktoren um -512 Mio. € auf -30 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 482 Mio. €) reduziert.

Der **regulatorische RORAC** betrug -0,6 Prozent (1. Halbjahr 2021: 9,5 Prozent).

3.2.3 TeamBank

Der **Zinsüberschuss** lag mit einem Betrag in Höhe von 247 Mio. € über dem Niveau des Vergleichszeitraums (1. Halbjahr 2021: 241 Mio. €). Dabei belief sich der durchschnittliche Ratenkreditbestand im Berichtszeitraum auf 9.110 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 8.822 Mio. €). Zum 30. Juni 2022 betrug der Ratenkreditbestand 9.252 Mio. € (31. Dezember 2021: 8.967 Mio. €), zum 30. Juni 2021 belief er sich auf 8.826 Mio. €.

Zum 30. Juni 2022 arbeitete die TeamBank mit 698 (31. Dezember 2021: 701) der insgesamt 767 (31. Dezember 2021: 772) Genossenschaftsbanken in Deutschland und mit 154 (31. Dezember 2021: 148) Partnerbanken in Österreich zusammen. Zudem wurden im Berichtszeitraum über 34 Tausend (1. Halbjahr 2021: 32 Tausend) Mitglieder der Genossenschaftsbanken durch Konditionsvorteile gefördert.

Das auf der Grundlage des Beratungskonzepts „easyCredit-Liquiditätsberater“ implementierte Geschäftsmodell eines Ratenkreditanbieters, welches mit einem individuell erstellten Finanzkompass sowohl dem Kunden als auch dem Berater Transparenz über die getroffene Kreditentscheidung bietet, sicherte der TeamBank vor dem Hintergrund der gesunkenen Konsumlaune zum 30. Juni 2022 Forderungen an Kunden in Höhe von 9.501 Mio. € (31. Dezember 2021: 9.208 Mio. €). Die Anzahl der Kunden stieg zum 30. Juni 2022 auf 1.003 Tausend (31. Dezember 2021: 984 Tausend). Per 30. Juni 2022 hat die TeamBank ihren Kunden aus den easyCredit-Finanzreserven insgesamt Limite in Höhe von 2.870 Mio. € bereitgestellt (31. Dezember 2021: 2.555 Mio. €). Im Berichtszeitraum wurden 20,8 Prozent (1. Halbjahr 2021: 16,9 Prozent) des Neugeschäfts über die easyCredit-Finanzreserve generiert.

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 8 Mio. € und lag damit um +9 Mio. € über dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von -1 Mio. €. Der Anstieg ist insbesondere auf erhöhte Provisionserträge aus Restkreditversicherungen bedingt durch das gestiegene Neugeschäft zurückzuführen.

Die Nettozuführung zur **Risikovorsorge** lag mit -53 Mio. € um 31 Mio. € über dem Niveau des Vergleichszeitraums in Höhe von -22 Mio. €. Die höhere Risikovorsorge resultiert vor allem aus einem schlechteren Zahlungsverhalten der Kunden (gestiegene Mahn-, Ausfall-, Kündigungs- und Abschreibungsquoten sowie Ratenplanänderungen) im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021. Hierbei spielten auch die saisonal untypisch niedrigen Mahnquoten und der außergewöhnlich niedrige Risikovorsorgeaufwand im ersten Halbjahr 2021, insbesondere während und nach dem Lockdown Anfang 2021, eine Rolle. Gegenläufig wirkten sich Adjustierungen

der modellbasierten Berechnungslogik mit einer Entlastung in Höhe von circa 5 Mio. € sowie die Auflösung von Post-Model-Adjustments in Höhe von 15 Mio. € aus.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich um 3 Mio. € auf -141 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -138 Mio. €). Die Personalaufwendungen nahmen um 1 Mio. € auf -53 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -52 Mio. €) zu. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 2 Mio. € auf -88 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -86 Mio. €).

Das **Ergebnis vor Steuern** lag mit einem Betrag in Höhe von 68 Mio. € infolge der oben genannten Einflussfaktoren um -16 Mio. € unter dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von 84 Mio. €.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der TeamBank betrug 53,8 Prozent (1. Halbjahr 2021: 56,3 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 22,9 Prozent (1. Halbjahr 2021: 29,9 Prozent).

3.2.4 UMH

Der **Provisionsüberschuss** reduzierte sich um -264 Mio. € auf 1.000 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 1.264 Mio. €). Die Veränderung des Provisionsüberschusses resultiert im Wesentlichen aus den nachfolgend beschriebenen Einflussfaktoren.

Vor dem Hintergrund des Anstiegs der durchschnittlichen Assets under Management der Union Investment Gruppe um +34,2 Mrd. € auf 437,5 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 403,3 Mrd. €) hat sich der erzielte volumenabhängige Ergebnisbeitrag auf 917 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 827 Mio. €) erhöht.

Die Assets under Management der Union Investment Gruppe umfassen das zum aktuellen Marktwert bewertete Vermögen und Wertpapierportfolios, auch als freie Assets oder Vermögensverwaltung bezeichnet, für die Union Investment Anlageempfehlungen bietet (Advisory) oder die Portfolio-Management-Verantwortung (Insourcing) trägt. Das Vermögen wird sowohl für Dritte als auch im Namen des Konzerns gemanagt (gesteuert). Veränderungen des gemanagten (gesteuerten) Vermögens entstehen unter anderem durch Nettomittelflüsse, Kursveränderungen und Wechselkurseffekte.

Die Netto-Erträge aus erfolgsabhängiger Verwaltungsvergütung betrugen 18 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 372 Mio. €). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen daraus, dass im Berichtszeitraum hochvolumige Fonds die Bedingungen für die Entnahme einer erfolgsabhängigen Verwaltungsvergütung nicht erfüllt haben. Die Erträge aus Transaktionsvergütungen bei den Immobilienfonds beliefen sich auf 20 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 22 Mio. €).

Im Privatkundengeschäft erzielte Union Investment in Zusammenarbeit mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken Nettomittelzuflüsse in Höhe von 8,1 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 9,7 Mrd. €).

Die Anzahl der klassischen Fondssparpläne, die von Privatkunden als Geldanlage auf dem Weg zu einem langfristigen Vermögensaufbau genutzt werden, belief sich zum 30. Juni 2022 auf 3,8 Millionen Verträge bei einer Zunahme des 12-Monats-Sparvolumens auf 7,6 Mrd. € (31. Dezember 2021: 7,4 Mrd. €).

Das Bestandsvolumen im Angebot zur Riester-Rente belief sich auf 24,0 Mrd. € (31. Dezember 2021: 27,5 Mrd. €).

Die Anzahl der von Union Investment im Privatkundengeschäft verwalteten Fondssparpläne betrug zum 30. Juni 2022 6,5 Millionen (31. Dezember 2021: 6,4 Millionen), zu denen neben den erwähnten klassischen Sparplänen und Riester-Verträgen auch die Verträge über vermögenswirksame Leistungen zählen.

Als substanzwertorientierte Größe im Anlagemix verzeichneten die offenen Immobilienfonds der Union Investment Gruppe im ersten Halbjahr 2022 ein Nettoneugeschäft von insgesamt 1,8 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 1,4 Mrd. €).

Das verwaltete Volumen der Privat-Fonds-Familie betrug zum 30. Juni 2022 24,0 Mrd. € (31. Dezember 2021: 27,2 Mrd. €).

Im institutionellen Geschäft erreichte die Union Investment Gruppe einen Nettoabsatz in Höhe von 1,5 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 14,7 Mrd. €).

Der Bestand der nachhaltig gemanagten Fonds betrug 125,0 Mrd. € (31. Dezember 2021: 125,6 Mrd. €), darin sind auch offene Immobilienfonds in Höhe von 40,4 Mrd. € (31. Dezember 2021: 37,5 Mrd. €) enthalten, die seit dem 1. November 2021 als Produkte nach Artikel 8 der Offenlegungsverordnung geführt werden.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich auf -49 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -1 Mio. €) und ist im Wesentlichen in dem negativen realisierten Ergebnis aus der Veräußerung von Investmentanteilen aus den Eigenanlagen von Union Investment begründet.

Der Rückgang des **Sonstigen Bewertungsergebnisses aus Finanzinstrumenten** um -130 Mio. € auf -56 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 74 Mio. €) erklärt sich im Wesentlichen aus dem negativen Ergebnis für die bewerteten Garantieverprechen in Höhe von -20 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 63 Mio. €) und dem Ergebnis aus der Bewertung der Eigenanlagen von Union Investment in Höhe von -36 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 11 Mio. €).

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen um 61 Mio. € auf -564 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -503 Mio. €) zu. Die Personalaufwendungen stiegen um 17 Mio. € auf -276 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -259 Mio. €) infolge durchschnittlicher Gehaltserhöhungen und der Besetzung neuer und offener Stellen. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 43 Mio. € auf -287 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -244 Mio. €), im Wesentlichen infolge von gestiegenen Aufwendungen für Beratung, Informationstechnologie sowie Öffentlichkeitsarbeit und Marketing.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** belief sich auf 39 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -14 Mio. €). Die Abweichung resultiert im Wesentlichen aus Erträgen infolge von Neubewertungen von Rückstellungen. Zudem gab es im Vergleichszeitraum Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen, welche im Berichtszeitraum aufgrund Neubewertung aufgelöst wurden.

Das **Ergebnis vor Steuern** betrug aufgrund der oben erläuterten Veränderungen 371 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 825 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des Berichtszeitraums belief sich auf 60,4 Prozent (1. Halbjahr 2021: 37,9 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug >100,0 Prozent (1. Halbjahr 2021: >100,0 Prozent).

3.2.5 DZ BANK – VuGB

Im Segment DZ BANK – VuGB wird die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung auf Basis der internen Managementberichterstattung gezeigt, so dass der Ausweis unter Berücksichtigung unternehmensinterner Transaktionen erfolgt. Durch die Eliminierung der unternehmensinternen Transaktionen im Segment Sonstige/Konsolidierung erfolgt ein zutreffender Ausweis im Konzernergebnis.

Der **Zinsüberschuss** geht im Wesentlichen auf die Bestände des Kreditgeschäfts (Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft sowie ein separat geführter Immobilienkreditbestand), des Kapitalmarktgeschäfts sowie auf die der Verbund- und Geschäftsbank zugeordneten Beteiligungen zurück. Der Zinsüberschuss verminderte sich um -27 Mio. € auf 474 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 501 Mio. €).

Im ersten Halbjahr 2022 erfolgte eine Umstellung bezüglich der Zuordnung der Bonusverzinsung im Rahmen der Teilnahme am TLTRO-III-Programm von einer dezentralen Verteilung auf die Geschäftsfelder hin zu einem

zentralen Ausweis. Vor diesem Hintergrund wird in den nachfolgenden Ausführungen zu den Geschäftsfeldern das Ergebnis aus TLTRO-III nicht erwähnt und die Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Die Ergebniswirkung aus dem TLTRO-III-Programm wird untenstehend separat ausgewiesen.

Im Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft erhöhte sich der Zinsüberschuss um +22 Mio. € auf 278 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 256 Mio. €).

Dabei nahm der Zinsüberschuss in den vier regionalen Firmenkundenbereichen und im Zentralbereich Firmenkunden auf 154 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 139 Mio. €) zu. Die Erhöhung im operativen Kreditgeschäft um +15 Mio. € ist mit dem Anstieg des Kreditvolumens zu begründen.

Der Zinsüberschuss im Bereich Strukturierte Finanzierung lag mit 89 Mio. € um +4 Mio. € über dem Wert des ersten Halbjahres 2021 in Höhe von 85 Mio. €. Dabei wirkten sich Geschäftsaktivitäten mit entsprechender Kreditvolumenausweitung in allen Produkteinheiten sowie die deutliche Dollaraufwertung positiv auf das Ergebnis der ersten sechs Monate aus.

Der Zinsüberschuss im Bereich Investitionsförderung erhöhte sich um +3 Mio. € auf 35 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 32 Mio. €). Der Anstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum resultiert insbesondere aus dem deutlichen Bestandszuwachs des letzten Jahres aufgrund der starken Nachfrage nach wohnwirtschaftlichen Fördermitteln.

Der Zinsüberschuss aus dem separat geführten Immobilienkreditbestand in Höhe von 1 Mio. € lag aufgrund der Übertragung von Teilbeständen an die DZ HYP und der dadurch rückläufigen Bestandsentwicklung unter dem Niveau des ersten Halbjahres 2021 in Höhe von 9 Mio. €.

Der Zinsüberschuss aus dem Kapitalmarktgeschäft erhöhte sich um +3 Mio. € auf 68 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 65 Mio. €). Dabei entfällt der Anstieg auf das Geschäft mit institutionellen Kunden sowie die Treasury-Bestände.

Der Zinsüberschuss aus der Bonusverzinsung im Rahmen der Teilnahme am TLTRO-III-Programm verminderte sich um -18 Mio. € auf 71 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 89 Mio. €). Im Wert des Vergleichszeitraums war der Anteil, der auf das zweite Halbjahr 2020 entfällt, enthalten.

Der Sonstige Zinsüberschuss aus Kreditbearbeitungsgebühren erhöhte sich um +3 Mio. € auf 14 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 11 Mio. €).

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen sowie die Erträge aus sonstigem Anteilsbesitz und die laufenden Erträge aus Anteilen an Tochterunternehmen beliefen sich auf 41 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 71 Mio. €). Der Rückgang im Vergleich zum ersten Halbjahr 2021 resultierte aus niedrigeren Beteiligungserträgen der VR Equitypartner GmbH um -42 Mio. € auf 11 Mio. €. Gegenläufig erhöhten sich die Beteiligungserträge der Deutschen WertpapierService Bank AG um +6 Mio. € auf 6 Mio. €, der KBIH Beteiligungsgesellschaft für Industrie und Handel mbH um +4 Mio. € auf 4 Mio. € und der Banco Cooperativo Español S.A. um +2 Mio. € auf 4 Mio. €.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um +4 Mio. € auf 262 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 258 Mio. €).

Wesentliche Ertragsquellen sind Dienstleistungsentgelte im Firmenkundengeschäft (insbesondere Kreditgeschäft inklusive Bürgschaften/Garantien und Auslandsgeschäft), im Kapitalmarktgeschäft (insbesondere Wertpapieremissions- und Kommissionsgeschäft, Vermittlungsprovisionen, Geschäfte an Terminbörsen, Finanzdienstleistungen und Informationsbereitstellung) sowie im Transaction Banking (insbesondere Zahlungsverkehr inklusive Kreditkartengeschäft, Wertpapierverwahrung sowie Kursgewinne/-verluste aus dem Devisen-Dienstleistungsgeschäft).

Im Geschäftsfeld Firmenkundengeschäft lag der Provisionsüberschuss mit 89 Mio. € um +17 Mio. € über dem Wert des ersten Halbjahres 2021 in Höhe von 72 Mio. €. Der Anstieg ist insbesondere in Höhe von +8 Mio. €

auf Kreditbearbeitungsprovisionen, in Höhe von +6 Mio. € auf Kreditprovisionen der Niederlassung New York und in Höhe von +3 Mio. € auf das Kreditkonsortialgeschäft zurückzuführen.

Im Geschäftsfeld Kapitalmarktgeschäft verminderte sich der Ergebnisbeitrag zum Provisionsüberschuss um -8 Mio. € auf 128 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 136 Mio. €). Hierbei reduzierten sich insbesondere die Erträge aus dem Konsortial- und Emissionsgeschäft.

Des Weiteren lag der Provisionsüberschuss im Geschäftsfeld Transaction Banking mit 75 Mio. € auf dem Niveau des Vergleichszeitraums in Höhe von 74 Mio. €.

Die DZ BANK hat Abwicklungsleistungen im Rahmen der Geschäftsbesorgung im Kreditgeschäft auf die Schwäbisch Hall Kreditservice, im Zahlungsverkehr auf die equensWorldline SE und Cash Logistik Security AG sowie im Kapitalmarktgeschäft/Transaction Banking auf die Deutsche WertpapierService Bank AG übertragen. Die Aufwendungen aus der Geschäftsbesorgung der genannten externen Abwicklungsgesellschaften betragen insgesamt -101 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -93 Mio. €) und werden im Provisionsüberschuss des Geschäftsfeldes Firmenkunden in Höhe von -5 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -4 Mio. €) und des Geschäftsfeldes Kapitalmarkt/Transaction Banking in Höhe von -96 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -89 Mio. €) ausgewiesen.

Neben der Entwicklung in den oben genannten Geschäftsfeldern verminderte sich das Provisionsergebnis aus sonstigen Finanzdienstleistungen im Berichtszeitraum auf -30 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -24 Mio. €). Hierin enthalten ist die Umbuchung von Kreditbearbeitungsgebühren in Höhe von -15 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -11 Mio. €) sowie der Aufwand aus der Weiterleitung des Bonuszinses aus dem TLTRO-III-Programm an die beteiligten Konzerntöchter in Höhe von -17 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -15 Mio. €).

Das **Handelsergebnis** belief sich auf 347 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -41 Mio. €).

Im Handelsergebnis spiegeln sich die Geschäftstätigkeit des Geschäftsfeldes Kapitalmarkt sowie das Ergebnis aus mit Handelsabsicht abgeschlossenen Geldmarktgeschäften (im Wesentlichen Repurchase Agreements) und aus Derivaten des Bereichs Group Treasury wider („Zum beizulegenden Zeitwert im erfolgswirksamen Konzernergebnis bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ (Fair Value PL)). Das Bewertungsergebnis aus „Zur erfolgswirksamen Bewertung mit dem beizulegenden Zeitwert eingestufte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten“ (Fair Value Option) ist – abgesehen von Bonitätseffekten – ebenfalls im Handelsergebnis enthalten. Die bonitätsinduzierten Effekte werden im Sonstigen Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten abgebildet.

Während der Vergleichszeitraum von deutlichen Belastungen aus IFRS-bedingten Effekten geprägt war, haben IFRS-bedingte Effekte im Berichtszeitraum positiv zum Handelsergebnis beigetragen. Einer der wesentlichen Treiber dafür waren im Berichtszeitraum Veränderungen des Bewertungsergebnisses von Eigenemissionen der Unterkategorien Fair Value PL sowie Fair Value Option. Während im Vorjahr, insbesondere aufgrund der Beruhigung an den Anleihemärkten nach der COVID-19-Krise, eine Einengung der Bewertungsaufschläge zu verzeichnen war (1. Halbjahr 2021: -159 Mio. €), haben sich diese aufgrund der geopolitischen Krise im ersten Halbjahr 2022 wieder ausgeweitet, so dass bei diesen Emissionen ein positives Bewertungsergebnis in Höhe von 42 Mio. € entstanden ist.

Darüber hinaus war der Vorjahreswert durch derivative Sicherungsgeschäfte belastet, die in Beziehung zu Konzernfinanzierungen standen und daher nicht in das Hedge Accounting einbezogen werden durften. Im ersten Halbjahr 2022 konnten trotz des volatilen Zinsumfeldes durch eine Optimierung der Aussteuerung im Hedge Accounting entsprechende Effekte reduziert werden. Dadurch stehen den Belastungen des Vorjahres positive Effekte im ersten Halbjahr 2022 gegenüber.

Ferner entlastete in einem geringeren Umfang die Ineffektivität des Hedge Accounting das Ergebnis. Diesem Ertrag stand ein Aufwand im Posten „Sonstiges Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten“ in gleicher Höhe gegenüber.

Das Ergebnis aus dem operativen Handelsgeschäft im Geschäftsfeld Kapitalmarkt betrug 207 Mio. € nach 363 Mio. € im Vergleichszeitraum.

Die Unsicherheiten infolge des Ukraine-Kriegs sowie bestehende und drohende Lieferengpässe führten zusammen mit den hohen Inflationsraten zu einer negativen Entwicklung an den Kapitalmärkten und damit zu Bewertungsabschlägen. Im Mai und Juni kam es erneut zu einer erheblichen Neubewertung von Risiken und damit einhergehend zu einer Ausweitung der Bonitäts-Spreads – insbesondere bei Anleihen von Corporates und Banken. Generell war die Marktphase in den ersten sechs Monaten 2022 von starken Kursschwankungen geprägt. Dies betraf alle Assetklassen: Zins, Credit, Aktien, Devisen sowie Rohstoffe mit einer Wirkung auf das Handelsergebnis.

Das Geschäft mit institutionellen Kunden verlief im ersten Halbjahr 2022 lebhaft, so dass die Erträge gegenüber dem Vergleichszeitraum gesteigert werden konnten. Getrieben war der Anstieg durch die Produktnachfrage von Genossenschaftsbanken und das erhöhte Cross-Selling mit Firmenkunden, während der Produkturnsatz mit institutionellen Anlegern das Vorjahresniveau nicht halten konnte.

Stabilisierend wirkte der Handel mit strukturierten Zinsprodukten. Wegen hoher Marktvolatilität konnten der Umsatz mit Zinsstrukturen und der Ertrag in diesem Produktsegment ausgebaut werden. Das Geschäft mit Zinsderivaten und der Währungshandel konnten den Rückgang im Anleihehandel ertragsmäßig überkompensieren. Die Kunden sicherten sich gegen steigende Zinsen und gegen deutliche Währungsschwankungen ab. Bei Zinsderivaten führte dies über alle Kundengruppen hinweg zu steigenden Erträgen, im Währungshandel dominierte das Cross-Selling mit Firmenkunden den Ertragsanstieg.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** reduzierte sich um -25 Mio. € auf -1 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 24 Mio. €). Das Ergebnis resultiert aus Aufwendungen in Höhe von -76 Mio. € durch Wertpapierveräußerungen der Kategorie Fair Value OCI, denen Erträge in Höhe von +75 Mio. € infolge von Auflösungen der Fair Value OCI-bilanzierten Sicherungsbeziehungen aus dem Portfolio Fair Value Hedge Accounting gegenüberstanden.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** reduzierte sich auf -6 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 61 Mio. €). Dabei verminderten sich sowohl die Bewertungsveränderung der zum Fair Value PL bewerteten Finanzinstrumente um -15 Mio. € auf -10 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 5 Mio. €), die bonitätsinduzierte Bewertungsveränderung der finanziellen Vermögenswerte der Fair Value Option um -9 Mio. € auf 21 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 30 Mio. €) als auch das Ergebnis aus der Ineffektivität im Hedge Accounting um -43 Mio. € auf -17 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 26 Mio. €).

Das **Ergebnis aus der Ausbuchung von finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden**, nahm um +2 Mio. € auf 5 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 3 Mio. €) zu.

Die **Risikovorsorge** zeigte im Saldo eine Nettozuführung in Höhe von -44 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 78 Mio. €). Dabei betrug die Nettozuführung im Kreditgeschäft und bei Finanzanlagen -61 Mio. €. Hierunter entfielen Nettoauflösungen in Höhe von 3 Mio. € auf die Risikovorsorge der Stufe 1, Nettozuführungen in Höhe von -60 Mio. € auf Stufe 2 sowie in Höhe von -4 Mio. € auf Stufe 3. Der Saldo aus Eingängen auf abgeschriebene Forderungen, Direktabschreibungen, dem Sonstigen Ergebnis aus POCI und Zuführungen zu Sonstigen Rückstellungen im Kreditgeschäft betrug 17 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 37 Mio. €).

Die Nettozuführungen in Stufe 2 sind in Höhe von -18 Mio. € auf die Berücksichtigung der erwarteten makroökonomischen Entwicklungen, insbesondere über eine Adjustierung der modellbasierten Ausfallwahrscheinlichkeitsprofile (sogenannte Shift-Faktoren), welche bei der Ermittlung der erwarteten Verluste berücksichtigt werden, zurückzuführen.

Weiterhin wurde in den Stufen 2 und 3 eine Erhöhung der Risikovorsorge aufgrund von geopolitischen Risiken sowie Bonitätsänderungen einzelner Geschäftspartner vorgenommen. In Stufe 3 ergaben sich durch Auflösungen bei verschiedenen Geschäftspartnern kompensierende Effekte.

Im ersten Halbjahr 2021 war die Risikovorsorge durch Auflösungen in Stufe 3 geprägt, die vorwiegend aus der Rückführung eines Einzelengagements in Höhe von 51 Mio. € resultierte.

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich um 15 Mio. € auf -679 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -664 Mio. €).

Die Personalaufwendungen verringerten sich aufgrund eines Rückgangs der Mitarbeiterzahl um 2 Mio. € auf -296 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -298 Mio. €).

Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 17 Mio. € auf -383 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -366 Mio. €). Die darin enthaltenen Aufwendungen für den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) und Beiträge zur BVR-Sicherungseinrichtung erhöhten sich um 5 Mio. € auf -87 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -82 Mio. €).

Zudem erhöhten sich die IT-Kosten um 6 Mio. € auf -91 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -85 Mio. €), die Aufwendungen für den Bürobetrieb um 3 Mio. € auf -14 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -11 Mio. €) und die Beratungsaufwendungen um 2 Mio. € auf -83 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -81 Mio. €). Die in den sonstigen Verwaltungsaufwendungen enthaltenen Abschreibungen reduzierten sich um 2 Mio. € auf -38 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -40 Mio. €). Diese untergliedern sich mit -15 Mio. € auf Abschreibungen für Nutzungsrechte (1. Halbjahr 2021: -17 Mio. €), mit -15 Mio. € auf Abschreibung für Sachanlagen und Investment Property (1. Halbjahr 2021: -13 Mio. €) sowie mit -8 Mio. € auf Abschreibungen für sonstige immaterielle Vermögenswerte (1. Halbjahr 2021: -10 Mio. €).

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** in Höhe von 12 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -5 Mio. €) enthielt Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und abgegrenzten Schulden in Höhe von 20 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 15 Mio. €) sowie gegenläufig Aufwendungen für paydirekt in Höhe von -6 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -8 Mio. €).

Das **Ergebnis vor Steuern** im Berichtszeitraum in Höhe von 369 Mio. € erhöhte sich um +154 Mio. € gegenüber dem für den Vergleichszeitraum ausgewiesenen Ergebnis in Höhe von 215 Mio. €.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des ersten Halbjahres 2022 belief sich auf 62,1 Prozent (1. Halbjahr 2021: 82,9 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 12,8 Prozent (1. Halbjahr 2021: 8,1 Prozent).

3.2.6 DZ HYP

Der **Zinsüberschuss** der DZ HYP lag mit einem Betrag in Höhe von 387 Mio. € um +23 Mio. € über dem Niveau des Vergleichszeitraums (1. Halbjahr 2021: 364 Mio. €). Aus der Teilnahme der DZ HYP am TLTRO-III-Programm der EZB resultierte im Berichtszeitraum eine Bonusverzinsung in Höhe von 7 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 7 Mio. €).

Der Zinsüberschuss hat sich insbesondere aufgrund des Bestandsanstiegs positiv entwickelt. Das Bestandsvolumen an Immobilienkrediten nahm um +1.976 Mio. € auf 56.116 Mio. € (30. Juni 2021: 54.140 Mio. €) zu. Das Neugeschäftsvolumen inklusive der Finanzierung Öffentlicher Kunden belief sich auf 5.174 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 5.374 Mio. €).

Im Geschäft mit Firmenkunden belief sich das Neugeschäftsvolumen auf 3.964 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 3.705 Mio. €). Das in dem Geschäftsfeld gemeinschaftlich mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken dargestellte Kreditgeschäft wies ein Volumen in Höhe von 1.531 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 2.245 Mio. €) auf. Im Geschäft mit Privatkunden wurde ein Neuzusagevolumen in Höhe von 1.050 Mio. € erzielt (1. Halbjahr 2021: 1.408 Mio. €). Im Geschäft mit Öffentlichen Kunden wurde ein Neugeschäftsvolumen in Höhe von 160 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 261 Mio. €) generiert. Davon entfielen 115 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 215 Mio. €) auf das Vermittlungsgeschäft durch die Genossenschaftsbanken und 45 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 46 Mio. €) auf das Direktgeschäft.

Der **Provisionsüberschuss** erhöhte sich um +8 Mio. € auf 12 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 4 Mio. €). Dabei beliefen sich die Erträge aus der Beteiligung an der DZ BANK Konzern-Bietergruppe für den TLTRO-III-Tender der EZB auf 11 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 5 Mio. €).

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** belief sich auf 33 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 0 Mio. €). Das Ergebnis war im Wesentlichen durch die Veräußerung von portugiesischen Staatsanleihen beeinflusst.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** stieg um +3 Mio. € auf 73 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 70 Mio. €).

Die **Risikoversorge** wies eine Nettozuführung in Höhe von -14 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 1 Mio. €) auf. Die Veränderung ist im Wesentlichen auf eine Adjustierung der modellbasierten Berechnung zurückzuführen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** sind um 5 Mio. € auf -162 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -157 Mio. €) gestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 5 Mio. € auf -53 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -48 Mio. €). Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen blieben mit -109 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -109 Mio. €) auf einem konstanten Niveau.

Das **Ergebnis vor Steuern** hat sich mit einem Betrag in Höhe von 335 Mio. € infolge der oben erwähnten Einflussfaktoren um +48 Mio. € gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von 287 Mio. € verbessert.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** belief sich auf 31,7 Prozent (1. Halbjahr 2021: 35,5 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 48,8 Prozent (1. Halbjahr 2021: 39,9 Prozent).

3.2.7 DZ PRIVATBANK

Der **Zinsüberschuss** der DZ PRIVATBANK stieg um +6 Mio. € auf 34 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 28 Mio. €). Der Zinsüberschuss war insbesondere aufgrund höherer Erträge im Kredit- und Geldmarktbereich positiv beeinflusst.

Das durchschnittliche Kreditvolumen des avalierten LuxCredit-Geschäfts der DZ PRIVATBANK, die als Kompetenzzentrum für die Währungsfinanzierung und -anlage im zinsabhängigen Geschäft fungiert, belief sich auf 5,1 Mrd. € (1. Halbjahr 2021: 4,9 Mrd. €).

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich um +9 Mio. € auf 112 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 103 Mio. €). Die Zunahme im Provisionsüberschuss ist im Wesentlichen auf höhere Ergebnisbeiträge im Fondsdienstleistungsgeschäft und im Private Banking zurückzuführen.

Die verwalteten Anlagemittel von vermögenden Privatkunden umfassen das Wertpapier-, Derivate- und Einlagevolumen der Kunden im Geschäftsfeld Private Banking und wiesen zum 30. Juni 2022 21,7 Mrd. € (30. Juni 2021: 21,8 Mrd. €) auf.

Das betreute Fondsvolumen betrug 168,9 Mrd. € (30. Juni 2021: 169,5 Mrd. €). Die Anzahl der Fondsmandate belief sich auf 571 Mandate (30. Juni 2021: 540 Mandate).

Die **Verwaltungsaufwendungen** sind um 12 Mio. € auf -137 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -125 Mio. €) angestiegen. Die Personalaufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen infolge der Bildung von Urlaubsrückstellungen, einer gestiegenen Mitarbeiterzahl, der gesetzlichen Indexierung von Gehältern und Gehaltserhöhungen um 7 Mio. € auf -76 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -69 Mio. €). Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von -62 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -56 Mio. €) lagen im Wesentlichen aufgrund gestiegener regulatorischer Beiträge sowie Investitionen zur Stärkung des Wachstumspfad der Marktbereiche, höherer Kosten für die Informationstechnologie, Werbung und Beratung über dem Niveau des Vergleichszeitraums.

Das **Ergebnis vor Steuern** belief sich insgesamt auf 19 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 19 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** belief sich auf 88,4 Prozent (1. Halbjahr 2021: 86,8 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** betrug 11,1 Prozent (1. Halbjahr 2021: 11,4 Prozent).

3.2.8 VR Smart Finanz

Der **Zinsüberschuss** von VR Smart Finanz belief sich im Berichtszeitraum auf 58 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 64 Mio. €).

Das Neugeschäft mit Kredit- und Objektfinanzierungen entwickelte sich im Berichtszeitraum aufgrund der wieder zunehmenden Investitionsneigung und Kreditnachfrage kleiner und mittlerer Unternehmen positiv und lag mit 464 Mio. € um rund +7,4 Prozent über dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von 432 Mio. €. Das erste Halbjahr 2022 war dabei von einer steigenden Nachfrage nach Objektfinanzierungen, insbesondere der Mietauflösung VR Smart express mit einem Anstieg gegenüber dem Vergleichszeitraum um +22,4 Prozent geprägt. Auch das Neugeschäft beim Unternehmerkredit VR Smart flexibel konnte mit 135 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 70 Mio. €) kräftig gesteigert werden, blieb damit aber unter dem Vorkrisenniveau.

Das Angebot des VR Smart flexibel Förderkredits, der sich an dem „KfW-Sonderprogramm 2020“ für etablierte und junge Unternehmen orientierte, wurde im Einklang mit dem Auslaufen des COVID-19-Förderprogramms zum 30. April 2022 eingestellt. Das Neugeschäft des VR Smart flexibel Förderkredits erreichte im Berichtszeitraum bis zur Einstellung noch ein Volumen in Höhe von 25 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 122 Mio. €). Seit Einführung des VR Smart flexibel Förderkredits im März 2020 wurden über 19 Tausend Kredite mit einem Volumen von rund 700 Mio. € ausgereicht.

Der **Provisionsüberschuss** in Höhe von -15 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -15 Mio. €) war im Wesentlichen durch Vermittlungsprovisionen an die Genossenschaftsbanken determiniert.

Aufgrund einer – trotz Energiekrise, Lieferkettenproblemen und Auslaufen der COVID-19-Hilfen – anhaltend unauffälligen Risikosituation mit robustem Insolvenzgeschehen und geringen Kreditausfällen reduzierten sich die Aufwendungen zur **Risikoversorge** im Berichtszeitraum um 2 Mio. € auf -3 Mio. € gegenüber dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von -5 Mio. €.

Die **Verwaltungsaufwendungen** nahmen nochmals um 3 Mio. € auf -38 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -41 Mio. €) ab. Die Personalaufwendungen haben sich dabei aufgrund verringerter Mitarbeiterkapazitäten um 2 Mio. € auf -22 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -24 Mio. €) reduziert. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen gingen um 1 Mio. € auf -16 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -17 Mio. €) zurück.

Das **Ergebnis vor Steuern** von VR Smart Finanz betrug im Wesentlichen infolge der oben genannten Einflussfaktoren 3 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 0 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** betrug 88,4 Prozent (1. Halbjahr 2021: 89,1 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf 3,5 Prozent (1. Halbjahr 2021: 0,3 Prozent).

3.2.9 DVB

Der **Zinsüberschuss** des DVB-Teilkonzerns stieg um 16 Mio. € auf 4 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -12 Mio. €).

Zum 30. Juni 2022 betrug das nominale Kundenkreditvolumen des DVB-Teilkonzerns 0,9 Mrd. € (31. Dezember 2021: 1,6 Mrd. €).

Der **Provisionsüberschuss** belief sich auf 0 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 8 Mio. €). Die Verringerung resultierte im Wesentlichen aus dem Wegfall der Erträge aufgrund des Portfoliorückbaus.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** betrug 101 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 24 Mio. €). Das Ergebnis des Berichtszeitraums war im Wesentlichen durch Bewertungseffekte von Derivaten ohne Handelsabsicht in Höhe von 96 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 9 Mio. €) positiv beeinflusst.

Im Berichtszeitraum ergab sich eine Nettoauflösung der **Risikovorsorge** in Höhe von 61 Mio. € (1. Halbjahr 2021: Nettoauflösung in Höhe von 80 Mio. €), die im Wesentlichen auf den voranschreitenden Portfolio-rückbau sowie auf die Auflösungen bei einzelnen Engagements zurückzuführen ist.

Die **Verwaltungsaufwendungen** in Höhe von -46 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -68 Mio. €) sind gegenüber dem Vergleichszeitraum um 22 Mio. € gesunken. Die Personalaufwendungen haben sich infolge des rückläufigen Personalbestands um 7 Mio. € auf -21 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -28 Mio. €) reduziert. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen lagen mit einem Betrag in Höhe von -25 Mio. € unter dem Wert des Vergleichszeitraums in Höhe von -40 Mio. €, im Wesentlichen infolge gesunkener Beratungskosten und geringerer Bankenabgabe.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** betrug 11 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 39 Mio. €). Das Ergebnis des Vergleichszeitraums war im Wesentlichen durch Verkaufserlöse im Rahmen des Investment Managements in Höhe von 47 Mio. € determiniert.

Das **Ergebnis vor Steuern** betrug im Berichtszeitraum im Wesentlichen infolge der oben erwähnten Einflussfaktoren 131 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 70 Mio. €).

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** des ersten Halbjahres 2022 betrug 40,4 Prozent (1. Halbjahr 2021: >100,0 Prozent).

Der **regulatorische RORAC** belief sich auf >100,0 Prozent (1. Halbjahr 2021: >100,0 Prozent).

3.2.10 DZ BANK – Holdingfunktion

Der **Zinsüberschuss** beinhaltet den Aufschlag auf Nachrangmittel sowie das Zinsergebnis aus der Refinanzierung der Buchwerte der wesentlichen Beteiligungen und der Anlage des Eigenkapitals.

Der Zinsüberschuss betrug im Berichtszeitraum -9 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -20 Mio. €).

Der Zinsaufwand aus Nachrangmitteln hat sich in der Jahresdurchschnittsbetrachtung bei rückläufigen Beständen um 7 Mio. € auf -17 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -24 Mio. €) vermindert.

Der Zinsüberschuss aus der Refinanzierung der Beteiligungsbuchwerte sowie der Anlage des Eigenkapitals betrug im Berichtszeitraum 8 Mio. € (1. Halbjahr 2021: 4 Mio. €).

Die **Verwaltungsaufwendungen** erhöhten sich gegenüber dem Vergleichszeitraum um 14 Mio. € auf -133 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -119 Mio. €).

Die Aufwendungen für Bankenabgabe und Beiträge (insbesondere zur BVR-Sicherungseinrichtung) erhöhten sich um 11 Mio. € auf -58 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -47 Mio. €). Weiterhin erhöhten sich die IT- und Projektaufwendungen von -28 Mio. € im ersten Halbjahr 2021 auf -32 Mio. € im Berichtszeitraum. Die weiteren Aufwendungen mit Konzern- und Verbundnutzen verringerten sich um 1 Mio. € auf -13 Mio. € (1. Halbjahr 2021: -14 Mio. €). Die Aufwendungen aus der Konzernsteuerungsfunktion lagen mit -30 Mio. € auf dem Niveau des Vergleichszeitraums (1. Halbjahr 2021: -29 Mio. €).

3.2.11 Sonstige/Konsolidierung

Die unter Sonstige/Konsolidierung ausgewiesenen konsolidierungsbedingten Anpassungen der Geschäftsergebnisse vor Steuern auf das Konzernergebnis vor Steuern resultieren aus der Konsolidierung konzerninterner Transaktionen sowie aus der Bilanzierung von Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode. Darüber hinaus werden Ausweisunterschiede zwischen der internen

Managementberichterstattung und der Konzernberichterstattung eliminiert, welche sich aus der Berücksichtigung von unternehmensinternen Transaktionen im Geschäftssegment DZ BANK – VuGB ergeben.

Die auf den Zinsüberschuss entfallenden Anpassungen resultieren im Wesentlichen aus der Konsolidierung konzerninterner Dividendenzahlungen und Ausschüttungen auf konzerninterne Anteile stiller Gesellschafter sowie der vorzeitigen Tilgung von ausgegebenen Schuldverschreibungen und Geldmarktpapieren, die durch vom Emittenten abweichende Unternehmen des DZ BANK Konzerns erworben wurden. Darüber hinaus werden im Zinsüberschuss und gegenläufig im Handelsergebnis unternehmensinterne Transaktionen des Geschäftssegments DZ BANK – VuGB eliminiert.

Die Konsolidierungen im Provisionsüberschuss betreffen insbesondere das Provisionsgeschäft der TeamBank und des Teilkonzerns BSH mit dem Teilkonzern R+V.

Die übrigen Anpassungen sind im Wesentlichen ebenfalls auf die Aufwands- und Ertragskonsolidierung zurückzuführen.

4 Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der DZ BANK Gruppe nahm zum 30. Juni 2022 um +31,4 Mrd. € oder +5,0 Prozent auf 658,7 Mrd. € (31. Dezember 2021: 627,3 Mrd. €) zu. Dieser Anstieg geht im Wesentlichen auf die jeweils erhöhten Bilanzsummen der DZ BANK – VuGB (+54,5 Mrd. €), der DZ PRIVATBANK (+2,9 Mrd. €) sowie der BSH (+1,3 Mrd. €) zurück, während die R+V (-15,5 Mrd. €), die DZ HYP (-1,7 Mrd. €) und die DVB (-1,6 Mrd. €) Rückgänge verzeichneten.

Das **Geschäftsvolumen**, definiert als Summe aus der Bilanzsumme, den Assets under Management der UMH zum 30. Juni 2022 in Höhe von 415,6 Mrd. € (31. Dezember 2021: 454,1 Mrd. €), den Finanzgarantien und Kreditzusagen in Höhe von 86,7 Mrd. € (31. Dezember 2021: 82,6 Mrd. €) und dem Volumen der Treuhandgeschäfte in Höhe von 2,3 Mrd. € (31. Dezember 2021: 2,3 Mrd. €), belief sich auf 1.163,3 Mrd. € (31. Dezember 2021: 1.166,3 Mrd. €).

Die **Barreserve** nahm um +26,9 Mrd. € oder +31,3 Prozent auf 112,9 Mrd. € (31. Dezember 2021: 86,0 Mrd. €) aufgrund des entsprechenden Anstiegs der Guthaben bei Zentralnotenbanken zu. Die Erhöhung geht im Wesentlichen auf die DZ BANK – VuGB (Liquiditätssteuerungsfunktion) zurück.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** erhöhten sich um +8,2 Mrd. € oder +7,6 Prozent auf 115,9 Mrd. €. Die Forderungen an inländische Kreditinstitute stiegen um +8,1 Mrd. € auf 108,0 Mrd. €, die Forderungen an ausländische Kreditinstitute nahmen um +0,3 Mrd. € auf 8,0 Mrd. € zu.

Die **Forderungen an Kunden** lagen mit einem Betrag in Höhe von 203,0 Mrd. € um +7,3 Mrd. € oder +3,7 Prozent über dem Niveau des Ausweises zum 31. Dezember 2021. Dabei nahmen die Forderungen an inländische Kunden um +5,6 Mrd. € auf 175,3 Mrd. € und die Forderungen an ausländische Kunden um +1,8 Mrd. € auf 27,7 Mrd. € zu.

Die **Handelsaktiva** betragen 60,6 Mrd. € und erhöhten sich damit gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2021 um +13,3 Mrd. € oder +28,1 Prozent. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf einen Zuwachs der Forderungen aus Geldmarktgeschäften (+10,1 Mrd. €), der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (+2,5 Mrd. €) und der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere (+1,0 Mrd. €) zurückzuführen.

Die **Finanzanlagen** reduzierten sich um -7,0 Mrd. € oder -13,4 Prozent auf 45,4 Mrd. €. Ursächlich hierfür war vor allem ein um -6,1 Mrd. € verminderter Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren.

Die **Kapitalanlagen der Versicherungsunternehmen** haben sich um -17,2 Mrd. € oder -13,3 Prozent auf 111,9 Mrd. € (31. Dezember 2021: 129,1 Mrd. €) reduziert. Dabei nahmen die festverzinslichen Wertpapiere um -10,1 Mrd. € auf 51,3 Mrd. €, die Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice um -2,3 Mrd. € auf 16,4 Mrd. €, die Namensschuldverschreibungen um -1,8 Mrd. € auf 6,7 Mrd. € und die Hypothekendarlehen um -1,4 Mrd. € auf 11,6 Mrd. € ab.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** verzeichneten zum 30. Juni 2022 gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2021 einen Anstieg um +6,1 Mrd. € oder +3,1 Prozent auf 202,7 Mrd. € bei einem um +14,0 Mrd. € auf 22,8 Mrd. € gestiegenen Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten und gegenläufig um -8,0 Mrd. € auf 179,8 Mrd. € reduzierten Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten. Die DZ BANK Gruppe nahm bis zum 30. Juni 2022 mit insgesamt 32,4 Mrd. € (31. Dezember 2021: 32,4 Mrd. €) am TLTRO-III-Programm der EZB teil.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** nahmen um +24,7 Mrd. € oder +17,8 Prozent auf 163,7 Mrd. € (31. Dezember 2021: 139,0 Mrd. €) zu. Die Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden erhöhten sich um +13,6 Mrd. € auf 36,9 Mrd. € (31. Dezember 2021: 23,3 Mrd. €) und die Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden um +11,1 Mrd. € auf 126,8 Mrd. € (31. Dezember 2021: 115,7 Mrd. €).

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten** erreichten zum Ende des Berichtshalbjahres einen Wert in Höhe von 90,7 Mrd. € (31. Dezember 2021: 79,7 Mrd. €). Die Zunahme in Höhe von +11,0 Mrd. € resultiert aus einer Erhöhung des Bestands der anderen verbrieften Verbindlichkeiten um +9,9 Mrd. € auf 22,5 Mrd. € sowie einem gleichzeitigen Anstieg des Betrags der begebenen Schuldverschreibungen um +1,0 Mrd. € auf 68,1 Mrd. €.

Die **Handelspassiva** wiesen einen Anstieg in Höhe von +8,3 Mrd. € oder +19,1 Prozent auf 51,7 Mrd. € (31. Dezember 2021: 43,4 Mrd. €) auf. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf eine Erhöhung der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um +7,4 Mrd. €, der Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften um +1,8 Mrd. € sowie der Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen um +1,0 Mrd. € zurückzuführen. Dagegen nahm der Betrag der begebenen Schuldverschreibungen um -1,7 Mrd. € auf 20,5 Mrd. € ab.

Die **Versicherungstechnischen Rückstellungen** nahmen um -11,6 Mrd. € oder -9,8 Prozent auf 107,3 Mrd. € (31. Dezember 2021: 118,9 Mrd. €) ab. Dies resultiert maßgeblich aus dem Rückgang der Rückstellung für Beitragsrückerstattung um -12,9 Mrd. € auf -1,7 Mrd. € sowie der pensionsfondstechnischen und versicherungstechnischen Rückstellungen, soweit das Anlagerisiko von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Inhabern von Lebensversicherungspolice getragen wird, um -1,2 Mrd. € auf 14,6 Mrd. €. Dagegen stiegen die Beitragsüberträge um +1,0 Mrd. € auf 2,2 Mrd. €, die Deckungsrückstellung um +1,0 Mrd. € auf 75,2 Mrd. € sowie die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle um +0,5 Mrd. € auf 16,9 Mrd. €.

Das bilanzielle **Eigenkapital** belief sich zum 30. Juni 2022 auf 24,3 Mrd. € (31. Dezember 2021: 28,7 Mrd. €). Die Abnahme in Höhe von -4,4 Mrd. € gegenüber dem Vorjahresresultato resultiert im Wesentlichen aus der verminderten Rücklage aus dem erfolgsneutralen Konzernergebnis (-4,6 Mrd. €) aufgrund der Belastung durch die Zinsentwicklung im ersten Halbjahr 2022. Dem stand eine Zunahme der Gewinnrücklagen in Höhe von +0,3 Mrd. € gegenüber, während sich die nicht beherrschenden Anteile um -0,5 Mrd. € reduzierten.

Die **Kapitaladäquanz in der normativen internen Perspektive** des DZ BANK Finanzkonglomerats, der DZ BANK Institutsgruppe und der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe wird im Risikobericht dieses Konzernzwischenlageberichts (Abschnitt VI.6.2) dargestellt.

5 Finanzlage

Die **Liquiditätssteuerung** der Unternehmen der DZ BANK Gruppe erfolgt im Bereich Konzern-Treasury der DZ BANK und dezentral in den einzelnen Tochterunternehmen. Hierzu werden die einzelnen Unternehmen

durch die DZ BANK mit Refinanzierungsmitteln versorgt (Gruppenrefinanzierung) oder sie tauschen über die DZ BANK untereinander Zahlungsmittel aus (Group Clearing). Die Liquiditätssteuerung innerhalb der DZ BANK erfolgt zentral durch den Bereich Konzern-Treasury in Frankfurt mit den angeschlossenen Treasury-Einheiten der Auslandsfilialen, wobei Frankfurt die primäre Verantwortung trägt.

Im Rahmen der Liquiditätssteuerung unterscheidet die DZ BANK Gruppe zwischen der operativen Liquidität (Liquidität im Laufzeitenband bis zu einem Jahr) und der strukturellen Liquidität (Liquidität im Laufzeitenband von über einem Jahr).

Im Bereich der **operativen Liquidität** verfügt die DZ BANK Gruppe über eine diversifizierte Refinanzierungsbasis. Hieran haben die Geldmarktaktivitäten aus der Liquiditätsausgleichsfunktion mit den Volksbanken und Raiffeisenbanken einen maßgeblichen Anteil. Demnach können die Genossenschaftsbanken freie Liquidität bei der DZ BANK anlegen sowie im Falle eines Liquiditätsbedarfs diesen über die DZ BANK decken. Dies führt regelmäßig zu einem Liquiditätsüberhang als einer wesentlichen Basis für die kurzfristige Refinanzierung am unbesicherten Geldmarkt. Firmenkunden und institutionelle Kunden bilden eine weitere wichtige Refinanzierungsquelle zur Deckung des Bedarfs der operativen Liquidität.

Zu Refinanzierungszwecken begibt die DZ BANK Gruppe an den Standorten Frankfurt, New York, Hongkong, London und Luxemburg außerdem verbrieft Geldmarktprodukte über ein einheitliches gruppenweites Multi-Issuer-Euro-Commercial-Paper-Programm, zudem wird ein US-CP-Head-Office-Programm zentral durch den Standort Frankfurt genutzt.

Als Basis für die besicherte Geldmarktfinanzierung sind wesentliche Repo- und Wertpapierleiheaktivitäten sowie der Collateral-Management-Prozess zentral im Konzern-Treasury der DZ BANK angesiedelt. Die Refinanzierung am Interbankenmarkt hat für die DZ BANK Gruppe keine strategische Bedeutung.

Weiterhin stehen der DZ BANK Gruppe liquide Wertpapiere als Bestandteil der verfügbaren Liquiditätsreserven zur Verfügung. Diese Wertpapiere können als refinanzierungsfähige Sicherheiten für geldpolitische Geschäfte mit Zentralbanken sowie für die besicherte Refinanzierung an privaten Märkten eingesetzt werden.

Im Bereich der **strukturellen Liquidität** wird der Bedarf an langfristigen Finanzierungen (über ein Jahr) der DZ BANK sowie in Abstimmung mit den Gruppenunternehmen der Bedarf der DZ BANK Gruppe gesteuert und gedeckt.

Die DZ BANK Gruppe hat bis zum 30. Juni 2022 mit einem Nominal von insgesamt 32,4 Mrd. € (31. Dezember 2021: 32,4 Mrd. €) am TLTRO-III-Programm der EZB teilgenommen.

Der Bereich Konzern-Treasury der DZ BANK führt jährlich einen gruppenweiten **Liquiditätsausblick** durch. Auf Basis der abgestimmten Geschäftspläne der einzelnen Gesellschaften wird dabei der Refinanzierungsbedarf der DZ BANK Gruppe für das nächste Geschäftsjahr ermittelt. Der Liquiditätsausblick wird innerhalb des Geschäftsjahres laufend aktualisiert.

Daneben werden monatlich **Strukturanalysen** der diversifizierten Ressourcen der Passivseite der DZ BANK durchgeführt. Diese Analysen dienen der Information des Managements und sind die Basis der aktiven Steuerung des Verbindlichkeitsprofils. Ergänzend zur Darstellung der Refinanzierungsstruktur sind Erläuterungen zur **ökonomischen Perspektive der Liquiditätsadäquanz** im Risikobericht dieses Konzernzwischenlageberichts (Abschnitt VI.5.1) enthalten. Die Veränderungen der Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit sowie aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit sind für den Berichtszeitraum wie für das entsprechende Halbjahr des Vorjahres in der **Kapitalflussrechnung** im Konzernzwischenabschluss aufgeführt.

III Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des ersten Halbjahres 2022 waren nicht zu verzeichnen.

IV Prognosebericht

1 Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen

1.1 Entwicklung Weltwirtschaft

Aktuell überschattet der Ukraine-Krieg den weltwirtschaftlichen Ausblick. Die westlichen Verbündeten haben früh Sanktionen gegen Russland ergriffen und schrittweise verschärft. Die Auswirkungen spürt nicht nur Russland. Die gesamte Weltwirtschaft leidet unter stark verteuerten Rohstoffen und hohen Energiepreisen. Aufgrund der Abhängigkeit von russischer Energie sind Deutschland und andere EU-Länder besonders betroffen. Insgesamt bergen der Krieg und dessen Folgen die größten Gefahren für die Wirtschaftsentwicklung 2022. Die im Folgenden dargestellten Prognosen gehen von der Annahme aus, dass es bei den russischen Gaslieferungen immer wieder zu temporären Unterbrechungen oder Minderlieferungen kommen kann, die sich in hohen Energiepreisen niederschlagen und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entsprechend belasten dürften.

Neben den hohen Energiepreisen gehen auch von der immer noch anhaltenden COVID-19-Pandemie und den damit zusammenhängenden Lieferkettenproblemen sowie von den hohen Inflationsraten und steigenden Zinsen gesamtwirtschaftliche Belastungen aus. So führen verschiedene Omikron-Varianten des Coronavirus immer wieder zu regionalen Infektionsanstiegen, bevor im Herbst ein saisonaler Anstieg droht. Auch wenn die gesundheitlichen Gefahren geringer einzuschätzen sind als bei der Delta-Variante, bleiben wirtschaftliche Belastungen. Neben Konsumzurückhaltung ist mit neuen Störungen der Lieferketten zu rechnen. Vor allem die Null-COVID-Politik Chinas mit ihren harten Restriktionen kann die internationalen Warenströme aus dem Rhythmus bringen. Hinzu kommen kriegsbedingte Lieferengpässe und Preissteigerungen in Landwirtschaft und Industrie, bei Lebensmitteln und im Bau.

Bereits vor Kriegsausbruch waren die Inflationsraten in den großen Industrienationen aufgrund hoher Energiepreise und gestiegener Kosten durch globale Lieferkettenprobleme auf hohe Niveaus geklettert. Der Krieg in der Ukraine und die Sanktionen des Westens trieben die Preise dann weiter in die Höhe. Auch wenn die Inflationsraten in den meisten Ländern ihren Zenit gemäß den Erwartungen der DZ BANK im Sommer weitgehend erreicht haben dürften, wird sich der Preisanstieg bis Jahresende insgesamt voraussichtlich nur langsam abschwächen und bleibt ein Belastungsfaktor für die Konjunktur. Hinzu kommt der kräftige Zinsanstieg, der nachhaltig sein dürfte und ein Ende der Phase negativer Zinsen markiert. Das erschwert nicht nur die Investitionen der Unternehmen, sondern macht auch den Eigenheimerwerb für eine wachsende Zahl privater Haushalte unerschwinglich. Unter der Annahme, dass die Kämpfe in der Ukraine bis ins nächste Jahr andauern und die Zinsen nicht wieder sinken, dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft bis Ende des Jahres weiter abschwächen.

1.2 Entwicklung Vereinigte Staaten

Die Wirtschaftsleistung der USA ist im ersten Halbjahr 2022 geschrumpft. Dies lag vor allem an dem außergewöhnlich großen Minus in der Handelsbilanz, der schweren Omikron-Welle zu Jahresbeginn und einem hohen gesamtwirtschaftlichen Lagerabbau im zweiten Quartal. Von einer fortgesetzt rezessiven konjunkturellen Phase in den USA in Folge der restriktiven Geldpolitik der Federal Reserve Bank geht die DZ BANK nicht aus; das heißt, das von der Notenbank angestrebte „Soft-Landing“ der US-Konjunktur gelingt. Dafür sprechen vor allem die gute Arbeitsmarktlage und die hohen Ersparnisse der Haushalte, die den Konsum derzeit noch stützen. Gleichzeitig gibt es auch positive Signale aus der Industrie, weil sich die Verfügbarkeit von Komponenten zuletzt verbesserte.

Zu den größten Risiken für die Wirtschaft zählt dagegen weiterhin die sehr hohe Inflation. Trotz deutlicher Lohnzuwächse nagt die Teuerung an den Realeinkommen der privaten Haushalte. Dies wird sich wohl in langsamer wachsenden Konsumausgaben bemerkbar machen. Außerdem geht die US-Notenbank aggressiv gegen die hohe Inflation vor. Zinserhöhungen verschlechtern die Finanzierungsbedingungen für die Haushalte und Unternehmen. Für 2022 rechnet die DZ BANK noch mit einem Wachstum von 2,5 Prozent.

1.3 Entwicklung Euro-Raum

Entgegen ersten Berechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt des Euro-Raums im ersten Quartal mit 0,5 Prozent gegenüber dem Vorquartal spürbar gewachsen. Die Wachstumszahl ist jedoch durch überstarke Sprünge in der Statistik Irlands zu den Investitionen in geistiges Eigentum und zu den Importen verzerrt und spiegelt nicht die tatsächlich zugrundeliegende Wachstumsdynamik wider. Die ungünstige Gemengelage aus noch immer anhaltenden Lieferproblemen, der Unsicherheit aus dem Ukraine-Krieg verbunden mit der beschriebenen Gaslieferungsproblematik und dem massiven Inflationsdruck lässt trotz eines ebenfalls positiven zweiten Quartals für den weiteren Jahresverlauf nicht auf eine Entspannung hoffen. Auch wenn eine technische Rezession mit zwei Negativquartalen in Folge in der zweiten Jahreshälfte 2022 voraussichtlich vermieden werden kann, bleiben die Aussichten für die Wirtschaft eingetrübt.

In der Summe kann die prognostizierte Entwicklung aus schwachem Wirtschaftswachstum und weiterhin hoher Inflation als stagflationäre Tendenz bezeichnet werden. Dazu trägt auch der sich hinziehende Krieg in der Ukraine bei. Zudem geht von der geldpolitischen Wende der Europäischen Zentralbank ein dämpfender Konjunkturimpuls aus. Dass die Wirtschaft im Euro-Raum 2022 trotz einer durchschnittlichen Inflationsrate von 7,0 Prozent nach den Erwartungen der DZ BANK voraussichtlich um 1,3 Prozent wächst, ist auch durch die skizzierte Entwicklung in der ersten Jahreshälfte 2022 geprägt.

1.4 Entwicklung Deutschland

Wie andere Länder kann sich auch Deutschland nicht der hohen Inflation, der globalen Lieferkettenproblematik, der Unsicherheit aus dem Krieg in der Ukraine verbunden mit der beschriebenen Gaslieferungsproblematik sowie der Zinswende nach Jahren der Nullzinspolitik entziehen. Dies spricht dafür, dass eine durchgreifende konjunkturelle Erholung vorerst auf sich warten lassen dürfte.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der vergleichsweise hohen Abhängigkeit Deutschlands von Gaslieferungen aus Russland erwartet die DZ BANK für das Jahr 2022 eine schwache Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 Prozent. Die am harmonisierten Verbraucherpreisindex gemessene Inflationsrate dürfte mit 7,0 Prozent in Deutschland weit über der EZB-Zielmarke von 2,0 Prozent liegen.

1.5 Entwicklung Finanzsektor

Die den Finanzsektor seit einigen Jahren prägenden Rahmenbedingungen wie der wettbewerbsinduzierte Strukturwandel, die aufsichtsrechtliche Reformagenda sowie die gestaltende Begleitung des Transformationsprozesses der Wirtschaft unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit präsentieren sich im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Detaillierte Aussagen zu den benannten Themenkomplexen finden sich im Prognosebericht im Rahmen des Konzernlageberichts 2021.

Mit Blick auf die Zinsmärkte vollzog sich im Geschäftsjahr ein geldpolitischer Richtungswechsel. Die wesentlichen Notenbanken beschlossen eine Abkehr von der durch die Finanzmarktkrise induzierten, expansiven Geldpolitik, wobei sie sich durchaus hinsichtlich der Intensität und der zeitlichen Taktung der geldpolitischen Maßnahmen unterscheiden. Die britische Notenbank beispielsweise erhöhte angesichts der Teuerungsraten bereits beginnend im Dezember 2021 kontinuierlich den Leitzins auf 1,25 Prozent, während die US-amerikanische Notenbank neben der Abkehr von den Wertpapierankaufprogrammen den Leitzins in vier Schritten auf die Spanne zwischen 2,25 und 2,5 Prozent (Stand 31. Juli 2022) an hob und weitere Zinsschritte einplant.

Die EZB vollzog nach einer Neubewertung der Lage im Zug der jüngsten Anstiege der Inflationsrate am 21. Juli 2022 eine erste Leitzinserhöhung auf 0,5 Prozent und stellte weitere Zinserhöhungen in Aussicht. Bereits zuvor wurde avisiert, die Wertpapierankaufprogramme, die zur Linderung der Finanzmarktkrise sowie der Folgen der COVID-19-Pandemie aufgelegt wurden, sukzessive auslaufen zu lassen.

Angesichts dieser geldpolitischen Rahmenbedingungen erhöhte sich das nominale Zinsniveau – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau zu Jahresbeginn – im ersten Halbjahr 2022 deutlich und die zuvor relativ flache Zinsstrukturkurve gewann an Steilheit. Obgleich sich das Zinsniveau weiter in Richtung einer Normalisierung bewegen dürfte, wird mit einem starken Zinsanstieg, verbunden mit positiven Realzinsen, aktuell allerdings nicht gerechnet.

Die expansive Geldpolitik der Notenbanken und insbesondere die EZB-Ankaufprogramme am Anleihemarkt verhinderten in den vergangenen Jahren, dass sich strukturelle Probleme in einigen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion am Kapitalmarkt bemerkbar machten. Ausgelöst durch die COVID-19-Pandemie ist die Konjunktur in diesen Ländern besonders angeschlagen und vor dem Hintergrund der fiskalischen Stützungsmaßnahmen ist der Refinanzierungsbedarf am Kapitalmarkt erheblich gestiegen. Die im Zuge des angekündigten Auslaufens der Wertpapierankaufprogramme zu beobachtenden Ausweitungen der Bonitäts-Spreads der Anleihen einzelner Staaten werden von den Währungshütern genau beobachtet. Die EZB befürchtet, dass durch einen übermäßigen, nicht durch Fundamentaldaten gerechtfertigten Anstieg der Renditen in den Ländern der Euro-Zone der geldpolitische Transmissionsprozess gestört werden könnte. Durch die Möglichkeit der flexiblen Wiederanlage von Liquidität aus im PEPP-Portfolio fälligen Wertpapieren soll diesem potenziellen Fragmentierungsrisiko begegnet werden. Ergänzend wurde am 21. Juli 2022 das Transmission Protection Instrument (TPI) beschlossen, mit dessen Hilfe ungewollte Renditeunterschiede zwischen Staatsanleihen unterschiedlicher EU-Staaten kontrolliert werden sollen. Die Auswirkungen dieser Vorhaben – auch im Hinblick auf die Stabilität der Euro-Zone – werden zu beobachten sein.

Wie ausgeführt lassen sich aus der prognostizierten Kombination eines schwachen Wirtschaftswachstums bei anhaltend hohen Preissteigerungsraten und eines zugleich schwierigen geopolitischen Umfelds stagflationäre Tendenzen ablesen (vergleiche Kapitel 1.1 bis 1.4 des Prognoseberichts). Ergänzende Aussagen zu übergreifenden gesamtwirtschaftlichen Risikofaktoren finden sich im Risikobericht (Kapitel VI.3).

Fortlaufend negative Folgeeffekte einer solchen Konstellation vor allem auf die Sektoren Unternehmen, private Haushalte und Immobilien, aber auch auf die Kapital- und Finanzmärkte, mit entsprechend nachteiligen Wirkungen auf den Finanzsektor lassen sich im weiteren Verlauf des Jahres 2022 nicht ausschließen. Etwas stabilisierende Impulse auf die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage des Finanzsektors sollten mit dem moderaten Zinsanstieg zumindest mittelfristig einhergehen.

2 Entwicklung der Ertragslage

Die im Folgenden getroffenen Prognosen basieren auf den Ergebnissen des Hochrechnungsprozesses der DZ BANK Gruppe. Veränderungen der hierbei unterstellten Annahmen können insbesondere vor dem Hintergrund der skizzierten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Abweichungen von den Prognosen führen.

Das **Ergebnis vor Steuern** wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum außerordentlich hohen und auch durch günstige Bedingungen ermöglichten Ergebnis des Vorjahres stark rückläufig erwartet und annähernd am unteren Rand der angestrebten Ergebnisspanne von 1,5 Mrd. bis 2,0 Mrd. € liegen. Die prognostizierte Ergebnisentwicklung wird wesentlich beeinflusst durch die herausfordernden ökonomischen und geopolitischen Rahmenbedingungen. Die hiermit einhergehende Korrektur der Kapital- und Finanzmärkte wirkt sich aktuell insbesondere nachteilig auf die Ergebnisse der Segmente R+V und UMH aus, während die sich verändernde Risikosituation mögliche negative Implikationen insbesondere auf die zinssensitiven Segmente der DZ BANK Gruppe aufweist.

Der **Zinsüberschuss** inklusive der Beteiligungserträge wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich auf einem unverändert hohen Niveau liegen. Diese Prognose fußt unter anderem auf dem ansprechenden Kundengeschäft insbesondere der Segmente BSH, DZ BANK – VuGB, DZ HYP und TeamBank.

Das anhaltend schwierige wirtschaftliche Umfeld im Euro-Raum kann trotz einer auf einem höheren Level liegenden und etwas steiler verlaufenden Zinsstrukturkurve zu Ertragsseinbußen bei den zinssensitiven Geschäftsmodellen innerhalb der DZ BANK Gruppe führen.

Der **Provisionsüberschuss** wird im Geschäftsjahr zwar spürbar unterhalb des durch günstige Rahmenbedingungen geprägten Vorjahres prognostiziert, aber getragen durch die Segmente UMH, DZ BANK – VuGB und DZ PRIVATBANK weiterhin auf einem sehr hohen Niveau zum Ergebnis der DZ BANK Gruppe beitragen.

Die aktuell zu beobachtende anhaltende Volatilität an den Kapital- und Finanzmärkten könnte das Vertrauen und die Stimmung von privaten und institutionellen Anlegern weiterhin negativ beeinflussen und damit den Provisionsüberschuss belasten.

Das **Handelsergebnis** wird im Geschäftsjahr aufgrund von positiv wirkenden IFRS-Bewertungseffekten kräftig ansteigend erwartet.

Das kundengetriebene Kapitalmarktgeschäft des Segments DZ BANK – VuGB könnte durch das als weiterhin volatil eingeschätzte Umfeld an den Kapital- und Finanzmärkten beeinträchtigt bleiben.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** dürfte sich im Geschäftsjahr, unter anderem bedingt durch den Wegfall von positiv wirkenden Einmaleffekten des Vorjahres (beispielsweise Verkauf von Direktbeteiligungen bei der VR Equitypartner), stark rückläufig entwickeln.

Das **Sonstige Bewertungsergebnis aus Finanzinstrumenten** wird im Geschäftsjahr, insbesondere verursacht durch negative Bewertungseffekte bei Wertpapieren staatlicher Emittenten der europäischen Peripherestaaten im Segment DZ HYP und bei Garantieverprechen auf Anlageprodukte im Segment UMH, im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich stark fallend im negativen Bereich erwartet.

Das prognostizierte Ergebnis kann durch Volatilitäten auf den Kapitalmärkten, beispielsweise durch die Ausweitung der Bonitäts-Spreads bei Wertpapieren der benannten Emittenten, nachteilig beeinflusst werden.

Das **Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft** wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr gemäß der aktuellen Hochrechnung stark rückläufig gesehen. Ursächlich hierfür ist der angesichts des volatilen Umfelds an den Kapital- und Finanzmärkten voraussichtlich kräftige Rückgang des Ergebnisses aus Kapitalanlagen im Segment R+V. Gegenläufig positiv werden die Verdienten Beiträge aus dem Versicherungsgeschäft leicht oberhalb des bereits sehr anspruchsvollen Niveaus des Vorjahres gesehen.

Neben außerordentlichen Ereignissen an den Kapital- und Finanzmärkten können Schadenereignisse und Änderungen der Versicherungstechnik das Ergebnis aus dem Versicherungsgeschäft im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres beeinträchtigen.

Im Vergleich zum Vorjahr, das durch eine unauffällige Risikosituation und eine Nettoauflösung von Risikovor-sorge geprägt war, werden die Aufwendungen für **Risikovor-sorge** angesichts des für die Akteure im Wirtschaftsleben schwierigen Umfelds, insbesondere der Lieferkettenproblematik, der Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und der hohen Inflation verbunden mit verteuerten Rohstoffen beziehungsweise stark gestiegenen Energiepreisen, im Geschäftsjahr auf den Erwartungswert steigend prognostiziert.

Die **Verwaltungsaufwendungen** werden im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr auf mäßig steigendem Niveau gesehen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen wachstumsbedingte Anstiege der Sachaufwendungen in ausgewählten Segmenten sowie steigende Beiträge zu Sicherungseinrichtungen.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß kräftig ansteigen, da unter anderem negativ wirkende Einmaleffekte des Vorjahres (beispielsweise Bildung von Restrukturierungsaufwendungen im Segment DVB) entfallen dürften.

Die **Aufwand-Ertrags-Relation** der DZ BANK Gruppe wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch den erwarteten Rückgang der Erträge, voraussichtlich stark steigen.

Es bleibt ein wesentliches strategisches Ziel, durch konsequentes Kostenmanagement einerseits und durch ein forciertes Wachstum im operativen Geschäft in allen Segmenten andererseits die Aufwand-Ertrags-Relation nachhaltig zu reduzieren.

Der **regulatorische RORAC** als risikoadjustiertes Performancemaß – bezogen auf das aufsichtsrechtliche Risikokapital – wird im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr angesichts des erwartungsgemäß stark rückläufigen Ergebnisses vor Steuern ebenso kräftig fallen.

3 Entwicklung der Liquiditäts- und Kapitaladäquanz

Die DZ BANK Gruppe geht für die zweite Hälfte des Geschäftsjahres unverändert von der Sicherstellung einer angemessenen **Liquiditätsadäquanz** aus. Weitere Aussagen zur Liquiditätsadäquanz finden sich im Risikobericht (Kapitel VI.5).

Die **Kapitaladäquanz** der DZ BANK Gruppe im Sinn der ausreichenden Ausstattung mit Risikodeckungsmasse beziehungsweise mit Eigenmitteln zur Abdeckung der mit dem Finanzgeschäft verbundenen Risiken und sonstiger aus dem Geschäftsbetrieb resultierenden Risiken ist aus heutiger Sicht sowohl unter ökonomischen als auch unter aufsichtsrechtlichen Aspekten für die zweite Hälfte des Geschäftsjahres unverändert sichergestellt. Weitere Aussagen zur Kapitaladäquanz finden sich im Risikobericht (Kapitel VI.6).

V Chancenbericht

1 Chancenmanagement

In der DZ BANK Gruppe werden Chancen als Möglichkeiten zur Ausschöpfung von Ertragspotenzialen verstanden.

Das Chancenmanagement ist in den jährlichen strategischen Planungsprozess eingebunden. Die Ertragspotenziale werden auf Basis unterschiedlicher makroökonomischer Szenarien, Trends und Veränderungen im Marktumfeld identifiziert, analysiert und in die strategische Finanzplanung aufgenommen. Details zum strategischen Planungsprozess können dem Grundlagenteil des (Konzern-)Lageberichts 2021 (Kapitel I.2.4) entnommen werden.

Das Chancenmanagement ist integraler Bestandteil der Governance und wird somit im allgemeinen Steuerungsansatz, in der Steuerung der Tochtergesellschaften über Mandate sowie in den Gremien der DZ BANK Gruppe berücksichtigt. Angaben zur Governance der DZ BANK Gruppe sind im Grundlagenteil des (Konzern-)Lageberichts 2021 (Kapitel I.2.2) enthalten.

2 Chancenpotenziale

Die strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe folgt dem Leitmotiv **„Verbundfokussierte Zentralbank und Allfinanzgruppe“**. Dabei konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten auf die Volksbanken und Raiffeisenbanken und deren Kunden. Ziel dieser Ausrichtung ist es, die Positionierung der Genossenschaftlichen FinanzGruppe als einer der führenden Allfinanzanbieter in Deutschland nachhaltig auszubauen. Dabei sind die Prinzipien der Subsidiarität, Dezentralität und regionalen Marktverantwortung die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen den Genossenschaftsbanken und den Unternehmen der DZ BANK Gruppe.

Strategische Initiativen und Programme werden aus Sicht der DZ BANK Gruppe auf drei Ebenen vorangetrieben:

- Zum einen arbeiten die Unternehmen der DZ BANK Gruppe zusammen mit den Genossenschaftsbanken und der Atruvia unter Federführung des BVR an strategischen Projekten und Initiativen. Im Rahmen der Strategieagenda „Genossenschaftlich Zukunft gestalten“ setzen die Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe dabei die Initiativen aus dem Strategieprojekt „KundenFokus“, mit dem Ziel um, ein Omnikanalmodell zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit aufzubauen.
- Zum anderen haben die Unternehmen der DZ BANK Gruppe gemeinschaftlich wesentliche Potenzialfelder (beispielsweise Betriebsmodell und Nachhaltigkeit) in der Zusammenarbeit zur Stärkung der gemeinsamen Zukunftsfähigkeit und wirtschaftlichen Ertragskraft identifiziert, die in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden sollen.
- Auf der dritten Ebene verfolgt jedes einzelne Unternehmen der DZ BANK Gruppe eigene strategische Initiativen, wie beispielsweise das Strategieprogramm „Verbund First 4.0“ der DZ BANK. Die strategische Ausrichtung der DZ BANK Gruppe wird in Kapitel I.1 des Grundlagenteils im (Konzern-)Lagebericht 2021 dargestellt.

VI Risikobericht

1 Konzept der Offenlegung

Mit dem Risikobericht setzt die DZ BANK als Mutterunternehmen des DZ BANK Konzerns die für die DZ BANK Gruppe geltenden risikobezogenen Transparenzanforderungen nach **§ 115** und **§ 117** des **Wertpapierhandelsgesetzes** sowie gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandard 16 um. Des Weiteren werden in dem vorliegenden Bericht die international geltenden Anforderungen zur Risikoberichterstattung umgesetzt. Dies erfolgt auf der Grundlage des International Accounting Standard 34, wobei die für die jährliche Berichterstattung geltenden Rechtsnormen berücksichtigt werden.

Über die gesetzlichen Anforderungen hinaus berücksichtigt der Risikobericht jene risikobezogenen **Offenlegungsempfehlungen** des Finanzstabilitätsrats (Financial Stability Board), der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (European Banking Authority) sowie der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority), die zur Verbesserung der Entscheidungsnützlichkeit der Angaben beitragen.

Die quantitativen Angaben in diesem Risikobericht beruhen auf Informationen, die dem Vorstand vorgelegt und zur internen Steuerung verwendet werden (sogenannter **Management Approach**). Mit der Offenlegung dieser für den verständigen Adressaten wesentlichen Angaben soll die Entscheidungsnützlichkeit der externen Berichterstattung sichergestellt werden.

DZ BANK Gruppe

2 Überblick

2.1 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem der DZ BANK Gruppe wurde in dem im Konzernlagebericht des Geschäftsjahres 2021 enthaltenen Risikobericht der DZ BANK Gruppe und der DZ BANK (im Folgenden als Risikobericht 2021 bezeichnet) detailliert dargestellt. Diese Angaben haben auch für die erste Hälfte des Geschäftsjahres Gültigkeit, sofern in dem vorliegenden Bericht nichts Anderes vermerkt ist.

Die Ausführungen im vorliegenden Kapitel beschränken sich auf die Kernelemente des Risikomanagementsystems.

2.1.1 Grundlegende Merkmale

Risiken ergeben sich aus nachteiligen Entwicklungen für die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage und bestehen in der Gefahr eines unerwarteten zukünftigen Liquiditätsbedarfs beziehungsweise unerwarteter zukünftiger Verluste. Dabei werden die Ressourcen Liquidität und Kapital unterschieden. Schlagend werdende Risiken können grundsätzlich auf beide Ressourcen wirken.

Das Risikomanagement basiert auf dem Risikoappetitstatement – dem zentralen Dokument zur Festlegung des Risikoappetits in der DZ BANK Gruppe – sowie dessen Konkretisierung und Ergänzung in **Risikostrategien**, die konsistent zu den Geschäftsstrategien erarbeitet und vom Vorstand verabschiedet wurden. Das **Risikoappetitstatement** enthält gruppenweit geltende risikopolitische Leitsätze und risikostrategische Vorgaben. Es legt darüber hinaus quantitative Leitgrößen als Ausdruck der Risikoneigung fest.

Die zur **Risikomessung** eingesetzten Methoden werden sukzessive verfeinert, weiterentwickelt und sind integraler Bestandteil des Risikomanagementsystems. Die mit den Risikomodellen ermittelten Ergebnisse werden zur Steuerung der DZ BANK Gruppe genutzt.

Die DZ BANK Gruppe verfügt über ein **Risikomanagementsystem**, das fortlaufend an veränderte Rahmenbedingungen angepasst wird. Ziel des Risikomanagementsystems ist die frühzeitige Erkennung wesentlicher, insbesondere bestandsgefährdender Risiken und die Ergreifung erforderlicher Steuerungsmaßnahmen. Hierzu dienen verschiedene Elemente wie organisatorische Regelungen, Methoden, IT-Systeme, das an der ökonomischen Risikotragfähigkeit ausgerichtete Limitsystem, das alle wesentlichen Risikoarten umfassende Stresstesting und das interne Berichtswesen.

Die zur Risikosteuerung eingesetzten Instrumente sollen eine angemessene Reaktion auch auf **stärkere Marktbewegungen** ermöglichen. So spiegeln sich mögliche Veränderungen der Risikofaktoren bei der modellbasierten Messung von Kreditrisiken und Marktpreisrisiken in adjustierten Risikowerten wider. Konservativ gewählte Krisenszenarien für die kurz- und mittelfristige Liquidität sollen sicherstellen, dass Krisensituationen auch in der Liquiditätsrisikosteuerung angemessen berücksichtigt werden.

2.1.2 Steuerungskennzahlen

Die auf die Ressourcen Liquidität und Kapital wirkenden Risiken werden über das gruppenweite Liquiditätsrisikomanagement und das gruppenweite Risikokapitalmanagement gesteuert. Das **Liquiditätsrisikomanagement** soll die angemessene Ausstattung mit Liquiditätsreserven in Bezug auf die Risiken aus zukünftigen Zahlungsverpflichtungen sicherstellen (Liquiditätsadäquanz). Ziel des **Risikokapitalmanagements** ist die Gewährleistung einer im Hinblick auf die eingegangenen Risiken angemessenen Kapitalausstattung (Kapitaladäquanz).

Die zentralen Kennzahlen der Risikosteuerung sind in der Dimension „**Liquidität**“ der Minimale Liquiditätsüberschuss, die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die strukturelle Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR). In der Dimension „**Kapital**“ sind dies die ökonomische Kapitaladäquanz, der Bedeckungssatz für das Finanzkonglomerat sowie die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten, ergänzt um die Leverage Ratio und die Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities (MREL).

2.1.3 Steuerungseinheiten

Aufgrund der Anforderungen des DRS 20.A1.3 ist der vorliegende Risikobericht nach **Risikoarten** aufgebaut. Die Steuerung der DZ BANK Gruppe erfolgt entlang der wesentlichen Risikoarten unter Berücksichtigung der Besonderheiten der DZ BANK und ihrer wesentlichen Tochterunternehmen (im Folgenden auch als **Steuerungseinheiten** bezeichnet).

In das gruppenweite Risikomanagement sind alle Unternehmen der DZ BANK Gruppe integriert. Die DZ BANK Gruppe setzt sich im Wesentlichen aus der DZ BANK Institutgruppe und der R+V zusammen. Die Steuerungseinheiten bilden den Kern der Allfinanzgruppe.

Das in der R+V betriebene Versicherungsgeschäft unterscheidet sich wesentlich von den sonstigen Geschäften der DZ BANK Gruppe. So liegen den versicherungstechnischen Risiken andere Einflussfaktoren zugrunde als den Risiken, die typischerweise im Bankgeschäft eingegangen werden. Ferner sind die Versicherungsnehmer an etwaigen Gewinnen oder Verlusten der Kapitalanlagen für Lebensversicherungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zu beteiligen, was in der Risikomessung entsprechend berücksichtigt werden muss. Schließlich behandeln auch die Aufsichtsbehörden Bankgeschäfte und Versicherungsgeschäfte auf unterschiedliche Art und Weise, was sich in unterschiedlichen Aufsichtsregimen für Banken und Versicherungen niederschlägt.

Vor diesem Hintergrund werden für die ökonomische Risikosteuerung zwei Sektoren innerhalb der DZ BANK Gruppe gebildet. Die Steuerungseinheiten sind dem Sektor Bank und dem Sektor Versicherung wie folgt zugeordnet:

Sektor Bank:

- DZ BANK
- BSH
- DZ HYP
- DVB
- DZ PRIVATBANK
- TeamBank
- UMH
- VR Smart Finanz

Sektor Versicherung:

- R+V

Die Steuerungseinheiten repräsentieren die Geschäftssegmente der DZ BANK Gruppe. Die Steuerungseinheit „DZ BANK“ entspricht aus Risikosicht dem Segment Verbund- und Geschäftsbank sowie der Holdingfunktion.

Die **DZ HYP** wendet die **Kapital-Waiver-Regelung** nach § 2a Absatz 1, 2 und 5 des Kreditwesengesetzes (KWG) in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 1 der Kapitaladäquanzverordnung (Capital Requirements Regulation, CRR) an, wonach bei Erfüllung bestimmter Bedingungen die Beaufsichtigung auf Einzelinstitutsebene durch die Gruppenaufsicht ersetzt werden kann.

Des Weiteren machen die **DZ BANK** und die **DZ HYP** von dem **Liquiditäts-Waiver** gemäß Artikel 8 der CRR Gebrauch. Die Regelung ermöglicht die Umsetzung der Anforderungen an die LCR und die NSFR auf der Ebene einer zusammengefassten Liquiditätsuntergruppe, die aus der DZ BANK und der DZ HYP besteht. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen auf der Ebene der beiden Einzelinstitute ist damit nicht mehr erforderlich.

Die Steuerungseinheiten werden hinsichtlich ihres Beitrags zum Gesamtrisiko der DZ BANK Gruppe als wesentlich betrachtet und sind unmittelbar in das Risikomanagement einbezogen. Die weiteren Tochter- und Beteiligungsunternehmen der DZ BANK werden entweder mittelbar über das Beteiligungsrisiko oder unmittelbar über die weiteren Risikoarten in das Risikomanagement integriert. Die jeweilige Festlegung erfolgt in einem jährlichen Turnus.

Die Tochter- und Beteiligungsunternehmen der Steuerungseinheiten werden ebenfalls – mittelbar über die direkt erfassten Unternehmen – unter Beachtung der gruppenweit geltenden Mindeststandards in das Risikomanagement der DZ BANK Gruppe einbezogen.

Das gruppenweite Risikomanagement erfolgt auf konsolidierter Basis.

2.2 Risikofaktoren und Risiken

Die Unternehmen der DZ BANK Gruppe unterliegen einer Reihe von Risikofaktoren. Dabei handelt es sich um negative Entwicklungen des Unternehmensumfelds, die entweder auf mehrere Risikoarten wirken (übergreifende Risikofaktoren) oder die typisch für bestimmte Risikoarten sind (spezifische Risikofaktoren). Angaben zu den **übergreifenden Risikofaktoren** sind im Kapitel 3 dieses Risikoberichts enthalten. Die **spezifischen Risikofaktoren** sind aus den risikoartenbezogenen Kapiteln des Risikoberichts 2021 ersichtlich. Die dort offengelegten Angaben gelten unverändert für das laufende Geschäftsjahr.

Die wesentlichen Merkmale der unmittelbar gesteuerten **Risiken** und ihre Bedeutung für die Geschäftssegmente im Sektor Bank und im Sektor Versicherung wurden in Abb. 3 beziehungsweise in Abb. 4 des Risikoberichts 2021 dargestellt. Die dort aufgeführten Risiken entsprechen den Ergebnissen der Risikoinventur und spiegeln die für die DZ BANK Gruppe wesentlichen Risiken wider. Diese Darstellung hat Gültigkeit auch für die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres.

2.3 Risikoprofil und Risikoappetit

Das **Geschäftsmodell** der DZ BANK Gruppe und die daraus abgeleiteten Geschäftsmodelle der Steuerungseinheiten determinieren das Risikoprofil.

Die in Abb. 2 dargestellten Messwerte zur **Angemessenheit der Liquiditäts- und Kapitalausstattung** sind Ausdruck der eingegangenen Liquiditätsrisiken und kapitalunterlegten Risiken. Sie kennzeichnen das **Risikoprofil** der DZ BANK Gruppe. Den gemessenen Werten werden die vom Vorstand der DZ BANK festgelegten (internen) Schwellenwerte – auch als **Risikoappetit** bezeichnet – und die aufsichtsrechtlich vorgegebenen (externen) Mindestziele gegenübergestellt. Die Kennzahlen werden im weiteren Verlauf des Risikoberichts im Einzelnen erläutert.

ABB. 2 – KENNZAHLEN ZUR ANGEMESSENHEIT DER LIQUIDITÄTS- UND KAPITALAUSSTATTUNG

	Gemessener Wert		Interner Schwellenwert		Externes Mindestziel	
	30.06.2022	31.12.2021	2022	2021	2022	2021
LIQUIDITÄTSADÄQUANZ						
DZ BANK Gruppe (ökonomische Perspektive)						
Ökonomische Liquiditätsadäquanz (in Mrd. €) ¹	13,2	19,4	4,0	4,0	0,0	0,0
DZ BANK Institutsgruppe (normative interne Perspektive)						
Liquiditätsdeckungsquote – LCR (in %)	141,2	147,7	110,0	110,0	100,0	100,0
Strukturelle Liquiditätsquote – NSFR (in %)	121,3	127,1	105,0	105,0	100,0	100,0
KAPITALADÄQUANZ						
DZ BANK Gruppe (ökonomische Perspektive)						
Ökonomische Kapitaladäquanz (in %)	203,2	210,7	120,0	120,0	100,0	100,0
DZ BANK Finanzkonglomerat (normative interne Perspektive)						
Bedeckungssatz (in %)	135,5	150,8	110,0	110,0	100,0	100,0
DZ BANK Institutsgruppe (normative interne Perspektive)						
Harte Kernkapitalquote (in %) ²	13,3	15,3	10,0	10,0	9,0	9,0
Kernkapitalquote (in %) ²	14,8	16,8	11,9	11,9	10,8	10,8
Gesamtkapitalquote (in %) ²	16,4	18,5	14,3	14,3	13,2	13,3
Leverage Ratio (in %) ²	4,5	7,3	4,0	3,5	3,0	3,3
MREL-Quote (in %) ^{3,4}	35,4	37,3	26,8		25,1	
MREL-Nachrangquote (in %) ³	25,0	26,5	24,8		23,8	

 Nicht vorhanden

¹ Der gemessene Wert bezieht sich auf das Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss. Der interne Schwellenwert bezieht sich auf die Beobachtungsschwelle.

² Die externen Mindestziele entsprechen den bindenden aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen. Einzelheiten sind im Kapitel 6.2.2 enthalten.

³ Ermittelt als Verhältnis der Summe der regulatorischen Eigenmittel und der anrechenbaren Bail-in-fähigen Verbindlichkeiten zum Total Risk Exposure Amount (TREA).

⁴ Die Berechnung der MREL-Quote wurde zum 1. Januar 2022 umgestellt. Daher weicht der Vorjahreswert von den Angaben im Risikobericht 2021 ab. Einzelheiten zu der Methodenänderung sind im Kapitel 6.2.2 enthalten.

Die **Zahlungsfähigkeit** der DZ BANK und ihrer Tochterunternehmen war im Berichtszeitraum zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Darüber hinaus wurden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Liquiditätsadäquanz erfüllt. Durch das Vorhalten von Liquiditätsreserven soll möglichen krisenbezogenen Liquiditätsbelastungen angemessen begegnet werden können.

Des Weiteren hat sich die DZ BANK Gruppe in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres innerhalb ihrer ökonomischen **Risikotragfähigkeit** bewegt. Auch die aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Kapitaladäquanz wurden zu jedem Meldestichtag erfüllt.

3 Übergreifende Risikofaktoren

3.1 Übergreifende Risikofaktoren ohne wesentliche Änderungen

Im Folgenden werden die für die DZ BANK Gruppe wesentlichen übergreifenden Risikofaktoren aufgeführt, die im Vergleich zum Vorjahr unverändert sind. Detaillierte Angaben zu diesen Risikofaktoren sind im Risikobericht 2021 enthalten.

Regulatorische Risikofaktoren:

- aufsichtsrechtliche Kapitalpuffer
- Umstellung der Referenzzinssätze

Gesamtwirtschaftliche Risikofaktoren:

- Gefahren für die globale Konjunktur aufgrund der COVID-19-Pandemie
- wirtschaftliche Divergenzen im Euro-Raum

Risikofaktoren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (sogenannte ESG-Risikofaktoren):

- Klima- und Umweltrisiken
- soziale Risiken und Risiken der Unternehmensführung

Herabstufungen des Ratings der DZ BANK

3.2 Übergreifende Risikofaktoren mit wesentlichen Änderungen

Angaben zu den nachfolgend aufgeführten gesamtwirtschaftlichen Risikofaktoren wurden bereits im Risikobericht 2021 offengelegt. Aufgrund wesentlicher Änderungen in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres werden diese Angaben im Folgenden aktualisiert.

3.2.1 Ukraine-Krieg und russisches Gas-Embargo

Aktuell überschattet der Ukraine-Krieg den weltwirtschaftlichen Ausblick. Die westlichen Verbündeten haben früh Sanktionen gegen Russland ergriffen und schrittweise verschärft. Die Auswirkungen spürt nicht nur Russland. Die gesamte Weltwirtschaft leidet unter stark verteuerten Rohstoffen und hohen Energiepreisen. Aufgrund der Abhängigkeit von russischer Energie sind Deutschland und andere Länder der Europäischen Union (EU) besonders betroffen.

Sofern es bei den russischen Gaslieferungen immer wieder zu temporären Unterbrechungen oder Minderlieferungen kommt, kann sich dies in hohen Energiepreisen niederschlagen, die zu einer Belastung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung führen. Sollte die Lieferung von russischem Erdgas in Richtung Europa vollständig eingestellt werden, so ist von noch deutlich stärkeren Auswirkungen auf Wachstum und Inflation auszugehen. Besonders in den Wintermonaten wäre ein physischer Mangel an Gas zu erwarten, der zu Liefer einschränkungen vor allem für die Industrie führen würde. Diese Belastungen könnten sich über Lieferbeziehungen und Abhängigkeiten zwischen den Unternehmen weiter verstärken. In einem solchen Risikoszenario wäre eine gesamtwirtschaftliche Rezession sehr wahrscheinlich.

Hiervon betroffen sind im Sektor Bank das **Kreditrisiko** und das **operationelle Risiko** sowie im Sektor Versicherung das **Marktrisiko**.

3.2.2 Internationale Handelskonflikte und Lieferkettenproblematik

Für den globalen Handel besteht neben den Auswirkungen von gestörten Lieferketten, auf die im Kapitel IV.1 des Prognoseberichts hingewiesen wird, weiterhin das Risiko, dass es zu einer erneuten Eskalation der **Handelsstreitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten, China und Europa** kommt. Dies könnte negative Folgen für die globale Konjunktur und insbesondere für die exportabhängige deutsche Wirtschaft haben. Im Zuge der Sanktionen der westlichen Staaten gegenüber Russland ergibt sich zusätzliches Spannungspotenzial zwischen der

EU und den Vereinigten Staaten gegenüber Ländern, die diese Sanktionen nicht oder nur teilweise umsetzen, wie beispielsweise China.

Zugleich führt der Ukraine-Krieg zu Engpässen und Lieferproblemen. Dies betrifft beispielsweise Nahrungsmittel. Außerdem wurde in den letzten Jahren die hohe **Anfälligkeit internationaler Lieferketten** gegenüber einzelnen kritischen Ereignissen offensichtlich. Bei derartigen Ereignissen handelt es sich beispielsweise um die COVID-19-bedingten Produktions- und Logistikstopps in China, die Blockierung des Sueskanals nach einer Schiffshavarie, den Ukraine-Krieg sowie den Konflikt zwischen Taiwan und China.

Einschränkungen im globalen Handel können bei Unternehmen in Deutschland einerseits zu höheren Importpreisen und einer Knappheit von Vorprodukten führen, andererseits einen Rückgang von Exporten bewirken. Eine Reduzierung des globalen Handelsvolumens könnte negative Auswirkungen auf das **Kreditrisiko** im Sektor Bank haben.

3.2.3 Inflation – Stagflation

Im Kapitel IV.1 des Prognoseberichts wird die erwartete Entwicklung der Inflationsdynamik dargestellt. Aufgrund des Risikos, dass die Preise auch weiterhin stärker als die aktuellen Inflationserwartungen steigen, wird die Thematik im Folgenden nochmals als Risikofaktor aufgegriffen.

In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres nahm die Inflationsdynamik in der Eurozone und in den Vereinigten Staaten weiter zu, was auf eine Kombination von mehreren Faktoren zurückzuführen ist. Neben pandemiebedingten Basiseffekten und Nachholeffekten bei der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern waren insbesondere weltweit steigende Energiepreise und Probleme in den globalen Lieferketten dafür verantwortlich. Der Ukraine-Krieg beschleunigte den Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise zusätzlich. Die aktuelle Knappheit durch Lieferprobleme von bestimmten Produkten hat das Potenzial, weiterhin für substantielle Preissteigerungen bei den Produzenten zu sorgen, die diese dann an die Konsumenten weitergeben könnten.

Daher besteht das Risiko, dass die aktuell erhöhte Inflation nicht nur transitorisch ist, sondern einige gewichtige Komponenten auch längerfristig die Teuerungsrate oberhalb des Inflationsziels der EZB verharren lassen. Kritisch wäre dies insbesondere dann, wenn es aufgrund der gestiegenen Preise neben den Produktionsrückgängen in der verarbeitenden Industrie auch noch zu einer Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten und zu Lohnerhöhungen am Arbeitsmarkt käme, die in eine Lohn-Preis-Spirale münden würden. Dies könnte schlussendlich zu einer Phase der Stagflation führen, also einer Kombination von erhöhter Inflation, stagnierender Produktion und Nachfrage und steigender Arbeitslosigkeit. Zudem dürfte, nicht zuletzt aufgrund der pandemiebedingt noch weiter gestiegenen Staatsverschuldung in vulnerablen Ländern der Eurozone, der Spielraum der EZB bei der Inflationsbekämpfung im Vergleich zur Vergangenheit eingeschränkt sein.

Eine Stagflation kann sich insbesondere auf das **Kreditrisiko** des Sektors Bank und das **Marktrisiko** des Sektors Versicherung auswirken. Zum Berichtsstichtag war keine stagflationsbedingte Erhöhung der gemessenen Risiken erkennbar.

3.3 Neu aufgetretene übergreifende Risikofaktoren

Die folgenden gesamtwirtschaftlichen Risikofaktoren haben sich in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres neu entwickelt. Sie waren im Vorjahr noch nicht relevant.

3.3.1 Abrupter Wandel des Zinsumfelds

Im Zuge der Mitte März vom Federal Reserve Board eingeleiteten geldpolitischen Wende in den Vereinigten Staaten und des im Juni angekündigten und im Juli eingeleiteten Nachziehens der EZB sind die Marktzinsen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres über alle Laufzeiten hinweg signifikant gestiegen. Nach dem in den vergangenen Jahren vorherrschenden Niedrigzinsumfeld stellt dieser abrupte Wandel mit potenziell anhaltendem Zinsanstieg sowohl im Sektor Bank als auch im Sektor Versicherung eine Herausforderung dar.

Ein möglicher weiterer schneller Zinsanstieg könnte im **Sektor Bank** die Realisierung von Marktpreisrisiken in den Dimensionen Liquidität und Kapital nach sich ziehen, wovon insbesondere die BSH – durch ihr Bauspargeschäft und ihre Eigenanlagen – betroffen wäre. Im **Sektor Versicherung** hätte ein Zinsanstieg Marktwertverluste bei den Kapitalanlagen zur Folge. Zudem besteht das Risiko, dass Versicherungsnehmer vermehrt bestehende Lebensversicherungsverträge stornieren könnten.

3.3.2 Korrektur an den Immobilienmärkten

Trotz Warnungen vor Überbewertungen sind die Immobilienpreise in Deutschland selbst nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie weiter gestiegen. Angesichts des bereits hohen Preisniveaus verstärken die in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres beobachteten Anstiege der Baufinanzierungszinsen und der Inflation das Risiko einer Korrektur an den Immobilienmärkten. Steigende Zinsen erhöhen die finanziellen Belastungen für Immobilienkäufer, während zugleich die Inflation das für die Tilgung verfügbare Einkommen der Haushalte reduziert. Im Markt für Gewerbeimmobilien sind Projektentwickler und Bauträger von den gestiegenen Material- und Energiekosten sowie den gestörten Lieferketten betroffen. Zudem besteht, insbesondere bei Hotelimmobilien, weiterhin Unsicherheit bezüglich des künftigen Verlaufs der COVID-19-Pandemie. Diese Entwicklungen betreffen hauptsächlich das **Kreditrisiko** des Sektors Bank. Wesentliche Auswirkungen auf die Kreditrisikokennzahlen waren zum Berichtsstichtag nicht erkennbar.

4 Bewältigung akuter globaler Krisen

4.1 Aufsichtsrechtliche Erleichterungen

Die von den Aufsichtsbehörden im Geschäftsjahr 2020 als Reaktion auf die **COVID-19-Pandemie** vorgenommenen Absenkungen der **externen Mindestziele** für aufsichtsrechtliche Kennzahlen bestanden in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres unverändert fort. Dies gilt gleichermaßen für die vom Vorstand der DZ BANK im Vorjahr veranlasste Reduzierung der **internen Schwellenwerte** für ausgewählte aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanzkennzahlen. Die in den Vorjahren von der Bankenaufsicht im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie gewährten Erleichterungen bei der Erstellung des Gruppensanierungsplans sind entfallen. Nunmehr sind wieder vier Belastungsszenarien darzustellen statt, wie im Vorjahr, nur zwei Szenarien.

4.2 Maßnahmen des Risikomanagements

Aufgrund der Normalisierung der aus der COVID-19-Pandemie resultierenden Risiken ist die im Geschäftsjahr 2020 implementierte **pandemiebezogene Sonderberichterstattung** in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres in das Standardrisikoberichtswesen integriert worden. Das Finanz- und Risikoradar sowie das CET1-Radar wurden eingestellt.

Um eine engmaschige Steuerung und Überwachung der aus dem Ukraine-Krieg resultierenden Risiken sicherzustellen, wurde im Februar des Geschäftsjahres mit dem **Russland/Ukraine-Radar** ein neues, an den Vorstand der DZ BANK adressiertes Berichtsinstrument etabliert.

Als Reaktion auf den Ukraine-Krieg wurde der gruppenweite **Stresstestbericht** im März des Geschäftsjahres um ein einjähriges Ad-hoc-Szenario erweitert. Dieses Szenario unterstellt unter anderem einen vollständigen Gas-Lieferstopp Russlands und greift die steigende Inflation und den Zinsanstieg auf. Aufgrund der weiteren relevanten Bedrohungen und Risiken (Inflation, Zinsanstieg, Krieg in Europa) im zweiten Quartal wurde ein zweijähriges Szenario entwickelt, das die mittelfristige Perspektive eines Gas-Lieferstopps von Russland beinhaltet und erstmals zum 30. Juni 2022 berichtet werden wird.

Angaben zu den aus der COVID-19-Pandemie und dem Ukraine-Krieg resultierenden **Risiken** sind in den jeweiligen Risikoartenkapiteln enthalten. Dies betrifft das Kreditrisiko des Sektors Bank (Kapitel 7.3) sowie im Sektor Versicherung das versicherungstechnische Risiko (Kapitel 13.1) und das Marktrisiko (Kapitel 14.2).

5 Liquiditätsadäquanz

5.1 Ökonomische Perspektive

5.1.1 Quantitative Einflussgrößen

Liquide Wertpapiere

Die verfügbaren liquiden Wertpapiere haben einen wesentlichen Einfluss auf die Höhe des Minimalen Liquiditätsüberschusses. Liquide Wertpapiere sind Bestandteil der verfügbaren Liquiditätsreserven (**Counterbalancing Capacity**) und werden im Wesentlichen entweder in Portfolios der Unternehmensbereiche Konzern-Treasury und Kapitalmärkte Handel der DZ BANK oder in Portfolios der Treasury-Einheiten der Tochterunternehmen der DZ BANK gehalten. Als liquide Wertpapiere werden ausschließlich Inhaberschuldverschreibungen berücksichtigt.

Liquide Wertpapiere umfassen neben hochliquiden, für die besicherte Refinanzierung an privaten Märkten geeigneten Wertpapieren weitere zentralbankfähige Wertpapiere und sonstige Wertpapiere, die in dem für das Liquiditätsrisiko relevanten Prognosebereich von einem Jahr liquidiert werden können.

Eine Berücksichtigung erfolgt nur dann, wenn keine Belastung – beispielsweise durch besicherte Refinanzierung – vorliegt. Entlehene Wertpapiere oder als Sicherheiten im Derivategeschäft beziehungsweise bei der besicherten Finanzierung entgegengenommene Wertpapiere werden nur dann als liquide Wertpapiere angerechnet, wenn die freie Übertragbarkeit sichergestellt ist. Die Anrechnung erfolgt taggenau und berücksichtigt auch zeitliche Restriktionen in der Verfügbarkeit.

Die liquiden Wertpapiere stellen den bedeutendsten Teil der Counterbalancing Capacity dar und tragen wesentlich dazu bei, dass die Zahlungsfähigkeit in den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien im relevanten Prognosezeitraum durchgehend aufrechterhalten werden kann. Insbesondere in dem für Krisen kritischen Zeitraum des ersten Monats basiert die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit in den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien nahezu vollständig auf den liquiden Wertpapieren.

Der Liquiditätswert der liquiden Wertpapiere, der sich bei einer besicherten Refinanzierung oder im Falle einer Veräußerung ergeben würde, wird in Abb. 3 beziffert. Der Liquiditätswert belief sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 29,8 Mrd. € (31. Dezember 2021: 30,3 Mrd. €). Der Rückgang bei den GC-Pooling-fähigen liquiden Wertpapieren resultiert aus einer Reduzierung der Wertpapiere im eigenen Bestand und wurde durch einen Anstieg der Nettoposition aus empfangenen und gestellten Wertpapiersicherheiten nicht vollständig ausgeglichen. Im Gegenzug führte eine Reduktion der gestellten Sicherheiten bei den zentralbankfähigen liquiden Wertpapieren zu einem Anstieg.

Unbesicherte kurz- und mittelfristige Refinanzierung

Außer durch die liquiden Wertpapiere wird die Höhe des Minimalen Liquiditätsüberschusses maßgeblich durch die Verfügbarkeit und die Zusammensetzung der Refinanzierungsquellen bestimmt.

Der Umfang der Refinanzierungsquellen am unbesicherten Geldmarkt geht aus Abb. 4 hervor. Die im Vergleich zum Vorjahresresultimo festzustellenden Veränderungen in der Zusammensetzung der Refinanzierungsquellen sind auf ein diversifiziertes Kunden- und Investorenverhalten aufgrund der durch die geldmarktpolitischen Maßnahmen der EZB induzierten Zinsveränderungen zurückzuführen.

Weitere Informationen zur Liquiditätssteuerung und zur Refinanzierung können dem Kapitel II.5 des Wirtschaftsberichts entnommen werden.

ABB. 3 – LIQUIDE WERTPAPIERE

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
GC-Pooling-fähige liquide Wertpapiere (ECB-Basket)¹	14,9	16,4
Wertpapiere im eigenen Bestand	19,3	23,0
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	25,2	16,9
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-29,6	-23,6
Zentralbankfähige liquide Wertpapiere	8,9	8,0
Wertpapiere im eigenen Bestand	18,6	20,5
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	6,4	8,2
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-16,1	-20,6
Sonstige liquide Wertpapiere	6,1	5,9
Wertpapiere im eigenen Bestand	5,9	5,8
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	0,3	0,1
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-0,2	-
Summe	29,8	30,3
Wertpapiere im eigenen Bestand	43,7	49,3
Erhaltene Wertpapiersicherheiten	32,0	25,3
Gestellte Wertpapiersicherheiten	-45,9	-44,2

¹ GC = General Collateral, ECB-Basket = bei der EZB refinanzierungsfähige Sicherheiten.

ABB. 4 – UNBESICHERTE KURZ- UND MITTELFRISTIGE REFINANZIERUNG

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Einlagen	95,1	97,5
Einlagen von Volksbanken und Raiffeisenbanken	48,7	58,5
Kontokorrenteinlagen sonstiger Kunden	46,4	39,0
Geldmarktaufnahme	73,2	32,2
Zentralbanken, Interbanken und Kundenbanken	17,0	5,5
Firmenkunden und institutionelle Kunden	33,8	14,1
Geldmarktpapiere (Certificates of Deposits/Commercial Papers)	22,5	12,6

5.1.2 Risikolage

Die ökonomische Liquiditätsadäquanz ist sichergestellt, wenn in keinem der vier der Limitierung unterliegenden Stressszenarien ein negativer Wert für die Risikokennzahl Minimaler Liquiditätsüberschuss ausgewiesen wird. Die Ergebnisse der Liquiditätsrisikomessung gehen aus Abb. 5 hervor. Die Messergebnisse basieren auf einer taggenauen Berechnung und Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsflüsse und der verfügbaren Liquiditätsreserven. Dabei werden jene Werte ausgewiesen, die an dem Tag auftreten, an dem der im Prognosezeitraum von einem Jahr berechnete Liquiditätsüberschuss minimal ist.

ABB. 5 – LIQUIDITÄT BIS 1 JAHR IN DEN DER LIMITIERUNG UNTERLIEGENDEN STRESSSZENARIEN:
AUSWEIS DER MINIMALEN LIQUIDITÄTSÜBERSCHÜSSE

in Mrd. €	Forward Cash Exposure		Counterbalancing Capacity		Minimaler Liquiditätsüberschuss	
	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021
Downgrading	-48,9	-22,5	81,4	51,7	32,6	29,2
Unternehmenskrise	-40,5	-11,0	53,6	32,9	13,2	21,9
Marktkrise	-43,8	-13,2	66,5	42,2	22,8	29,0
Kombinationskrise	-44,3	0,5	60,3	18,9	16,0	19,4

Die Reduzierung des Forward Cash Exposures und der Anstieg bei der Counterbalancing Capacity resultieren im Wesentlichen aus einer am 28. Juni 2023 anstehenden TLTRO-Fälligkeit. Der im Vergleich der Stressszenarien etwas höhere Anstieg von Forward Cash Exposure und Counterbalancing Capacity im Stressszenario Kombinationskrise resultierte darüber hinaus aus einer Verschiebung des Tages, an dem der Liquiditätsüberschuss minimal ist. Während dieser Tag zum Vorjahresresultimo im ersten Monat des Prognosehorizonts von einem Jahr lag, befand er sich zum Berichtsstichtag am Ende des Prognosehorizonts.

Der zum 30. Juni 2022 gemessene Liquiditätsrisikowert betrug für das der Limitierung unterliegende Stressszenario mit dem geringsten Minimalen Liquiditätsüberschuss (Engpassscenario) 13,2 Mrd. € (31. Dezember 2021: 19,4 Mrd. €). Der Rückgang des Minimalen Liquiditätsüberschusses resultiert im Wesentlichen aus einer Reduktion des Bestands der Kontokorrenteinlagen der Volksbanken und Raiffeisenbanken bei der DZ BANK.

Die Risikowerte zum 30. Juni 2022 lagen über dem internen Schwellenwert (4,0 Mrd. €) und über dem **Limit** (1,0 Mrd. €). Dies gilt auch für das externe Mindestziel (0 Mrd. €). Die Beobachtungsschwelle, das Limit und das externe Mindestziel waren im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

In den der Limitierung unterliegenden Stressszenarien, die auf Basis des Risikoappetits festgelegt wurden, war der Minimale Liquiditätsüberschuss zum 30. Juni 2022 positiv. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in jedem Szenario die verfügbaren Liquiditätsreserven an jedem Tag des festgelegten Prognosezeitraums oberhalb der kumulierten Zahlungsmittelabflüsse lagen. Die unterstellten krisenbezogenen Zahlungsmittelabflüsse konnten damit mehr als ausgeglichen werden.

Der neue aufgetretene übergreifende Risikofaktor „Abrupter Wandel des Zinsumfelds“ (siehe Kapitel 3.3.1) hatte keinen nennenswerten Einfluss auf die ökonomische Liquiditätsadäquanz.

5.2 Normative interne Perspektive

5.2.1 Liquiditätsdeckungsquote

Die nach der Delegierten Verordnung (EU) 2015/61 zum 30. Juni 2022 ermittelte LCR der DZ BANK Institutsgruppe geht aus Abb. 6 hervor.

ABB. 6 – LIQUIDITÄTSDECKUNGSQUOTE UND IHRE KOMPONENTEN

	30.06.2022	31.12.2021
Liquiditätspuffer insgesamt (in Mrd. €)	129,2	97,3
Netto-Liquiditätsabflüsse insgesamt (in Mrd. €)	91,5	65,9
LCR (in %)	141,2	147,7

Die Verringerung der LCR von 147,7 Prozent zum 31. Dezember 2021 auf 141,2 Prozent zum 30. Juni 2022 resultiert aus einer erhöhten Sensitivität der LCR in Bezug auf die gestiegenen Netto-Liquiditätsabflüsse. Dieser negative Effekt hat größere Auswirkungen als der gegenläufige, positive Effekt des Anstiegs der Überdeckung (dem Überschuss aus dem Liquiditätspuffer abzüglich der Netto-Liquiditätsabflüsse).

Die Erhöhung des Liquiditätspuffers ist insbesondere auf eine Ausweitung der Zentralbankguthaben infolge eines höheren Volumens an langfristige begebenen Eigenemissionen und Einlagen von Finanz- und Nichtfinanzkunden zurückzuführen. Während langfristig begebene Eigenemissionen erst ab 30 Tage vor Fälligkeit in den Liquiditätsabflüssen Berücksichtigung finden, werden Einlagen gemäß ihren Laufzeiten mit einem spezifischen Faktor den Abflüssen hinzugerechnet. Dies bewirkt, insbesondere aufgrund langfristiger Refinanzierungsmittel, eine geringere Steigerung der Netto-Liquiditätsabflüsse und führt zu einem positiven Überdeckungsbeitrag. Da die LCR auf Änderungen der Liquiditätsabflüsse sensibler reagiert als auf Änderungen des Liquiditätspuffers, führen die beiden gegenläufigen Effekte insgesamt zu einer Reduzierung der Kennzahl.

Zum Berichtsstichtag wurde der für die DZ BANK Institutsgruppe geltende **interne Schwellenwert** (110,0 Prozent) überschritten. Auch das für die DZ BANK Institutsgruppe maßgebliche aufsichtsrechtliche **externe Mindestziel** (100,0 Prozent) wurde zum 30. Juni 2022 übertroffen.

5.2.2 Strukturelle Liquiditätsquote

Die NSFR soll Inkongruenzen zwischen den Fristenstrukturen von Aktiv- und Passivgeschäften begrenzen. Die Kennzahl setzt den verfügbaren Betrag stabiler Refinanzierung (Eigenmittel und Verbindlichkeiten) ins Verhältnis zu dem erforderlichen Betrag stabiler Refinanzierung (Aktivgeschäft). Hierbei werden die Refinanzierungsquellen beziehungsweise Vermögenswerte in Abhängigkeit von ihrem Stabilitätsgrad beziehungsweise in Abhängigkeit vom Grad ihrer Liquidierbarkeit mit von der Aufsicht definierten Anrechnungsfaktoren gewichtet. Die NSFR ergänzt die kurzfristig ausgerichtete LCR um eine längerfristige Sichtweise.

Die NSFR der DZ BANK Institutsgruppe wird in Abb. 7 dargestellt.

ABB. 7 – STRUKTURELLE LIQUIDITÄTSQUOTE UND IHRE KOMPONENTEN

	30.06.2022	31.12.2021
Verfügbare stabile Refinanzierung (gewichtete Passiva, in Mrd. €)	281,0	293,7
Erforderliche stabile Refinanzierung (gewichtete Aktiva, in Mrd. €)	231,7	231,1
Über-/Unterdeckung (in Mrd. €) ¹	49,3	62,6
NSFR (in %)	121,3	127,1

¹ Überdeckung = positive Werte, Unterdeckung = negative Werte.

Die Überdeckungsbeiträge der NSFR stellen die Differenz aus der verfügbaren stabilen Refinanzierung und der erforderlichen stabilen Refinanzierung dar.

Der Rückgang der NSFR von 127,1 Prozent zum 31. Dezember 2021 auf 121,3 Prozent zum 30. Juni 2022 ergibt sich im Wesentlichen aus einer Reduzierung der Überdeckung, die auf einen Rückgang des Betrags verfügbarer stabiler Refinanzierung, insbesondere der operativen Verbundeinlagen, bei einem gleichzeitigen Anstieg der Refinanzierungsanforderungen aus Krediten und belasteten Reverse-Repo-Geschäften zurückzuführen ist.

Zum Berichtsstichtag wurden sowohl der **interne Schwellenwert** für die NSFR in Höhe von 105,0 Prozent als auch das aufsichtsrechtlich geforderte **externe Mindestziel** in Höhe von 100,0 Prozent überschritten.

6 Kapitaladäquanz

6.1 Ökonomische Perspektive

Aufgrund der im zweiten Quartal 2022 für den Sektor Versicherung auf Basis des Konzernabschlusses 2021 der R+V turnusgemäß vorgenommenen Parameteränderungen der Risikomessverfahren und der Aktualisierung von versicherungsmathematischen Annahmen erfolgte zum 31. Dezember 2021 die jährlich wiederkehrende Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs. In die Neukalkulation fließen aktualisierte Bewertungen der versicherungstechnischen Rückstellungen auf Basis von jährlichen aktuariellen Analysen sowie Aktualisierungen von Parametern in der Risikokapitalberechnung ein. Aufgrund der Komplexität und des Zeitaufwands wird in der unterjährigen Berechnung auf eine vollständige Aktualisierung von Parametern verzichtet und eine geeignete Fortschreibung vorgenommen.

Die Neukalkulation führte zu Veränderungen bei der Risikodeckungsmasse, bei den Risikokennzahlen und bei der ökonomischen Kapitaladäquanz. Die in diesem Risikobericht ausgewiesenen Werte zum 31. Dezember 2021 wurden entsprechend angepasst und sind nicht unmittelbar mit den Angaben im Risikobericht 2021 vergleichbar.

Der DZ BANK Gruppe stand zum 30. Juni 2022 eine **Risikodeckungsmasse** in Höhe von 29.337 Mio. € zur Verfügung. Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2021 belief sich auf 31.873 Mio. €. Der Rückgang der Risikodeckungsmasse gegenüber dem Wert zum Vorjahresultimo resultiert im Wesentlichen aus dem Sektor Versicherung und ist vor allem auf die Kapitalmarktentwicklung zurückzuführen.

Das aus der Risikodeckungsmasse abgeleitete **Limit** wurde zum 30. Juni 2022 auf 22.215 Mio. € (31. Dezember 2021: 23.588 Mio. €) festgelegt.

Zum 30. Juni 2022 wurde ein **Gesamtrisiko** in Höhe von 14.435 Mio. € ermittelt. Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2021 lag bei 15.131 Mio. €. Der Rückgang resultiert vor allem aus den niedrigeren Kredit- und Geschäftsrisiken im Sektor Bank.

Die **ökonomische Kapitaladäquanz** der DZ BANK Gruppe wurde zum 30. Juni 2022 mit 203,2 Prozent ermittelt. Der Vergleichswert zum 31. Dezember 2021 betrug 210,7 Prozent. Die ökonomische Kapitaladäquanz lag zum Berichtsstichtag oberhalb des internen Schwellenwerts von 120,0 Prozent und des externen Mindestziels von 100,0 Prozent. Der interne Schwellenwert und das externe Mindestziel des Geschäftsjahres sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Die gegenüber dem Vorjahresultimo verminderte ökonomische Kapitaladäquanz ist auf die niedrigere Risikodeckungsmasse zurückzuführen.

Abb. 8 zeigt die ökonomische Kapitaladäquanz und ihre Komponenten im Überblick.

ABB. 8 – ÖKONOMISCHE KAPITALADÄQUANZ DER DZ BANK GRUPPE

	30.06.2022	31.12.2021
Risikodeckungsmasse (in Mio. €) ¹	29.337	31.873
Limit (in Mio. €)	22.215	23.588
Gesamtrisiko (in Mio. €) ¹	14.435	15.131
Ökonomische Kapitaladäquanz (in %)¹	203,2	210,7

¹ Werte zum 31. Dezember 2021 nach Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs der R+V. Im Risikobericht 2021 wurden abweichende Werte ausgewiesen.

Bei den Risikoarten des Sektors Bank und des Sektors Versicherung enthält der Risikokapitalbedarf auch einen eventuell zugeordneten **dezentralen Pufferkapitalbedarf**. Aus Vereinfachungsgründen werden im weiteren Verlauf dieses Risikoberichts nur noch die Begriffe „Risikokapitalbedarf“ und „Gesamtsolvabilitätsbedarf“ verwendet. Dies schließt den dezentralen Pufferkapitalbedarf ein.

Die Limite und Risikokapitalbedarfe nach Risikoarten für den **Sektor Bank** gehen aus Abb. 9 hervor.

ABB. 9 – LIMITE UND RISIKOKAPITALBEDARFE IM SEKTOR BANK

in Mio. €	Limit		Risikokapitalbedarf	
	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021
Kreditrisiko	6.437	7.188	4.469	5.037
Beteiligungsrisiko	1.230	1.220	969	996
Marktpreisrisiko	6.680	5.725	3.863	3.713
Bauspartechisches Risiko ¹	720	706	689	639
Geschäftsrisiko ²	280	640	89	407
Operationelles Risiko	1.112	1.102	930	941
Summe (nach Diversifikation)	15.380	15.403	10.250	10.871

¹ Einschließlich Geschäftsrisiko und Reputationsrisiko der BSH.

² Das Reputationsrisiko ist mit Ausnahme der BSH im Risikokapitalbedarf für das Geschäftsrisiko enthalten.

Abb. 10 stellt die Limite und Gesamtsolvabilitätsbedarfe nach Risikoarten unter Berücksichtigung der Versicherungsnehmerbeteiligung für den **Sektor Versicherung** dar. Bei der Festlegung der Limite und bei der Ermittlung der Gesamtsolvabilitätsbedarfe wird die Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern, die aus dem Wegfall passiver latenter Steuern im Verlustszenario resultiert, berücksichtigt. Darüber hinaus werden Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten in Anrechnung gebracht. Aufgrund dieser Wirkungszusammenhänge sind der Gesamtsolvabilitätsbedarf und das Limit je Risikoart nicht additiv.

ABB. 10 – LIMITE UND GESAMTSOLVABILITÄTSBEDARFE IM SEKTOR VERSICHERUNG

in Mio. €	Limit		Gesamtsolvabilitätsbedarf	
	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021 ¹
Versicherungstechnisches Risiko Leben ²	850	600	655	343
Versicherungstechnisches Risiko Gesundheit	300	350	153	231
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	3.200	4.600	1.775	1.939
Marktrisiko	3.880	4.400	3.073	3.169
Gegenparteiausfallrisiko	350	350	265	235
Operationelles Risiko	1.000	1.000	683	718
Risiken von Unternehmen aus anderen Finanzsektoren	180	180	130	130
Summe (nach Diversifikation)	6.155	7.460	3.703	3.685

¹ Werte nach Neukalkulation des Gesamtsolvabilitätsbedarfs. Im Risikobericht 2021 wurden abweichende Werte ausgewiesen.

² Das Reputationsrisiko wird implizit im Gesamtsolvabilitätsbedarf für das versicherungstechnische Risiko Leben (Stornorisiko) berücksichtigt.

Zusätzlich zu den in Abb. 9 und Abb. 10 dargestellten Werten ist im Gesamtrisiko ein **zentraler, risikoartenübergreifender Pufferkapitalbedarf** enthalten, der zum 30. Juni 2022 in Höhe von 482 Mio. € (31. Dezember 2021: 575 Mio. €) ermittelt wurde. Das entsprechende **Limit** belief sich auf 680 Mio. € (31. Dezember 2021: 725 Mio. €). Der Rückgang des zentralen Pufferkapitalbedarfs resultiert im Wesentlichen aus der Aktualisierung von Komponenten des Kreditrisikos.

6.2 Normative interne Perspektive

6.2.1 DZ BANK Finanzkonglomerat

Das DZ BANK Finanzkonglomerat setzt sich aus der DZ BANK Institutsgruppe und der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe zusammen. Die Entwicklung des Bedeckungssatzes sowie der Eigenmittel und der Solvabilitätsanforderungen des DZ BANK Finanzkonglomerats werden in Abb. 11 dargestellt.

ABB. 11 – AUFSICHTSRECHTLICHE KAPITALADÄQUANZ DES DZ BANK FINANZKONGLOMERATS¹

	30.06.2022	31.12.2021 ²
Eigenmittel (in Mio. €)	33.687	36.896
Solvabilitätsanforderungen (in Mio. €)	24.868	24.470
Bedeckungssatz (in %)	135,5	150,8

¹ Die in den Berechnungen enthaltenen Werte für die DZ BANK Institutsgruppe wurden gemäß den CRR-Übergangsregelungen ermittelt.

² Endgültige Werte. Im Risikobericht 2021 wurden vorläufige Werte ausgewiesen.

Der Rückgang des für das DZ BANK Finanzkonglomerat ermittelten Bedeckungssatzes von 150,8 Prozent zum 31. Dezember 2021 auf 135,5 Prozent zum 30. Juni 2022 ist insbesondere auf die Minderung der Eigenmittel zurückzuführen. Die Solvabilitätsanforderungen des DZ BANK Finanzkonglomerats haben sich dagegen erhöht. Die Effekte, die zur Veränderung des Bedeckungssatzes geführt haben, resultieren aus Entwicklungen bei der DZ BANK Institutsgruppe und der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe (Details siehe Kapitel 6.2.2 und Kapitel 6.2.3 dieses Risikoberichts).

Der zum 30. Juni 2022 berechnete endgültige Bedeckungssatz für das Finanzkonglomerat übertraf sowohl den internen Schwellenwert (110,0 Prozent) als auch das externe Mindestziel (100,0 Prozent). Nach den gegenwärtigen Planungen ist zu erwarten, dass dies auch im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres 2022 der Fall sein wird.

6.2.2 DZ BANK Institutsgruppe

Aufsichtsrechtliche Kapitalkennzahlen

Die gemäß den CRR-Übergangsregelungen ermittelten bankaufsichtsrechtlichen **Eigenmittel** der DZ BANK Institutsgruppe beliefen sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 23.821 Mio. € (31. Dezember 2021: 27.729 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahresstichtag ist eine Reduzierung der Eigenmittel um 3.908 Mio. € zu verzeichnen, die sich im Wesentlichen aus dem Rückgang des harten Kernkapitals um 3.734 Mio. € und des Ergänzungskapitals um 174 Mio. € zusammensetzt.

Maßgeblich für den Rückgang des harten Kernkapitals sind temporäre Bilanzierungseffekte bei der R+V. Als Teil der DZ BANK Gruppe muss die R+V ihre Aktivseite bereits heute gemäß IFRS 9 marktwertnah bewerten. Die Passivseite und damit die Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern werden erst mit der Umstellung auf IFRS 17 im kommenden Geschäftsjahr analog behandelt. Dies führt zu einem technischen Zinsänderungsrisiko, das aufgrund des starken Zinsanstiegs in der Berichtsperiode temporär wirksam geworden ist. Daraus ergeben sich zum 30. Juni 2022 ein negativer Ergebnisbeitrag und ein deutlich rückläufiger Beitrag zum harten Kernkapital. Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein gegenläufiger Effekt erwartet.

Das **Ergänzungskapital** hat sich von 2.546 Mio. € zum 31. Dezember 2021 um 174 Mio. € auf 2.372 Mio. € zum 30. Juni 2022 reduziert. Der Rückgang ist auf den Anstieg des Abzugsbetrags gemäß den bis zur Vollanwendung der Wertminderungsvorschriften des IFRS 9 geltenden Übergangsregelungen in Höhe von 76 Mio. € sowie den Rückgang des Wertberichtigungsüberschusses in Höhe von 99 Mio. € zurückzuführen.

Die **Risikoaktiva** haben sich von 150.137 Mio. € zum 31. Dezember 2021 um 4.928 Mio. € auf 145.209 Mio. € zum 30. Juni 2022 reduziert. Der Rückgang resultiert aus zwei gegenläufigen Effekten. Einerseits ermäßigte sich der Equity-Buchwert der Beteiligung der DZ BANK an der R+V im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres. Im selben Zeitraum kam es zu hochvolatilen Marktbewegungen an den Kapitalmärkten, die einen Anstieg des Marktpreisrisikos zur Folge hatten.

Die **harte Kernkapitalquote** der DZ BANK Institutsgruppe betrug zum 30. Juni 2022 13,3 Prozent und ist im Vergleich zum 31. Dezember 2021 (15,3 Prozent) um 2,0 Prozentpunkte zurückgegangen. Die zum Berichtsstichtag ermittelte **Kernkapitalquote** in Höhe von 14,8 Prozent hat sich gegenüber dem Wert zum 31. Dezember 2021 (16,8 Prozent) ebenfalls um 2,0 Prozentpunkte reduziert. Eine Verringerung war darüber hinaus bei der **Gesamtkapitalquote** zu verzeichnen, und zwar von 18,5 Prozent zum 31. Dezember 2021 auf 16,4 Prozent zum Berichtsstichtag.

Abb. 12 zeigt die aufsichtsrechtlichen Kapitalkennzahlen der DZ BANK Institutsgruppe im Überblick.

Höhe der aufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen gemäß SREP

Die von der DZ BANK Institutsgruppe im Geschäftsjahr gemäß dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess zur Baseler Säule 2 (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzuhaltenden Mindestkapitalanforderungen setzen sich aus gesetzlich fest vorgegebenen sowie von der Bankenaufsicht individuell angeordneten Komponenten der Säule 1 zusammen. Ergänzend sind mit den zusätzlichen Eigenmittelanforderungen der Säule 2 institutspezifische Vorgaben zu erfüllen, die das Ergebnis des für die DZ BANK Institutsgruppe durchgeführten aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses des Vorjahres sind. Bei diesem Verfahren gibt die Bankenaufsicht einen Pflichtzuschlag (**Pillar 2 Requirement**) vor, der in die Bemessungsgrundlage einfließt, die für die Ermittlung der Schwelle für den maximal ausschüttungsfähigen Betrag (Maximum Distributable Amount, MDA) verwendet wird. Die Unterschreitung der MDA-Schwelle hat Ausschüttungsbeschränkungen zur Folge.

ABB. 12 – AUFSICHTSRECHTLICHE KAPITALKENNZAHLEN¹

	30.06.2022	31.12.2021
Kapital		
Hartes Kernkapital (in Mio. €)	19.287	23.021
Zusätzliches Kernkapital (in Mio. €)	2.161	2.161
Kernkapital (in Mio. €)	21.449	25.183
Summe des Ergänzungskapitals (in Mio. €)	2.372	2.546
Eigenmittel (in Mio. €)	23.821	27.729
Risikoaktiva		
Kreditrisiko inklusive Beteiligungen (in Mio. €)	124.387	132.296
Marktpreisrisiko (in Mio. €)	10.139	7.355
Operationelles Risiko (in Mio. €)	10.683	10.487
Summe (in Mio. €)	145.209	150.137
Kapitalquoten		
Harte Kernkapitalquote (in %)	13,3	15,3
Kernkapitalquote (in %)	14,8	16,8
Gesamtkapitalquote (in %)	16,4	18,5

¹ Gemäß den CRR-Übergangsregelungen.

Die für die DZ BANK Institutsgruppe gemäß den SREP-Anforderungen maßgeblichen bindenden Mindestkapitalanforderungen und ihre Komponenten werden in Abb. 13 dargestellt.

ABB. 13 – AUFSICHTSRECHTLICHE MINDESTKAPITALANFORDERUNGEN GEMÄSS SREP

in %	2022	2021
Mindestanforderung für das harte Kernkapital	4,50	4,50
Zusätzliche Eigenmittelanforderung der Säule 2	0,96	0,98
Kapitalerhaltungspuffer	2,50	2,50
Antizyklischer Kapitalpuffer ¹	0,02	0,02
A-SRI-Kapitalpuffer	1,00	1,00
Bindende Mindestanforderung für das harte Kernkapital	8,98	9,01
Mindestanforderung für zusätzliches Kernkapital	1,50	1,50
Zusätzliche Eigenmittelanforderung der Säule 2	0,32	0,33
Bindende Mindestanforderung für das Kernkapital	10,80	10,84
Mindestanforderung für das Ergänzungskapital ²	2,00	2,00
Zusätzliche Eigenmittelanforderung der Säule 2	0,43	0,44
Bindende Mindestanforderung für das Gesamtkapital	13,22	13,27

¹ Der Wert des antizyklischen Kapitalpuffers wird zu jedem Meldestichtag neu ermittelt. Abweichend von den übrigen ausgewiesenen Werten, die für das gesamte Geschäftsjahr gelten, sind die für das Geschäftsjahr und das Vorjahr ausgewiesenen Werte für den antizyklischen Kapitalpuffer stichtagsbezogen.

² Die Mindestanforderung kann auch durch hartes Kernkapital erfüllt werden.

Erleichterungen bei den Mindestkapitalanforderungen aufgrund der COVID-19-Pandemie

Aufgrund der COVID-19-Pandemie haben die Aufsichtsbehörden den Kreditinstituten verschiedene Erleichterungen zugestanden. Dies gilt unter anderem auch für die **bindenden Mindestkapitalanforderungen**. So können der Kapitalerhaltungspuffer und der A-SRI-Kapitalpuffer temporär aufgebraucht werden, ohne dass dies Sanktionen nach sich zieht. Den Aufsichtsbehörden ist in diesem Fall ein Kapitalerhaltungsplan einzureichen. Soweit dadurch die kombinierte Kapitalpufferanforderung und damit eine der drei Schwellen für den maximal ausschüttungsfähigen Betrag nicht mehr erreicht werden kann, gelten weiterhin die Regelungen zu den Ausschüttungsbeschränkungen. Die genannten Erleichterungen werden von der DZ BANK nicht angewendet und folglich in Abb. 13 nicht berücksichtigt.

Darüber hinaus wurden im Zuge der COVID-19-Pandemie die Pufferquoten für die Ermittlung des antizyklischen Kapitalpuffers als weiterer Bestandteil der bindenden Mindestkapitalanforderungen von den Aufsichtsbehörden einiger Länder reduziert beziehungsweise teilweise auf 0 Prozent gesetzt. Die BaFin hat mit Allgemeinverfügung vom 31. März 2020 die für Deutschland geltende inländische antizyklische Kapitalpufferquote auf 0 Prozent abgesenkt. Diese Regelung hat weiterhin Gültigkeit. Die Berücksichtigung der reduzierten Kapitalpufferquote für Deutschland und für weitere Länder erfolgt im Rahmen der Ermittlung der institutsindividuellen antizyklischen Kapitalpufferquote.

Die **Eigenmittelempfehlung der Säule 2** muss temporär ebenfalls nicht zwingend eingehalten werden, ohne dass dies Auswirkungen auf eine mögliche Ausschüttung hat. Die DZ BANK macht derzeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch.

Einhaltung der Mindestkapitalanforderungen

Die auf Ebene der DZ BANK Institutsgruppe geltenden **internen Schwellenwerte** und **externen Mindestziele** für die harte Kernkapitalquote, die Kernkapitalquote und die Gesamtkapitalquote wurden zum 30. Juni 2022 übertroffen. Die Höhe der internen Schwellenwerte ist aus Abb. 2 ersichtlich.

Leverage Ratio

Die gemäß den CRR-Übergangsregelungen ermittelte **Leverage Ratio** der DZ BANK Institutsgruppe ermäßigte sich von 7,3 Prozent zum 31. Dezember 2021 um 2,8 Prozentpunkte auf 4,5 Prozent zum 30. Juni 2022. Der Rückgang ist hauptsächlich auf das Auslaufen der befristeten Anrechnungsbefreiung für Zentralbankguthaben zurückzuführen. Seit dem 1. April 2022 sind diese Positionen wieder auf die Gesamtrisikoposition anzurechnen. Zum Berichtsstichtag beliefen sich die Zentralbankguthaben auf 93,6 Mrd. €. Darüber hinaus trug ein signifikanter Rückgang des Kernkapitals von 25,2 Mrd. € zum 31. Dezember 2021 auf 21,4 Mrd. € zum 30. Juni 2022 zur Verringerung der Leverage Ratio bei.

Zum 30. Juni 2021 hat die Bankenaufsicht im Zuge der CRR-II-Erstanwendung ein verbindliches **externes Mindestziel** von 3,0 Prozent eingeführt. Da die DZ BANK Institutsgruppe die zuvor genannte temporäre Ausnahmeregelung für Zentralbankguthaben in Anspruch genommen hatte, lag das externe Mindestziel bis zum Auslaufen dieser Regelung am 31. März 2022 bei 3,26 Prozent. Seit dem 1. April 2022 beträgt das externe Mindestziel wieder 3,0 Prozent.

Sowohl der für die Leverage Ratio geltende **interne Schwellenwert** von 4,0 Prozent als auch das von der Bankenaufsicht vorgegebene **externe Mindestziel** von 3,0 Prozent wurden zum Berichtsstichtag übertroffen. Nach den gegenwärtigen Planungen ist davon auszugehen, dass die Einhaltung dieser Mindestanforderungen auch in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres sichergestellt sein wird.

MREL-Quote

Die Berechnung der MREL-Quote wurde zum 1. Januar 2022 umgestellt. Die MREL-Quote wird nunmehr als Verhältnis der Summe der regulatorischen Eigenmittel und der anrechenbaren Bail-in-fähigen Verbindlichkeiten zum Total Risk Exposure Amount der DZ BANK Institutsgruppe ermittelt.

Die folgenden Zahlenangaben zur MREL-Quote entsprechen der geänderten Berechnungsmethode. Die Werte zum 31. Dezember 2021 wurden entsprechend angepasst und weichen daher von den im Risikobericht 2021 ausgewiesenen Werten ab.

Die für die DZ BANK Institutsgruppe gemessene **MREL-Quote** betrug zum 30. Juni 2022 35,4 Prozent (31. Dezember 2021: 37,3 Prozent). Die Absenkung der Kennzahl gegenüber dem Vorjahresresultat ist auf den Rückgang des harten Kernkapitals durch temporäre Bilanzierungseffekte bei der R+V in Höhe von 3.909 Mio. € sowie eine Reduktion der Senior-Preferred-Verbindlichkeiten aufgrund von Fälligkeiten und der daraus folgenden Nichtanrechenbarkeit für das MREL-Volumen zurückzuführen

Der Vorstand der DZ BANK hat den **internen Schwellenwert** für die MREL-Quote der DZ BANK Institutsgruppe für das Geschäftsjahr auf 26,8 Prozent festgelegt. Das **externe Mindestziel** für das Geschäftsjahr beträgt 25,1 Prozent. Im Vorjahr bestand für die MREL-Quote weder ein interner Schwellenwert noch ein externes Mindestziel. Die zum 30. Juni 2022 gemessene MREL-Quote lag oberhalb des internen Schwellenwerts und des externen Mindestziels.

MREL-Nachrangquote

Seit Beginn des Geschäftsjahres wird die MREL-Nachrangquote ermittelt und an die Aufsichtsbehörden gemeldet. Im Unterschied zur MREL-Quote werden bei der MREL-Nachrangquote lediglich die nachrangigen, MREL-fähigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

Die **MREL-Nachrangquote** der DZ BANK Institutsgruppe belief sich zum 30. Juni 2022 auf 25,0 Prozent (31. Dezember 2021: 26,5 Prozent). Der Rückgang des harten Kernkapitals ist auf temporäre Bilanzierungseffekte bei der R+V in Höhe von 3.909 Mio. €, die durch den Anstieg der Senior-Non-Preferred-Verbindlichkeiten um 582 Mio. € nicht kompensiert werden konnten, zurückzuführen.

Der **interne Schwellenwert** für die MREL-Nachrangquote der DZ BANK Institutsgruppe lag für die ersten sechs Monate des Geschäftsjahres bei 24,8 Prozent. Für die zweite Hälfte des Geschäftsjahres beträgt dieser Wert 25,5 Prozent. Von den Aufsichtsbehörden wurde ein für das gesamte Geschäftsjahr geltendes **externes Mindestziel** von 23,8 Prozent vorgegeben. Im Vorjahr bestand für die MREL-Nachrangquote weder ein interner Schwellenwert noch ein externes Mindestziel. Die zum 30. Juni 2022 gemessene MREL-Nachrangquote lag oberhalb des internen Schwellenwerts und des externen Mindestziels.

6.2.3 R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe

Die aufsichtsrechtlichen Solvenzvorschriften für Versicherungsunternehmen und Versicherungsgruppen stellen innerhalb der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe einen Ansatz zur Bewertung der Gesamtrisikolage dar. Die Solvabilitätsanforderungen nach Solvency II wurden von der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe zum 30. Juni 2022 erfüllt.

Die im Rahmen der internen Planung angewendeten Projektionsrechnungen ergeben, dass die Solvabilitätsquote der R+V Versicherung AG Versicherungsgruppe auch zum 31. Dezember 2022 oberhalb der Solvabilitätsanforderung liegen wird.

Sektor Bank

7 Kreditrisiko

7.1 Überblick über die Kreditrisikosituation

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im ersten Halbjahr 2022 verschlechtert. Dies ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: Zinsanstieg, Inflation, negative wirtschaftliche Auswirkungen des Ukraine-Kriegs, die Lieferkettenproblematik, hervorgerufen durch COVID-19-bedingte Produktions- und Logistikstopps in China, sowie reduzierte Wachstumsprognosen.

Die Kreditrisikosituation der Unternehmen des Sektors Bank hat sich trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtert. Das von den akuten globalen Krisen betroffene Exposure ist zum Berichtsstichtag überschaubar und der in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres aufgetretene Wertberichtigungsbedarf bewegte sich auf einem moderaten Niveau. Die Entwicklung des Kreditportfolios wird in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres vor allem im Hinblick auf diese Rahmenbedingungen eng beobachtet werden.

7.2 Kreditvolumen

7.2.1 Assetklassenstruktur des Kreditportfolios

Gegenstand der Vorstandsberichterstattung über Kreditrisikokonzentrationen ist unter anderem eine Darstellung des Kreditportfolios nach sogenannten Assetklassen. Dazu wird das Kreditportfolio anhand von Merkmalen wie Wirtschaftszweigschlüssel zur Abbildung von Branchen, Produktart und zur Bonitätseinstufung verwendetem Ratingverfahren in geschäftsnahe, homogene Segmente unterteilt. Die Merkmale werden so ausgewählt, dass die Segmente einheitlichen Risikotreibern unterliegen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgabe als Zentralbank für die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken stellt die DZ BANK Refinanzierungsmittel für die Unternehmen des Sektors Bank und für die Genossenschaftsbanken bereit. Daher entfällt auf die der Assetklasse **Verbundunternehmen** zugeordneten Genossenschaftsbanken auch eine der größten Forderungspositionen im Kreditportfolio der Gruppe.

Des Weiteren begleitet die DZ BANK die Genossenschaftsbanken bei größeren Finanzierungen von Firmenkunden. Engagements mit Firmenkunden umfassen das Geschäft mit gewerblichen Kunden, die vor allem den Assetklassen Corporates, gewerbliche Immobilienkunden und Asset-based Lending/Projektfinanzierung zugeordnet werden. Das aus dem Firmenkundenkreditgeschäft resultierende Konsortialgeschäft, das Direktgeschäft der DZ BANK, das Immobilienkreditgeschäft der DZ HYP und der BSH sowie das Kommunalkreditgeschäft der DZ HYP bestimmen die Zusammensetzung der Assetklassen des restlichen Portfolios.

In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres war ein Anstieg des gesamten Kreditvolumens um 4 Prozent von 430,7 Mrd. € zum 31. Dezember 2021 auf 450,0 Mrd. € zum 30. Juni 2022 zu verzeichnen. Der Anstieg des Kreditvolumens betraf insbesondere die Assetklassen Verbundunternehmen und Corporates mit einer Ausweitung gegenüber dem Vorjahresresultimo um 10,1 Mrd. € beziehungsweise 6,1 Mrd. €. Zu der Erhöhung hat vor allem die DZ BANK beigetragen, wobei das Kreditgeschäft (vor allem das Fördermittelgeschäft und Geldmarktkredite) mit Unternehmen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe und die Geschäftsentwicklung in den Unternehmensbereichen Firmenkunden und Strukturierte Finanzierung die treibenden Faktoren waren.

Das Kreditvolumen war zum 30. Juni 2022 mit 39 Prozent (31. Dezember 2021: 38 Prozent) durch eine hohe Konzentration im Finanzsektor geprägt. Die Kreditnehmer in diesem Kundensegment setzten sich außer aus den Volksbanken und Raiffeisenbanken aus Banken anderer Sektoren der Kreditwirtschaft und sonstigen Finanzinstitutionen zusammen.

Die Aufteilung des Kreditportfolios nach Assetklassen geht aus Abb. 14 hervor.

ABB. 14 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH ASSETKLASSEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Verbundunternehmen	133,7	123,6
Financials	44,0	40,6
Corporates	73,2	67,1
Asset-based Lending/Projektfinanzierung	11,6	11,9
Öffentliche Hand	39,6	43,5
Immobilien (gewerbliche und private Kunden)	119,6	117,9
Privatkundengeschäft (ohne Immobilienkunden)	17,5	16,7
ABS und ABCP ¹	9,0	7,4
Sonstige	1,9	1,9
Summe	450,0	430,7

¹ ABS = Asset-backed Securities, ABCP = Asset-backed Commercial Papers.

7.2.2 Geografische Struktur des Kreditportfolios

In Abb. 15 wird die nach Ländergruppen gegliederte geografische Verteilung des Kreditportfolios dargestellt. Dabei erfolgt die Zuordnung des Kreditvolumens zu den einzelnen Ländergruppen grundsätzlich anhand der jährlich aktualisierten Ländergruppeneinteilungen des Internationalen Währungsfonds. Dabei ist das Land maßgeblich, in dem das wirtschaftliche Risiko liegt.

ABB. 15 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Deutschland	377,3	362,4
Sonstige Industrieländer	56,3	53,9
davon: Vereinigte Staaten	9,3	8,5
davon: Frankreich	6,4	6,5
davon: Österreich	5,8	5,2
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	2,8	2,5
Emerging Markets	9,2	9,0
Supranationale Institutionen	4,4	2,9
Summe	450,0	430,7

Zum 30. Juni 2022 konzentrierten sich die Ausleihungen mit 96 Prozent (31. Dezember 2021: 97 Prozent) des gesamten Kreditvolumens auf Deutschland und die sonstigen Industrieländer.

7.2.3 Fälligkeitsstruktur des Kreditportfolios

Die Betrachtung des Kreditportfolios nach Restlaufzeiten in Abb. 16 zeigt für den 30. Juni 2022 im Vergleich zum 31. Dezember 2021 einen Anstieg des Kreditvolumens um 10,9 Mrd. € im **kurzen Laufzeitenband**, der vor allem auf die DZ BANK zurückzuführen ist.

ABB. 16 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
≤ 1 Jahr	113,9	103,0
> 1 Jahr bis ≤ 5 Jahre	107,7	114,6
> 5 Jahre	228,4	213,1
Summe	450,0	430,7

Im **mittelfristigen Laufzeitband** war hingegen ein Rückgang um 6,9 Mrd. € zu verzeichnen, der maßgeblich von der BSH verursacht wurde.

Das Kreditvolumen im **langen Laufzeitenband** erhöhte sich um 15,3 Mrd. €, wozu insbesondere die BSH und die DZ BANK beigetragen haben.

7.2.4 Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Abb. 17 zeigt das Kreditvolumen nach den Bonitätsklassen der VR-Rating-Masterskala. Der Anteil der Ratingklassen 1A bis 3A (Investment Grade) am Gesamtkreditvolumen belief sich zum 30. Juni 2022 auf 87 Prozent (31. Dezember 2021: 85 Prozent). Der Anteil des Kreditvolumens der Ratingklassen 3B bis 4E (Non-Investment Grade) lag zum Berichtsstichtag bei 12 Prozent (31. Dezember 2021: 14 Prozent). Die durch die Ratingklassen 5A bis 5E (Default) repräsentierten ausgefallenen Forderungen hatten zum 30. Juni 2022 unverändert zum Vorjahresresultimo einen Anteil von unter 1 Prozent am gesamten Kreditvolumen.

ABB. 17 – SEKTOR BANK: KREDITVOLUMEN NACH BONITÄTSKLASSEN

in Mrd. €		30.06.2022	31.12.2021
Investment Grade	1A	30,5	32,7
	1B	7,8	7,6
	1C	147,2	135,8
	1D	14,0	13,4
	1E	15,9	14,4
	2A	18,4	16,7
	2B	28,1	25,7
	2C	27,8	23,3
	2D	32,6	30,8
	2E	40,9	39,7
	3A	27,8	25,8
Non-Investment Grade	3B	15,3	17,4
	3C	12,9	14,7
	3D	10,0	9,6
	3E	4,4	6,2
	4A	2,4	2,9
	4B	3,4	3,5
	4C	1,3	1,2
	4D	1,8	1,7
	4E	2,3	1,6
Default		3,2	3,4
Nicht eingestuft		2,3	2,6
Summe		450,0	430,7

Bei der Betrachtung von **Einzelkonzentrationen** entfielen zum 30. Juni 2022 5 Prozent des gesamten Kreditengagements auf die zehn Adressen mit dem größten Kreditvolumen. Dies entspricht dem Wert zum Vorjahresresultimo. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Kreditnehmer der öffentlichen Hand mit Sitz in Deutschland und aus dem Finanzsektor (inklusive der Genossenschaftsbanken), die Ratingeinstufungen im Bereich des Investment Grade aufweisen.

7.2.5 Besichertes Kreditvolumen

Die Verteilung des besicherten Kreditvolumens auf Gesamtportfolioebene wird in Abb. 18 dargestellt. Dabei erfolgt eine Unterscheidung nach Sicherheitenarten.

ABB. 18 – SEKTOR BANK: SICHERUNGSWERTE NACH SICHERHEITENARTEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Bürgschaften, Garantien, Risiko-Unterbeteiligungen	7,2	7,3
Kreditversicherungen	5,0	4,9
Grundschulden, Hypotheken, Registerpfandrechte	117,4	116,0
Sicherungsübereignungen, Zessionen, Verpfändung von Forderungen	1,5	2,3
Finanzielle Sicherheiten	1,9	1,8
Sonstige Sicherheiten	0,3	0,2
Summe Sicherungswerte	133,2	132,6
Kreditvolumen	378,1	355,3
Unbesichertes Kreditvolumen	244,9	222,7
Besicherungsquote (in %)	35,2	37,3

Für das **klassische Kreditgeschäft** wird der Ausweis des Bruttokreditvolumens grundsätzlich vor der Anwendung von Aufrechnungsvereinbarungen vorgenommen, während im **Derivate- und Geldmarktgeschäft** das Bruttokreditvolumen auf genetteter Basis ausgewiesen wird. Für das Derivate- und Geldmarktgeschäft bestehen vergleichsweise geringe Sicherheitenwerte in Form von persönlichen und finanziellen Sicherheiten. Im **Wertpapiergeschäft** werden über die bereits angerechneten Sicherungsmaßnahmen hinaus grundsätzlich keine weiteren Besicherungen vorgenommen. Daher werden Wertpapiergeschäfte bei der Darstellung des besicherten Kreditvolumens nicht berücksichtigt.

Die Summe der Sicherungswerte stieg von 132,6 Mrd. € zum 31. Dezember 2021 auf 133,2 Mrd. € zum 30. Juni 2022 an. Die Besicherungsquote betrug zum Berichtsstichtag 35,2 Prozent (Vorjahresstichtag: 37,3 Prozent).

7.2.6 Intensiv überwacht und notleidendes Kreditvolumen

Intensiv überwachte Kredite und Forborne Exposure

Abb. 19 zeigt das auf den drei Überwachungslisten – **Yellow List**, **Watch List** und **Default List** – geführte Kreditvolumen sowie das in diese Listen eingegliederte Forborne Exposure. Darüber hinaus wird in der Tabelle das außerhalb der Intensivbetreuung gesteuerte Forborne Exposure dargestellt.

ABB. 19 – SEKTOR BANK: INTENSIV ÜBERWACHTES KREDITVOLUMEN UND FORBORNE EXPOSURE

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Kreditvolumen der Yellow List	3.779	3.348
davon: Forborne Exposure	125	120
Kreditvolumen der Watch List	5.685	4.397
davon: Forborne Exposure	1.074	753
Kreditvolumen der Default List	3.175	3.363
davon: Forborne Exposure	1.726	1.878
Summe des Kreditvolumens auf Überwachungslisten	12.639	11.109
davon: Forborne Exposure	2.925	2.751
Forborne Exposure außerhalb der Überwachungslisten	427	461
Summe Forborne Exposure¹	3.353	3.213

¹ Auf den und außerhalb der Überwachungslisten.

Das intensiv überwachte Kreditvolumen hat sich vom 31. Dezember 2021 zum 30. Juni 2022 um 14 Prozent erhöht. Der Anstieg entfällt vor allem auf Kunden der DZ BANK und ist im Wesentlichen auf den Ukraine-Krieg zurückzuführen. Damit ging auch eine Erhöhung des intensiv überwachten Forborne Exposures um 6 Prozent einher. Unter Berücksichtigung des außerhalb der Überwachungslisten gesteuerten Forborne Exposures betrug der Anstieg des Forborne Exposures insgesamt 4 Prozent.

Notleidende Kredite

Das Volumen notleidender Kredite ist von 3,4 Mrd. € zum 31. Dezember 2021 auf 3,2 Mrd. € zum 30. Juni 2022 zurückgegangen. Die Verminderung, die vor allem auf den Portfolioabbau bei der DVB zurückzuführen ist, ging mit einer Ermäßigung der NPL-Quote von 0,8 Prozent auf 0,7 Prozent einher.

In Abb. 20 werden die Kennzahlen zu den notleidenden Krediten dargestellt.

ABB. 20 – SEKTOR BANK: KENNZAHLEN ZU NOTLEIDENDEN KREDITEN

	30.06.2022	31.12.2021
Gesamtes Kreditvolumen (in Mrd. €)	450,0	430,7
Volumen notleidender Kredite (in Mrd. €) ¹	3,2	3,4
Risikovorsorgebestand (in Mrd. €) ²	1,3	1,5
Coverage Ratio (in %) ³	69,6	75,7
NPL-Quote (in %) ⁴	0,7	0,8

¹ Volumen notleidender Kredite ohne Berücksichtigung von Sicherheiten.

² IFRS-Einzelrisikovorsorgebestand gemäß der Stufe 3 inklusive Rückstellungen.

³ Anteil des Risikovorsorgebestands gemäß Fußnote 2, zuzüglich Sicherheiten, am Volumen notleidender Kredite.

⁴ Anteil des Volumens notleidender Kredite am gesamten Kreditvolumen.

7.3 Kreditportfolios mit besonderer Betroffenheit von akuten globalen Krisen

Im Folgenden werden Kreditportfolios dargestellt, bei denen die Auswirkungen akuter globaler Krisen in stärkerem Ausmaß als für das sonstige Kreditportfolio spürbar waren. Die in diesen Portfolios enthaltenen Engagements wiesen zum Berichtsstichtag jedoch noch kein wesentlich erhöhtes Risiko auf. Die gesonderte Darstellung erfolgt daher lediglich aus Transparenzgründen. Die nachfolgend genannten Werte sind in den Angaben zum gesamten Kreditvolumen (siehe Kapitel 7.2) enthalten.

7.3.1 Von der COVID-19-Pandemie besonders betroffene Kreditportfolios

Die **Automobilbranche** befindet sich seit einigen Jahren im Umbruch und ist unter anderem durch niedrige Margen und hohe Kapitalintensität geprägt. COVID-19-bedingte Lockdowns in China, Engpässe bei Vorprodukten (insbesondere bei Halbleitern) und der Ukraine-Krieg führten in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres zu Störungen in den Lieferketten mit Auswirkungen auf die Produktion. Zudem belasten gestiegene Kosten für Rohstoffe, Energie und Transport. Das dem Corporate-Segment zugeordnete Automobilfinanzierungsportfolio der DZ BANK wird dennoch als stabil bei weiterhin guter Kreditqualität eingestuft. Es ist davon auszugehen, dass sich die allgemeine Erholung der Nachfrage nach Automobilen weiter fortsetzen wird. Aufgrund der zunehmenden Belastungen der Branche dürfte sich diese positive Entwicklung jedoch verlangsamen. Die Entscheidung des EU-Parlaments für ein Ende des Verkaufs von Autos mit Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 wird den Wandel zur E-Mobilität weiter beschleunigen und damit den Transformationsdruck für die Kreditnehmer weiter hoch halten. Das Automobilfinanzierungsportfolio der DZ BANK umfasste zum 30. Juni 2022 ein Kreditvolumen von 5,0 Mrd. € (31. Dezember 2021: 4,5 Mrd. €).

Im Rahmen ihres Kreditgeschäfts mit Corporates finanziert die **DZ HYP** unter anderem **Hotels, Warenhäuser und Shopping-Center**. Aufgrund der COVID-19-Pandemie und der staatlich initiierten Schutzmaßnahmen sowie potenziell nachhaltiger struktureller Veränderungen wurde für die Assetklassen in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 ein erhöhter Grad an Unsicherheit identifiziert. Allerdings haben sich diese Kreditportfolios aufgrund der konservativen Finanzierungsstrukturen, Objektqualitäten und Kreditnehmerbonitäten als insgesamt krisenresistent gezeigt. Ausfälle sind nicht eingetreten. Die Auswirkungen der Pandemie wurden in den letzten zwei Jahren in den Ertragsprojektionen und Wertermittlungen der Beleihungsobjekte sowie in den Jahresabschlüssen und Ratings der Kreditnehmer berücksichtigt. Derzeit unterliegen die betroffenen Assetklassen keinen wesentlich erhöhten Unsicherheiten mehr. Gleichwohl besteht bei Hotels die Gefahr einer erneut hohen COVID-19-bedingten Betroffenheit, sofern die Fallzahlen im Herbst des Geschäftsjahres wieder ansteigen sollten und dies staatliche Schutzmaßnahmen nach sich zieht. Hinzu kommt das Risiko, dass sich eine gedämpfte Konjunktorentwicklung und eine steigende Inflation nachteilig auf die sich zuletzt wieder belebende Reisebereitschaft auswirken könnten.

Bei Krediten an **Projektentwickler und Bauträger** bestehen erhöhte Unsicherheiten aufgrund der seit dem Geschäftsjahr 2021 pandemiebedingt gestiegenen Material- und Energiekosten sowie der verringerten Material- und Personalverfügbarkeit. Diese Entwicklung wurde durch den Ukraine-Krieg nochmals deutlich verstärkt. Projektentwickler und Bauträger reagieren hierauf mit einer zeitlichen Verschiebung von neuen Projekten.

Das **Volumen** der von der DZ HYP ausgereichten Firmenkundenkredite belief sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 47,3 Mrd. € (31. Dezember 2021: 47,6 Mrd. €). Davon entfielen zum Berichtsstichtag die folgenden Beträge auf die von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen Assetklassen (in Klammern die Werte zum 31. Dezember 2021):

- Hotelfinanzierungen: 2,8 Mrd. € (2,7 Mrd. €)
- Warenhausfinanzierungen: 0,6 Mrd. € (0,7 Mrd. €)
- Shopping-Center-Finanzierungen: 2,9 Mrd. € (2,9 Mrd. €)
- Finanzierungen von Bauträgern und Projektentwicklern: 5,4 Mrd. € (4,5 Mrd. €)

Des Weiteren ist die von der **DZ BANK** finanzierte **Kreuzfahrtindustrie** – bestehend aus Kreuzfahrtschiffsfinanzierungen und Finanzierungen des Kreuzfahrtschiffbaus – in erheblichem Umfang von der COVID-19-Pandemie betroffen. Anders als die zuvor genannten Portfolios sind die Finanzierungen der Kreuzfahrtindustrie jedoch den Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt zugeordnet (siehe Kapitel 7.4.2).

Auch für die zweite Hälfte des Geschäftsjahres können negative Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf das Kreditrisiko des Sektors Bank nicht ausgeschlossen werden. Maßgeblich für das Ausmaß negativer Pandemieeffekte werden die Entwicklung der Infektionszahlen ab dem Herbst und die zu deren Begrenzung ergriffenen staatlichen Gegensteuerungsmaßnahmen sein.

7.3.2 Vom Ukraine-Krieg und vom russischen Gas-Embargo besonders betroffene Kreditportfolios

Der **Ukraine-Krieg** hatte in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres erhebliche negative Auswirkungen auf die Bonität der Kreditnehmer in den unmittelbar betroffenen Ländern (Russland, Ukraine und Belarus). Das Engagement der Unternehmen des Sektors Bank in diesen Ländern belief sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 765 Mio. € (31. Dezember 2021: 959 Mio. €). Der Anteil am gesamten Kreditvolumen des Sektors Bank lag zum Berichtsstichtag wie auch bereits zum Vorjahresstichtag unter einem Prozent. Das Engagement war geprägt durch Export- und Handelsfinanzierungen sowie Projektfinanzierungen und Wertpapiere.

Die Verteilung des Netto-Kreditvolumens auf die betroffenen Länder geht aus Abb. 21 hervor.

ABB. 21 – SEKTOR BANK: NETTO-KREDITVOLUMEN IN DEN VOM UKRAINE-KRIEG UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDERN

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Russland	184	222
Belarus	12	13
Ukraine	3	15
Summe	199	250

Der Ukraine-Krieg hat über die unmittelbar in den Konflikt involvierten Länder hinaus weltweit negative Auswirkungen auf die Bonität von Kreditnehmern. Dies spiegelt sich in den Darstellungen zum gesamten Kreditvolumen des Sektors Bank wider (siehe Kapitel 7.2). Zum Berichtsstichtag war aufgrund des Ukraine-Kriegs ein Anstieg des intensiv überwachten Kreditvolumens zu verzeichnen (siehe Kapitel 7.2.6).

Erste Analysen der Auswirkungen des drohenden **russischen Gas-Embargos** auf das Kreditrisiko des Sektors Bank wurden vorgenommen. Dabei wurden einzelne Portfoliotile als betroffen identifiziert. Wesentliche negative Auswirkungen auf das Kreditrisiko sind derzeit nicht absehbar.

7.3.3 Von der Taiwan-Krise besonders betroffene Kreditportfolios

Nach dem Besuch einer hochrangigen Regierungsdelegation der Vereinigten Staaten in Taiwan Anfang August ist eine deutliche Eskalation der Spannungen zwischen China und Taiwan zu beobachten. China hat in der ersten Augushälfte militärische Manöver unmittelbar vor der Küste Taiwans abgehalten. Derzeit wird davon ausgegan-

gen, dass mit Beendigung der Manöver eine Beruhigung im Konflikt zwischen China und Taiwan eintritt. Die Gefahr ungewollter militärischer Zwischenfälle ist dennoch deutlich erhöht, was zu einem Anstieg des Kreditrisikos in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres führen könnte.

Das überwiegend von der DZ BANK an Adressen in Taiwan ausgereichte Netto-Kreditvolumen betrug zum 30. Juni 2022 311 Mio. € (31. Dezember 2021: 131 Mio. €). Taiwan war zum Berichtsstichtag in die Rating-Klasse 1D der Rating-Masterskala eingestuft. Diese Einstufung galt auch zum Vorjahresresultimo. Das Exposure ist durch kurzlaufende Trade-Finance Aktivitäten und eine längerfristige Projektfinanzierung geprägt.

Eine Erhöhung des Kreditrisikos aufgrund der Taiwan-Krise ist derzeit nicht feststellbar.

7.4 Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Aufgrund ihrer Bedeutung für die Risikolage werden die Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt einer gesonderten Betrachtung unterzogen. Die nachfolgend genannten Werte sind in den vorausgegangenen Analysen des gesamten Kreditvolumens (siehe Kapitel 7.2) enthalten.

7.4.1 Forderungen an Kreditnehmer in den europäischen Peripheriestaaten

Die Forderungen an Adressen in den von den **wirtschaftlichen Divergenzen im Euro-Raum** unmittelbar betroffenen Ländern beliefen sich zum 30. Juni 2022 auf 5.407 Mio. € (31. Dezember 2021: 6.465 Mio. €). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Wertpapiergeschäft. Der Rückgang resultiert überwiegend aus Marktwert-rückgängen sowie aus Verkäufen und Fälligkeiten bei der DZ HYP.

Abb. 22 zeigt die Schuldnerstrukturen für das Kreditvolumen in den europäischen Peripheriestaaten.

ABB. 22 – SEKTOR BANK: FORDERUNGEN AN KREDITNEHMER IN DEN EUROPÄISCHEN PERIPHERIESTAATEN¹

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Portugal	560	917
davon: öffentliche Hand	477	827
davon: nichtöffentliche Hand	83	90
davon: Finanzsektor	-	-
Italien	2.582	3.002
davon: öffentliche Hand	2.168	2.548
davon: nichtöffentliche Hand	414	454
davon: Finanzsektor	131	144
Spanien	2.265	2.547
davon: öffentliche Hand	1.382	1.625
davon: nichtöffentliche Hand	883	922
davon: Finanzsektor	320	273
Summe	5.407	6.465
davon: öffentliche Hand	4.027	4.999
davon: nichtöffentliche Hand	1.380	1.466
davon: Finanzsektor	452	417

¹ Klassisches Kreditgeschäft im Unterschied zu den sonstigen Darstellungen des Kreditvolumens inklusive Beteiligungen.

7.4.2 Finanzierung von Kreuzfahrtschiffen und des Kreuzfahrtschiffbaus

Kreuzfahrtschiffsfinanzierungen

Die Kreuzfahrtschiffsfinanzierungen des Sektors Bank sind im Wesentlichen in der **DZ BANK** gebündelt. Die finanzierten Reedereien verfügen derzeit über ausreichende Liquiditätspuffer. Diese Puffer könnten jedoch auf ein kritisches Niveau absinken, wenn das Auftreten neuer, gefährlicher COVID-19-Virusvarianten die Nachfrage nach Kreuzfahrten beeinträchtigt. Zwar verursachte die Omikron-Variante im Dezember 2021 und im Januar 2022

Stornierungen oder vorzeitige Beendigungen von Reisen, jedoch blieben die Auswirkungen begrenzt. Die Belegungs- und Buchungszahlen der betroffenen Reedereien haben sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt. Perspektivisch ist allerdings eine Rückkehr zu den Umsätzen der Vergangenheit notwendig, damit diese Unternehmen den durch die Stundungen der letzten beiden Jahre erhöhten Tilgungsverpflichtungen nachkommen können. Der Ukraine-Krieg hatte bisher nur geringe Auswirkungen auf das Kreuzfahrtschiffsgeschäft.

Das Finanzierungsvolumen von Kreuzfahrtschiffen belief sich zum 30. Juni 2022 auf 1.059 Mio. € (31. Dezember 2021: 1.099 Mio. €). Davon waren zum 30. Juni 2022 671 Mio. € (31. Dezember 2021: 678 Mio. €) durch Exportkreditversicherungen gedeckt.

Finanzierung des Kreuzfahrtschiffbaus

Von der Kreuzfahrtschiffsfinanzierung abzugrenzen ist die Finanzierung des Kreuzfahrtschiffbaus. Dieser Teilbereich, der im Sektor Bank ebenfalls nur die **DZ BANK** betrifft, befindet sich unverändert in der Konsolidierung. In Absprache mit den Bestellern von Kreuzfahrtschiffen wurde durch die Streckung des Orderbuchs zwar die Grundaustlastung für die nächsten Jahre gesichert, jedoch stehen die mit dem Bau von Kreuzfahrtschiffen befassten Werften vor der Herausforderung, eine deutliche Reduzierung der Produktions- und Mitarbeiterkapazitäten vorzunehmen. Derzeit befinden sich die Werften inmitten dieses Transformationsprozesses, der – zusammen mit steigenden Energie- und Beschaffungskosten – die Kundenbonitäten voraussichtlich auch in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres belasten wird. Daher wird dieses Teilportfolio als Portfolio mit erhöhtem Risikogehalt eingestuft.

Das Kreditvolumen aus der Finanzierung des Kreuzfahrtschiffbaus lag zum 30. Juni 2022 bei 357 Mio. € (31. Dezember 2021: 341 Mio. €).

7.5 Risikolage

7.5.1 Risiken des gesamten Kreditportfolios

Die Höhe des Risikokapitalbedarfs für Kreditrisiken wird unter anderem vom Umfang des Kreditvolumens der einzelnen Adressen, von den Bonitätseinschätzungen, den Sicherheiten und von der Branchenzugehörigkeit der Engagements bestimmt.

Der **Risikokapitalbedarf** belief sich zum 30. Juni 2022 auf 4.469 Mio. € (31. Dezember 2021: 5.037 Mio. €). Den Kreditrisiken stand ein **Limit** von 6.437 Mio. € (31. Dezember 2021: 7.188 Mio. €) gegenüber. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die verminderten Bestände der DZ HYP in den europäischen Peripheriestaaten zurückzuführen.

Abb. 23 zeigt den Kreditrisikokapitalbedarf im Zusammenhang mit der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit und dem erwarteten Verlust.

ABB. 23 – SEKTOR BANK: BESTIMMUNGSFAKTOREN DES KREDITRISIKOKAPITALBEDARFS

	Durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit (in %)		Erwarteter Verlust (in Mio. €)		Kreditrisikokapitalbedarf ¹ (in Mio. €)	
	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021	30.06.2022	31.12.2021
Klassisches Kreditgeschäft	0,4	0,5	423	432	2.431	2.448
Wertpapiergeschäft	0,1	0,2	34	44	977	1.498
Derivate- und Geldmarktgeschäft	0,1	0,2	13	13	293	238
Summe			469	489	3.701	4.184
Durchschnitt	0,3	0,4				

 nicht relevant

¹ Da bei Betrachtung der kreditrisikotragenden Instrumente eine Darstellung des Risikokapitalbedarfs inklusive Pufferkapitalbedarf nicht möglich ist, erfolgt der Ausweis des Risikokapitalbedarfs ohne diesen Wert.

7.5.2 Risiken der Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Der Risikokapitalbedarf für Kreditportfolios im **Sektor Bank**, die erhöhten Kreditrisiken ausgesetzt waren, geht aus Abb. 24 hervor.

ABB. 24 – SEKTOR BANK: KREDITRISIKOKAPITALBEDARF¹ FÜR KREDITPORTFOLIOS MIT ERHÖHTEM RISIKOGEHALT

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Europäische Peripheriestaaten	646	1.109
Kreuzfahrtschiffsfinanzierungen	13	13
Finanzierung des Kreuzfahrtschiffbaus	4	4

¹ Ohne dezentralen Pufferkapitalbedarf.

Der Rückgang des Kreditrisikokapitalbedarfs für Engagements der Unternehmen des Sektors Bank in den **europäischen Peripheriestaaten** erfolgte im Gleichlauf mit der Entwicklung der Forderungen an Kreditnehmer in diesen Ländern.

Der Kreditrisikokapitalbedarf für Finanzierungen von **Kreuzfahrtschiffen** und des **Kreuzfahrtschiffbaus** betrug zum 30. Juni 2022 13 Mio. € beziehungsweise 4 Mio. €. Die Werte waren im Vergleich zum 31. Dezember 2021 unverändert und stammen vollständig von der DZ BANK.

8 Beteiligungsrisiko

Der für die Messung des Beteiligungsrisikos maßgebliche **Beteiligungsbuchwert** belief sich zum 30. Juni 2022 auf 2.819 Mio. € (31. Dezember 2021: 2.953 Mio. €).

Für das Beteiligungsrisiko wurde zum Berichtsstichtag ein **Risikokapitalbedarf** in Höhe von 969 Mio. € (31. Dezember 2021: 996 Mio. €) ermittelt. Das **Limit** betrug 1.230 Mio. € (31. Dezember 2021: 1.220 Mio. €).

9 Marktpreisrisiko

9.1 Value at Risk

Abb. 25 zeigt den im Verlauf der ersten Hälfte des Geschäftsjahres gemessenen durchschnittlichen, maximalen und minimalen Value at Risk, wobei eine Unterscheidung nach Marktpreisrisikoarten erfolgt. Ergänzend veranschaulicht Abb. 26 die handelstägliche Marktpreisrisikoentwicklung im Berichtszeitraum. In beiden Darstellungen bezieht sich der Value at Risk auf die **aufsichtsrechtlichen Handels- und Anlagebücher**.

Der Value at Risk des **Zinsrisikos im aufsichtsrechtlichen Anlagebuch** betrug zum 30. Juni 2022 45 Mio. € (31. Dezember 2021: 10 Mio. €).

Der deutliche Anstieg der Value-at-Risk-Kennzahlen für das Zinsrisiko, das Spreadrisiko sowie das Gesamtrisiko ist insbesondere auf die hohen Marktvolatilitäten in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres zurückzuführen.

9.2 Risikokapitalbedarf

Der Risikokapitalbedarf für das **Marktpreisrisiko** belief sich zum 30. Juni 2022 auf 3.863 Mio. € (31. Dezember 2021: 3.713 Mio. €) bei einem im Limit von 6.680 Mio. € (31. Dezember 2021: 5.725 Mio. €).

Im Risikokapitalbedarf des Sektors Bank ist das **Asset-Management-Risiko der UMH** enthalten. Das Asset-Management-Risiko betrug zum 30. Juni 2022 295 Mio. € (31. Dezember 2021: 347 Mio. €). Der Risikorückgang resultiert vor allem aus der Kapitalmarktentwicklung.

ABB. 25 – SEKTOR BANK: ENTWICKLUNG DES MARKTPREISRIKOS NACH UNTERRISIKOARTEN^{1,2}

in Mio. €	Zinsrisiko	Spread-Risiko	Aktienrisiko ³	Währungsrisiko	Rohwarenrisiko	Diversifikationseffekt ^{4,5}	Gesamtrisiko
30.06.2022	42	76	13	4	3	-20	119
Durchschnitt	28	60	12	3	3	-21	85
Maximum	50	76	14	6	4	-26	123
Minimum	9	41	11	1	2	-17	48
31.12.2021	10	43	14	2	2	-22	48

1 Die Angaben beziehen sich auf das allgemeine Marktpreisrisiko und das Spread-Risiko. Das Asset-Management-Risiko ist nicht enthalten.

2 Value at Risk bei 99,0 Prozent Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, 1 Jahr Beobachtungszeitraum auf Basis eines zentralen Marktpreisrisikomodells für den Sektor Bank. Die Risiken wurden unter vollumfänglicher Beachtung von Konzentrations- und Diversifikationseffekten ermittelt.

3 Einschließlich Fondsbeständen, sofern nicht zerlegt nach Konstituenten.

4 Summe der Diversifikationseffekte zwischen den Marktpreisrisikoarten aller einbezogenen Steuerungseinheiten.

5 Die Angaben zum Minimum und Maximum können für die verschiedenen Unterarten des Marktpreisrisikos von unterschiedlichen Zeitpunkten aus der Berichtsperiode stammen. Sie lassen sich daher mit dem Diversifikationseffekt nicht additiv zum Minimum oder Maximum des Gesamtrisikos zusammenfassen.

ABB. 26 – SEKTOR BANK: HANDELSTÄGLICHE ENTWICKLUNG DES MARKTPREISRIKOS¹



1 Value at Risk bei 99,0 Prozent Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer, 1 Jahr Beobachtungszeitraum auf Basis eines zentralen Marktpreisrisikomodells für den Sektor Bank. Die Risiken wurden unter vollumfänglicher Beachtung von Konzentrations- und Diversifikationseffekten ermittelt.

10 Bauspartechnisches Risiko

Der **Risikokapitalbedarf** für das bauspartechnische Risiko betrug zum 30. Juni 2022 689 Mio. € (31. Dezember 2021: 639 Mio. €) bei einem **Limit** in Höhe von 720 Mio. € (31. Dezember 2021: 706 Mio. €). Grundsätzlich ergeben sich im aktuellen Marktumfeld stärkere – und somit risikoe erhöhende – Effekte aus den in der Risikoeermittlung simulierten Veränderungen der Parameter Kundenverhalten und Neugeschäftsrückgang.

11 Geschäftsrisiko und Reputationsrisiko

Der **Risikokapitalbedarf** für das Geschäftsrisiko (inklusive Reputationsrisiko) belief sich zum 30. Juni 2022 auf 89 Mio. € (31. Dezember 2021: 407 Mio. €). Das **Limit** betrug zum Berichtsstichtag 280 Mio. € (31. Dezember 2021: 640 Mio. €). Das Reputationsrisiko ist in den dargestellten Werten enthalten.

Der Rückgang des Risikos ist auf eine Verbesserung der für die Risikoeermittlung relevanten Planwerte aus der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den IFRS zurückzuführen. Korrespondierend zu dieser Risikoreduktion wurde auch das Limit abgesenkt.

12 Operationelles Risiko

12.1 Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

Aufgrund der manuellen Überprüfung von Transaktionen entstehen im Rahmen der Sanktionsüberwachung erhöhte Aufwände. Diese können beispielsweise zu einer verspäteten Ausführung von Transaktionen, zu einer erhöhten Mitarbeiterbelastung oder gegebenenfalls zu Strafzinszahlungen beim Handel mit sanktionierten Wertpapieren führen. Über entsprechende Risikoindikatoren wurde zum 30. Juni 2022 ein latent erhöhtes Risiko festgestellt. Risikoindikatoren sollen das frühzeitige Erkennen von Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung ermöglichen und die Identifikation von Schwächen in den Geschäftsprozessen erlauben.

12.2 Verluste

Die Entwicklung der Verluste aus operationellen Risiken verläuft nicht stetig. Das Gesamtrisikoprofil ergibt sich aus dem langjährigen Verlustaufkommen und ist von wenigen großen Verlusten geprägt. Aufgrund von im Einzelfall sehr geringen Eintrittshäufigkeiten für größere Schäden sind regelmäßig Schwankungen der Schadenverläufe im Zeitablauf zu beobachten. Eine aussagekräftige Darstellung der Verlustentwicklung erfordert daher die Festlegung eines ausreichend langen und gleichbleibenden Zeithorizonts für die Berichterstattung. Die Datenselektion erfolgt aus diesem Grund aus der Verlusthistorie der letzten vier Quartale und auf Basis des Datums der Erfolgswirksamkeit.

Die letzten vier Quartale – also die Zeitspanne vom 1. Juli 2021 bis zum 30. Juni 2022 – stellen den relevanten Betrachtungszeitraum für die Analyse der Nettoverluste dar. Die in dieser Periode gemeldeten und nach Unterarten des operationellen Risikos klassifizierten internen Nettoverluste aus Schadenfällen werden in Abb. 27 ausgewiesen und dem jeweiligen langjährigen Mittelwert gegenübergestellt.

ABB. 27 – SEKTOR BANK: NETTOVERLUSTE¹ NACH UNTERARTEN DES OPERATIONELLEN RISIKOS

Anteil am Gesamtverlustaufkommen in %	01.07.2021– 30.06.2022	Langjähriger Mittelwert ²
Compliance-Risiko	38,8	44,4
Rechtsrisiko	38,1	36,7
Informationsrisiko einschließlich I(K)T-Risiko	1,5	5,5
Sicherheitsrisiko	0,7	2,0
Auslagerungsrisiko	1,1	0,6
Projektrisiko	5,1	0,8
Anderes operationelles Risiko	14,6	10,0

¹ Interne Verluste.

² Die langjährigen Mittelwerte beziehen sich auf eine Verlustdatenerfassung ab dem Geschäftsjahr 2006.

In den letzten vier Quartalen wurde das interne Verlustaufkommen vom **Compliance-Risiko** und vom **Rechtsrisiko** dominiert. In beiden Risikounterarten führte die Bildung einer Rückstellung aufgrund behaupteter Pflichtverletzung im Zusammenhang mit Kapitalmarktgeschäften bei gleichzeitiger Auflösung einer Rückstellung für mögliche Gebührenerstattungen insgesamt zu einem leichten Anstieg des Verlustaufkommens. Der Anteil der Risikounterart Rechtsrisiko am gesamten internen Verlustaufkommen liegt damit weiterhin über dem langjährigen Mittelwert. Das Nettoverlustaufkommen im **Anderen operationellen Risiko** ist im Vergleich zum 31. Dezember 2021 angestiegen und lag über dem zum 30. Juni 2022 festgestellten langjährigen Mittelwert. Der Anstieg ist insbesondere auf einen Verlust zurückzuführen, der durch eine irrtümliche Ausübung von Optionen entstanden ist.

Dagegen lag das Nettoverlustaufkommen der **weiteren Risikounterarten** zum 30. Juni 2022 auf dem Niveau des Vorjahresresultimos, wobei der relative Anteil dieser Risikounterarten am gesamten internen Verlustaufkommen aufgrund der Verlustentwicklung beim Compliance-Risiko, beim Rechtsrisiko und beim Anderen operationellen Risiko zurückgegangen ist.

Der Schadenverlauf war im Geschäftsjahr in Bezug auf den erwarteten Verlust aus operationellen Risiken zu jeder Zeit unkritisch.

12.3 Risikolage

Zum 30. Juni 2022 wurde ein **Risikokapitalbedarf** für operationelle Risiken in Höhe von 930 Mio. € ermittelt (31. Dezember 2021: 941 Mio. €). Dem stand ein **Limit** in Höhe von 1.112 Mio. € (31. Dezember 2021: 1.102 Mio. €) gegenüber.

Abb. 28 zeigt die Struktur des Risikoprofils für operationelle Risiken des Sektors Bank und der DZ BANK anhand der **Risikounterarten**.

ABB. 28 – SEKTOR BANK: VERTEILUNG DES RISIKOKAPITALBEDARFS FÜR OPERATIONELLE RISIKEN AUF DIE RISIKOUNTERARTEN¹

in Prozent	30.06.2022	31.12.2021
Compliance-Risiko	32,0	32,5
Rechtsrisiko	20,0	20,6
Informationsrisiko einschließlich I(K)T-Risiko	14,4	14,3
Sicherheitsrisiko	5,6	5,5
Auslagerungsrisiko	6,5	6,5
Projektrisiko	7,5	7,4
Anderes operationelles Risiko	13,9	13,3

¹ Relative Anteile der Risikounterarten am Risikokapitalbedarf des Sektors Bank.

Im Vergleich zum Vorjahresresultimo war die Verteilung des Risikokapitalbedarfs auf die Unterarten des operationellen Risikos zum 30. Juni 2022 im Wesentlichen unverändert. Der Risikokapitalbedarf wurde in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres am stärksten durch das **Compliance-Risiko** und das **Rechtsrisiko** getrieben. Bei diesen beiden Risikounterarten bestimmten die registrierten Verlustfälle sowie die hypothetischen Risikoszenarien zu Änderungen der Rechtsprechung und zu Sanktions- und Embargoverstößen den hohen Anteil am Risikokapitalbedarf. Aufgrund der Auflösung einer Rückstellung für mögliche Gebührenerstattungen war der Anteil des Rechtsrisikos und des Compliance-Risikos am Risikokapitalbedarf im Vergleich zum 31. Dezember 2021 leicht rückläufig. Der größte Anstieg des Risikokapitalbedarfs ist im **Anderen operationellen Risiko** zu verzeichnen. Er resultiert vor allem aus einem Verlustfall im Zusammenhang mit der irrtümlichen Ausübung von Optionen sowie aus Anpassungen der hypothetischen Szenarien zu fehlerhafter Kommunikation/Interpretation von Geschäftsdetails und fehlerhafter Transaktions- und Prozessabwicklung.

Sektor Versicherung

13 Versicherungstechnisches Risiko

13.1 Auswirkungen des Ukraine-Kriegs

Für die dem **Rückversicherungsgeschäft** zuzuordnenden Kreditversicherungen hat die R+V in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres umfangreiche Zeichnungseinschränkungen in Bezug auf russische und ukrainische Kontrahenten erlassen. Im Berichtszeitraum wurden für die genannten Kontrahenten Schadenmeldungen in geringfügigem Umfang registriert. Der Ukraine-Krieg hat zu keiner signifikanten Erhöhung des versicherungstechnischen Risikos Nicht-Leben, das die Risiken aus Kreditversicherungen abbildet, geführt.

13.2 Schadenentwicklung in der Nicht-Lebensversicherung

Verschiedene Unwetterereignisse, die sich in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres ereigneten, belasteten das **selbst abgeschlossene Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft** mit rund 152 Mio. €. Zur Minderung der

versicherungstechnischen Risiken bestehen Rückversicherungsverträge. Die bisher vorliegenden Einzelereignisse qualifizieren sich derzeit noch nicht für den Rückversicherungsvertrag für Naturkatastrophenereignisse. Eine gesteigerte Grund-, Elementar- und Großschadenlast führte in Kombination mit rückläufigen Abwicklungsgewinnen zu einer über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres liegenden Gesamt- und Meldejahresschadenquote.

Im **übernommenen Rückversicherungsgeschäft** sind in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres Großschadenergebnisse mit einem Schadenaufwand von 165 Mio. € eingetreten. Rückläufigen Basis- und Mittelschadenquoten steht ein Anstieg der Großschadenquote gegenüber. Aufgrund der bestehenden Rückstellungen wird für das Geschäftsjahr nicht mit einem zusätzlichen COVID-19-induzierten Aufwand gerechnet.

13.3 Risikolage

Zum 30. Juni 2022 betrug der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für das **versicherungstechnische Risiko Leben** 655 Mio. € (31. Dezember 2021: 343 Mio. €). Dem stand ein **Limit** von 850 Mio. € (31. Dezember 2021: 600 Mio. €) gegenüber. Die Risikoerhöhung resultiert aus einem höheren Stornorisiko aufgrund des Zinsanstiegs in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres.

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für das **versicherungstechnische Risiko Gesundheit** betrug zum Berichtsstichtag 153 Mio. € (31. Dezember 2021: 231 Mio. €) bei einem **Limit** von 300 Mio. € (31. Dezember 2021: 350 Mio. €). Der Rückgang des Risikos ist auf gesunkene versicherungstechnische Verpflichtungen infolge des Zinsanstiegs zurückzuführen.

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für das **versicherungstechnische Risiko Nicht-Leben** betrug zum 30. Juni 2022 1.775 Mio. € (31. Dezember 2021: 1.939 Mio. €). Dem stand ein **Limit** von 3.200 Mio. € (31. Dezember 2021: 4.600 Mio. €) gegenüber. Die Risikoabsenkung ist im Wesentlichen auf die gesunkenen versicherungstechnischen Verpflichtungen als Folge des Zinsanstiegs zurückzuführen.

14 Marktrisiko

14.1 Entwicklung des Kreditvolumens

Innerhalb des Marktrisikos wird gemäß der nach Solvency II vorgenommenen Abgrenzung dem Spread-Risiko auch der überwiegende Teil des Kreditrisikos zugeordnet. Die Kapitalanforderungen für das Spread-Risiko werden mithilfe eines Faktoransatzes auf Grundlage des relevanten Kreditvolumens berechnet.

In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres war ein Rückgang des **gesamten Kreditvolumens** der R+V um 13 Prozent von 104,5 Mrd. € zum 31. Dezember 2021 auf 90,8 Mrd. € zum 30. Juni 2022 zu verzeichnen. Dies ist vor allem auf Marktwertrückgänge bei festverzinslichen Wertpapieren infolge des Zinsanstiegs zurückzuführen. Zum 30. Juni 2022 bestand bei **Baufinanzierungen** ein Kreditvolumen von 14,2 Mrd. € (31. Dezember 2021: 13,1 Mrd. €). Davon entfielen 85 Prozent (31. Dezember 2021: 87 Prozent) auf Ausleihungen von unter 60 Prozent des Objektwerts.

Das Baufinanzierungsvolumen teilte sich zum Berichtsstichtag auf die folgenden Finanzierungsformen auf (in Klammern die Werte zum 31. Dezember 2021):

- private Wohnbaufinanzierung: 12,8 Mrd. € (11,9 Mrd. €)
- gewerbliche Wohnbaufinanzierung: 0,1 Mrd. € (0,1 Mrd. €)
- Gewerbefinanzierung: 1,3 Mrd. € (1,1 Mrd. €)

Bei Baufinanzierungen sind grundsätzlich für das gesamte ausgereichte Volumen klassische Kreditsicherheiten hinterlegt.

Der Finanzsektor und die öffentliche Hand als dominierende **Assetklassen** hatten zum 30. Juni 2022 einen Anteil von insgesamt 65 Prozent (31. Dezember 2021: 67 Prozent) am gesamten Kreditvolumen.

Die Erläuterungen zum Assetklassenkonzept des Sektors Bank (siehe Kapitel 7.2.1) gelten analog für den Sektor Versicherung. Die Assetklassenstruktur des Kreditvolumens geht aus Abb. 29 hervor.

ABB. 29 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH ASSETKLASSEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Financials	39,8	46,7
Corporates	13,3	16,3
Öffentliche Hand	19,0	22,9
Immobilien (gewerbliche und private Kunden)	17,3	16,3
ABS und ABCP ¹	1,6	1,5
Sonstige	-	0,8
Summe	90,8	104,5

¹ ABS = Asset-backed Securities, ABCP = Asset-backed Commercial Papers.

Bei Betrachtung der **geografischen Struktur** des Kreditvolumens in Abb. 30 repräsentierten Deutschland und die sonstigen Industrieländer zum 30. Juni 2022 mit 91 Prozent (31. Dezember 2021: 90 Prozent) den wesentlichen Anteil am Kreditvolumen.

ABB. 30 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH LÄNDERGRUPPEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
Deutschland	34,6	37,8
Sonstige Industrieländer	47,8	56,6
davon: Frankreich	10,1	12,6
davon: Vereinigte Staaten	6,4	7,5
davon: Niederlande	5,5	6,0
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	1,0	1,3
Emerging Markets	4,2	5,2
Supranationale Institutionen	3,1	3,7
Summe	90,8	104,5

Die Verpflichtungen aus dem Lebensversicherungsgeschäft erfordern Investitionen in lange Laufzeiten. Dies spiegelt sich auch in der in Abb. 31 dargestellten Verteilung der **Restlaufzeiten** wider. So hatten zum 30. Juni 2022 85 Prozent (31. Dezember 2021: 86 Prozent) des gesamten Kreditvolumens eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Zum 30. Juni 2022 waren 2 Prozent (31. Dezember 2021: 3 Prozent) des gesamten Kreditvolumens mit einer Frist von bis zu einem Jahr fällig.

ABB. 31 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mrd. €	30.06.2022	31.12.2021
≤ 1 Jahr	2,2	2,6
> 1 Jahr bis ≤ 5 Jahre	11,3	12,3
> 5 Jahre	77,3	89,5
Summe	90,8	104,5

Die **Bonitätsstruktur** des Kreditvolumens im Sektor Versicherung wird in Abb. 32 aufgezeigt. Vom gesamten Kreditvolumen entfielen zum 30. Juni 2022 76 Prozent (31. Dezember 2021: 79 Prozent) auf den Investment-Grade-Bereich. Die nicht eingestuftes Kreditvolumina in Höhe von 22 Prozent (31. Dezember 2021: 19 Prozent)

des gesamten Kreditvolumens umfassen im Wesentlichen private Baufinanzierungen, für die kein externes Rating vorlag. Das nicht eingestufte Kreditvolumen ist aufgrund der selektiven Kreditvergabe und der Begrenzung der Beleihungswerte der Objekte als risikoarm einzustufen.

ABB. 32 – SEKTOR VERSICHERUNG: KREDITVOLUMEN NACH BONITÄTSKLASSEN

in Mrd. €		30.06.2022	31.12.2021
Investment Grade	1A	23,0	27,0
	1B	9,5	11,7
	1C	-	-
	1D	11,7	12,6
	1E	-	-
	2A	8,2	11,1
	2B	5,0	6,2
	2C	6,0	7,3
	2D	2,8	3,2
	2E	-	-
	3A	2,8	3,5
Non-Investment Grade	3B	0,3	0,3
	3C	0,4	0,5
	3D	-	-
	3E	0,2	0,2
	4A	0,1	0,1
	4B	0,4	0,5
	4C	-	0,1
	4D	-	-
4E	-	-	
Default		-	-
Nicht eingestuft		20,3	20,2
Summe		90,8	104,5

Die R+V verwendet zur Bonitätseinstufung des Kreditvolumens generell zugelassene externe Ratings. Zusätzlich werden entsprechend den Vorgaben der Credit Rating Agency Regulation III interne Experteneinstufungen zur Plausibilisierung der externen Ratings vorgenommen. Die R+V hat das externe Rating als Maximum definiert, selbst wenn eigene Bewertungen zu einem besseren Ergebnis kommen. Die so ermittelten Ratings werden anhand der in Abb. 20 des Risikoberichts 2021 dargestellten Vorgehensweise den Einstufungen der Rating-Masterskala der DZ BANK zugeordnet.

Bei der Betrachtung von **Einzelkonzentrationen** entfielen zum 30. Juni 2022 17 Prozent (31. Dezember 2021: 18 Prozent) des gesamten Kreditvolumens der R+V auf die zehn Adressen mit dem größten Kreditvolumen.

14.2 Kreditportfolios mit besonderer Betroffenheit von akuten globalen Krisen

Im Folgenden wird das Kreditportfolio in den vom **Ukraine-Krieg** unmittelbar betroffenen Ländern dargestellt. Dabei handelt es sich um Wertpapiere in geringfügigem Umfang. Der Wertpapierbestand wurde nach dem Vorjahresresultimo fast vollständig veräußert. Der zum Berichtsstichtag verbliebene Bestand weist noch kein wesentlich erhöhtes Risiko auf. Die gesonderte Darstellung erfolgt daher lediglich aus Transparenzgründen. Die nachfolgend genannten Werte sind in den Angaben zum gesamten Kreditvolumen (siehe Kapitel 14.1) enthalten.

Das Netto-Kreditvolumen der R+V in Russland, der Ukraine und Belarus belief sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 2 Mio. € (31. Dezember 2021: 191 Mio. €). Dies entspricht sowohl zum Berichtsstichtag als auch zum Vorjahresresultimo einem Anteil am gesamten Kreditexposure des Sektors Versicherung von unter einem Prozent.

Die Verteilung des Netto-Kreditvolumens auf die betroffenen Länder geht aus Abb. 33 hervor.

ABB. 33 – SEKTOR VERSICHERUNG: NETTO-KREDITVOLUMEN IN DEN VOM UKRAINE-KRIEG UNMITTELBAR BETROFFENEN LÄNDERN

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Russland	-	115
Belarus	1	7
Ukraine	1	70
Summe	2	191

Der Ukraine-Krieg hat über die in den Konflikt involvierten Länder hinaus weltweit negative Auswirkungen auf die Bonität von Wertpapieremittenten. Dies spiegelt sich auch bei den sonstigen Wertpapierengagements der R+V wider, für die in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres geringfügige Ratingverschlechterungen zu verzeichnen waren.

Erste Analysen der Auswirkungen des drohenden **russischen Gas-Embargos** auf das Marktrisiko des Sektors Versicherung wurden vorgenommen. Dabei wurden einzelne Portfolioteile als betroffen identifiziert. Wesentliche negative Auswirkungen auf das Marktrisiko sind derzeit nicht absehbar.

14.3 Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt

Aufgrund der Bedeutung für die Risikolage des Sektors Versicherung wird das Engagement der R+V in Kreditportfolios mit erhöhtem Risikogehalt einer gesonderten Betrachtung unterzogen. Betroffen ist derzeit ausschließlich das Exposure in den **europäischen Peripheriestaaten**. Die hier genannten Werte sind in den vorausgegangen Analysen des gesamten Kreditvolumens (siehe Kapitel 14.1) enthalten.

Die Investments in den europäischen Peripheriestaaten beliefen sich zum 30. Juni 2022 auf 4.882 Mio. € (31. Dezember 2021: 5.822 Mio. €). Das entspricht einer Verminderung um 16 Prozent, die auf Marktwertrückgänge zurückzuführen ist.

Abb. 34 gibt Aufschluss über die Länderzuordnung des Engagements.

ABB. 34 – SEKTOR VERSICHERUNG: EXPOSURE IN DEN EUROPÄISCHEN PERIPHERIESTAATEN

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Portugal	42	49
davon: öffentliche Hand	31	40
davon: nichtöffentliche Hand	10	9
davon: Finanzsektor	3	4
Italien	2.262	2.844
davon: öffentliche Hand	1.683	1.866
davon: nichtöffentliche Hand	580	978
davon: Finanzsektor	455	838
Spanien	2.579	2.929
davon: öffentliche Hand	1.356	1.607
davon: nichtöffentliche Hand	1.222	1.322
davon: Finanzsektor	991	1.080
Summe	4.882	5.822
davon: öffentliche Hand	3.070	3.513
davon: nichtöffentliche Hand	1.812	2.309
davon: Finanzsektor	1.449	1.922

14.4 Risikolage

Der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für das Marktrisiko betrug zum 30. Juni 2022 3.073 Mio. € (31. Dezember 2021: 3.169 Mio. €). Dem stand ein **Limit** in Höhe von 3.880 Mio. € (31. Dezember 2021: 4.400 Mio. €) gegenüber. Der Rückgang des Risikos ist auf gesunkene Marktwerte der Kapitalanlagen infolge des Zinsanstiegs zurückzuführen.

Der Gesamtsolvabilitätsbedarf für die verschiedenen Ausprägungen des Marktrisikos ist aus Abb. 35 ersichtlich.

ABB. 35 – SEKTOR VERSICHERUNG: GESAMTSOLVABILITÄTSBEDARF FÜR DAS MARKTRISIKO NACH UNTERRISIKOARTEN

in Mio. €	30.06.2022	31.12.2021
Zinsrisiko	1.400	1.250
Spread-Risiko	923	1.305
Aktienrisiko	1.523	1.332
Währungsrisiko	308	319
Immobilienrisiko	428	441
Summe (nach Diversifikation)	3.073	3.169

Im Gesamtsolvabilitätsbedarf für das Marktrisiko ist ein **dezentraler Pufferkapitalbedarf** enthalten, der einerseits das aus Teilbeständen italienischer Staatsanleihen resultierende Spread- und Migrationsrisiko abdeckt. Andererseits werden in diesem Pufferkapitalbedarf erhöhte Marktrisiken abgebildet, die aus einer Weiterentwicklung der Methode zur Messung des Zinsrisikos erwachsen könnten.

Der dezentrale Pufferkapitalbedarf für das Marktrisiko belief sich zum 30. Juni 2022 auf insgesamt 285 Mio. € (31. Dezember 2021: 204 Mio. €). Der Anstieg resultiert aus der Neubildung von Pufferkapitalbedarf für das Zinsrisiko.

15 Gegenparteiausfallrisiko

Forderungen aus dem abgegebenen Versicherungsgeschäft bestanden zum 30. Juni 2022 in Höhe von 194 Mio. € (31. Dezember 2021: 121 Mio. €). Davon entfielen 99 Prozent (31. Dezember 2021: 100 Prozent) auf Unternehmen mit einem externen Rating von A oder besser. Wie bereits zum Vorjahresresultimo beliefen sich die Forderungen gegenüber Unternehmen mit einem externen Rating von BBB oder schlechter auf unter 1 Prozent des gesamten Forderungsvolumens. Die restlichen Forderungen betrafen Unternehmen ohne Ratingbewertung.

Die **ausstehenden Forderungen** an Versicherungsnehmer und an Versicherungsvermittler, deren Fälligkeitszeitpunkt zum Bilanzstichtag mehr als 90 Tage zurücklag, hatten zum 30. Juni 2022 ein Volumen von 219 Mio. € (31. Dezember 2021: 149 Mio. €).

Zum 30. Juni 2022 betrug der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für das Gegenparteiausfallrisiko 265 Mio. € (31. Dezember 2021: 235 Mio. €) bei einem im Vorjahresvergleich unveränderten **Limit** von 350 Mio. €. Der Anstieg resultiert aus höheren Exposures bei Derivaten und aus höheren Außenständen.

16 Operationelles Risiko

Für das operationelle Risiko wurde zum 30. Juni 2022 ein **Gesamtsolvabilitätsbedarf** in Höhe von 683 Mio. € (31. Dezember 2021: 718 Mio. €) ermittelt. Der Rückgang des Risikos ist auf gesunkene Risikotreiber in Form versicherungstechnischer Rückstellungen infolge des Zinsanstiegs zurückzuführen. Das **Limit** lag zum Berichtstichtag bei 1.000 Mio. € und war damit gegenüber dem Vorjahresresultimo unverändert.

17 Risiken von Unternehmen aus anderen Finanzsektoren

Zum 30. Juni 2022 belief sich der **Gesamtsolvabilitätsbedarf** für Risiken nicht beherrschter Versicherungsunternehmen und von Unternehmen aus anderen Finanzsektoren auf 130 Mio. €. Dies entspricht dem Wert zum 31. Dezember 2021. Dem stand ein im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls unverändertes **Limit** in Höhe von 180 Mio. € gegenüber.